

Portal

Die Potsdamer Universitätszeitung

6-8/04

Unbekanntes Terrain: Die EU-Erweiterung birgt neue Möglichkeiten

Zehn Jahre MenschenRechtsZentrum S.6

Wassermangel im Nahen Osten S.35

Karl-Scheel-Preis für Turbulenzforschung S.43



5. September 2004
Universität Potsdam
EWO

3. Oktober 2004
Recht und
Forschung

7. November 2004
Arten und
Wissenschaft

5. Dezember 2004
m
tenden Bu
m

Die Sonntagsvorlesungen beginnen jeweils um 11.00 Uhr und finden im Alten Rathaus, Am Alten Markt, 14467 Potsdam statt. Der Eintritt kostet 3,00 Euro, ermäßigt 2,00 Euro. Weitere Informationen sind unter www.potsdamer-koepfe.de abrufbar.



Aus dem Inhalt

Uni aktuell

„Evolution in der Chemie“ im Leibniz-Kolleg 4
Verein Pro Wissenschaft Potsdam gegründet II
Graduate Schools eingerichtet 12

Titel

EU-Erweiterung: Von der Theorie zur Praxis 13-23

Studioli

ASTa und Rektor im Clinch 24
Neue Studentenwohnheime 27

Forschung

Flachbildschirme der Zukunft 30
Antrittsvorlesung zur Klimaentwicklung 31
Vom Wert biologischer Vielfalt 33

Personalia

Humboldt-Stipendiat lernt Musikunterricht kennen 41

Vermischtes

Sonntagsvorlesung über Schlösser und Gärten 49

Impressum

Portal

Die Potsdamer Universitätszeitung
ISSN 1618 6893

Herausgeber:

Referat für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit (PÖK)
im Auftrag des Rektors der Universität Potsdam

Redaktion:

Janny Glaesmer (*gl*) (verantwortlich), Dr. Barbara Eckardt (*be*),
Bettina Micka (*bm*), Thomas Pösl (*tp*)

Vertrieb: Andrea Benthien

Titelfoto: Hauswald

Layout und Gestaltung:

UNICOM Werbeagentur GmbH
www.unicommunication.de

Anschrift der Redaktion:

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: 0331/977-1675, -1474, -1496
Fax: 0331/977-1145, -1130
E-Mail: presse@rz.uni-potsdam.de

Online-Ausgabe:

www.uni-potsdam.de/portal

Auflage: 5.000 Exemplare

Formatanzeigen

unicom MediaService
Hentigstr. 14a, 10318 Berlin
Tel.: 030/6526-4277
Fax: 030/6526-4278
www.hochschulmedia.de
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 1

Redaktionsschluss:

17. September 2004

Druck: H. Heenemann GmbH & Co



Zweiter Neubau für die Naturwissenschaften

Einweihung zum Fakultätsjubiläum



Fotos: Reese

Erste Besichtigung: Neubau in Golm eingeweiht.

In diesem Jahr feiert die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam ihr zehnjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass wurde am 18. Juni der zweite Neubau der Fakultät im Wissenschaftspark Golm in Anwesenheit der brandenburgischen Wissenschaftsministerin, Prof. Dr. Johanna Wanka, eingeweiht. Im Dezember 2001 fand die Grundsteinlegung für diesen zweiten Neubau statt, im September 2002 konnte Richtfest gefeiert werden. Jetzt wurde das etwa 20 Millionen Euro teure Gebäude seiner Bestimmung übergeben. Der Bau bietet auf etwa 4.200 Quadratmetern Hauptnutzfläche den Instituten der Biologie und

der Anorganischen Chemie dringend benötigte weitere Flächen für Forschung und Lehre. Mit der Realisierung der Bauvorhaben für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät verbessern sich die Lehr- und Studienbedingungen für Studierende und Wissenschaftler deutlich.

Die Kosten für die Neubauten für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät betragen etwa 130 Millionen Euro. Das Gesamtinvestitionsvolumen für den Standort Golm der Universität Potsdam beträgt 180 bis 190 Millionen Euro. Neben einer Bund-Länder-Finanzierung fließen auch EU-Gelder.

Naturwissenschaften hautnah

Die naturwissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit bevölkerte am 19. Juni den Wissenschaftspark Golm. Bereits zum vierten Mal gab es einen „Tag der Offenen Türen“, in diesem Jahr auf dem Campus der Universität Potsdam. Naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse der Universität, des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Polymerforschung und der Max-Planck-Institute für Gravitationsphysik, Kolloid- und Grenzflächenforschung sowie Molekulare Pflanzenphysiologie wurden präsentiert. In zahlreichen Vorträgen, Führungen und Präsentationen konnten sich die etwa 2.000 Gäste über die Phänomene der Chemie, Physik und anderer Naturwissenschaften informieren, an Laborvorführungen teilnehmen und Experimente hautnah miterleben. Die Naturwissenschaften boten überraschende Antworten auf die Fragen, ob Essen krank machen kann, was Laser und soziales Verhalten gemeinsam haben oder welchen Anteil der Mensch an den Hochwasserkatastrophen hat. Spezielle Angebote gab es für Kinder. Sie konnten sich spielerisch an den Experimenten zum Staunen und Selbermachen der Institute beteiligen.

be



Staunen und Selbermachen: Die Türen im Wissenschaftspark standen allen offen.

Anzeige

COPY-REPRO-CENTER		...mehr als nur kopieren ! Lieferdienst !	
Potsdam Digital Vervielfältigungs GmbH			
Berliner Strasse 111			
14467 Potsdam			
Telefon 0331 / 2758310		STUDENTENPREISE	
Telefax 0331 / 2758330		SB-PC Arbeitsplätze	
e-Mail: kontakt@copy-center-potsdam.de			
www.copy-center-potsdam.de - Datentransfer ISDN + e-Mail			
MO.-Fr. 8.00 - 19.00 UHR SA. 9.00 - 13.00 UHR 		KOPIEN DIGITALDRUCK CAD-PLOTTEN XXL-PRINT'S SCANNEN ARCHIVIEREN BINDEN	

Wie Moleküle sich selbst organisieren

Das Potsdamer Leibniz-Kolleg zur „Evolution in der Chemie“

Fotos: Fritze



Erstkontakt: Schüler ließen sich in die Welt der chemischen Forschung einführen.

Wenn von Evolution die Rede ist, denkt man an biologische Prozesse wie die Entstehung der Arten oder auch im übertragenen Sinn an Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Die Chemie aber beschäftigt sich mit den Reaktionen von Stoffen. Wie also soll man sich die „Evolution in der Chemie“ vorstellen?

Das Potsdamer Leibniz-Kolleg drehte sich in diesem Jahr um die Frage, wie Moleküle es fertig bringen, sich selbst zu organisieren. Die diesjährige Veranstaltung stand unter der fachlichen Federführung des Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung, des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Polymerforschung und des Instituts für Chemie an der Universität Potsdam. Den Hauptvortrag hielt in diesem Jahr erstmals ein Nobelpreisträger: Jean-Marie Lehn, Professor an der Universität Pasteur in Straßburg und am Pariser Collège de France.



Nobelpreisträger:
Jean-Marie Lehn.

Lehn beschäftigte sich bereits Ende der 60er Jahre mit der Frage, wie sich Moleküle gegenseitig erkennen. 1968 entwickelte er käfigartige Moleküle mit einer Vertiefung, in die andere Moleküle eingesetzt werden können wie ein Schlüssel ins Schloss. Damit begann seine revolutionäre Arbeit zu den Grundlagen der „Molekularerkennung“, der Art und Weise, wie ein Rezeptormolekül eine bestimmte andere Substanz erkennt und diese an sich bindet. Für die Entdeckung dieser Prozesse, die bei biologischen Abläufen eine fundamentale Rolle spielen, erhielt Lehn 1987 zusammen mit Donald J. Cram und Charles J. Pedersen den Nobelpreis für Chemie. Lehns Arbeiten eröffneten ein völlig neues Fachgebiet, die „Supramolekularchemie“, die sich mit der Herstellung von komplexen Molekülstrukturen befasst.

In der Folge untersuchte er molekulare Transportprozesse, die unter anderem die chemische Grundlage für biologische Vorgänge wie die Immunerkennung sind. In seiner späteren Entwicklungsarbeit befasste er sich schließlich mit dem Entwurf „programmierbarer“ molekularer Systeme, die sich selbst organisieren und sich so durch spontane Kombination von geeigneten

Komponenten zu molekularen Architekturen ordnen.

Lehns Konzepte für eine „evolutionäre Chemie“ basieren darauf, natürliche molekulare Prozesse abzubilden. Die Fähigkeit der Moleküle zur Selbstorganisation kann dann für die Herstellung völlig neuer Materialien und Pharmazeutika genutzt werden. „Auf diese Weise können wir heute in der Chemie genau das tun, was zunehmend von uns verlangt wird, nämlich chemische Prozesse schneller, kostengünstiger und mit weniger Abfall zu realisieren“, erläutert Professor Dr. Helmuth Möhlwald vom Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung, auf dessen Initiative Lehn nach Potsdam kam. So hat die Supramolekularchemie bereits eine große Anzahl von biochemischen Technologien ermöglicht, beispielsweise den Einsatz von biochemischen „Markern“ in der Krebsdiagnose. Lehn selbst ist es jedoch wichtig zu betonen, dass er Grundlagenforschung betreibt, bei der die Neugier nach dem Machbaren und die Kreativität des Forschers im Vordergrund stehen.

Neue Tradition begründet

Mit der diesjährigen Vortragsreihe zur „Evolution in der Chemie“ führte das Leibniz-Kolleg Potsdam bereits seine achte Veranstaltung durch. Seit 1998 verfolgen die Initiatoren des Kollegs das Ziel, spannende Themen aus den Naturwissenschaften einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu präsentieren, um zu zeigen, das in Potsdam gestern wie heute Wissenschaftsgeschichte geschrieben wird. Um naturwissenschaftliches Denken zu fördern, lobt das Leibniz-Kolleg daneben auch Preise für Nachwuchswissenschaftler aus. Und hier wurde im letzten Jahr offensichtlich eine neue Tradition begründet: Anlässlich des letzten Leibniz-Kollegs zum Thema „Faszination Pflanze“ spendete Hauptreferent Professor Chris Somerville einen Sonderpreis für Pflanzenbiologie, der in diesem Jahr verliehen wurde. Jetzt folgte Jean-Marie Lehn seinem Beispiel. Im nächsten Jahr wird also wieder ein Sonderpreis an Nachwuchswissenschaftler aus Potsdam und Berlin verliehen – diesmal für besondere Leistungen in der Supramolekularen Chemie. Das Leibniz-Kolleg wartet auf die Bewerbungen der Besten.

Red.

Preise des Leibniz-Kollegs 2004

Im Rahmen des Leibniz-Kollegs wurden in diesem Jahr zwei Preise für die Nachwuchswissenschaftler der Region vergeben: Der jährlich mit insgesamt 2.500 Euro dotierte Publikationspreis sowie ein Sonderpreis für Pflanzenbiologie, der im letzten Jahr vom Hauptreferenten Professor Dr. Chris Somerville, Stanford, für junge Nachwuchswissenschaftler aus Berlin oder Brandenburg gestiftet wurde.

Den ebenfalls mit 2.500 Euro dotierten Preis für Pflanzenbiologie erhielten zu gleichen Teilen Dr. Axel Tiessen und Dr. Tomás Werner. Axel Tiessen, der seine Doktorarbeit am Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie in Golm erstellt hat, wurde für seine Arbeit auf dem Gebiet des pflanzlichen Stärkestoffwechsels ausgezeichnet. Der aus Tschechien stammende Tomás Werner beschäftigt sich an der Freien Universität Berlin mit einer in den 50er Jahren entdeckten Gruppe pflanzlicher Hormone, den Cytokinen, die eine wichtige Rolle bei der Samenkeimung, der Sprossentwicklung und bei pflanzlichen Alterungsphänomenen spielen.



Foto: Fritz

Von Chaos- bis Kartoffelforschung: Preisträger, Thomas Kietze, Judit Schneider, Dr. Axel Tiessen und Dr. Tomás Werner (v.l.).

Auch der Publikationspreis des Leibniz-Kollegs wurde geteilt. Ihn nahmen zu gleichen Teilen Judit Schneider und Thomas Kietze in Empfang. Judit Schneider, Doktorandin im Institut für Physik der Universität Potsdam, wurde der Preis für eine neue, von ihr entwickelte Methode zur Berechnung und Visualisierung chaotischer Ausbreitungsphänomene in chemischen und biologischen Systemen zuerkannt. Thomas Kietze erhielt den Preis für seine Beiträge zur Entwicklung einer neuartigen Methode, gezielt Polymerschichten mit gewünschten Eigenschaften aus verschiedenen Komponenten zu erzeugen. Kietzes Arbeit entstand in enger Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Chemie der Universität Potsdam und dem Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung in Golm.

Fakultäten feiern

Absolventen verabschiedet und Preise verliehen



Foto: Roesse

Sagten ade: Absolventen der Humanwissenschaftlichen Fakultät.

In drei Fakultäten finden auch in diesem Jahr zum Abschluss des Studienjahres wieder Fakultätsfeste statt. Inzwischen ist es auch an der Uni Potsdam zur guten Tradition geworden, die Absolventen in festlichem Rahmen zu verabschieden.

Die Humanwissenschaftliche Fakultät gestaltete für ihre Absolventen in diesem Jahr erstmals eine spezielle Feier. Dazu eingeladen wurden am 24. Juni die etwa 40 Diplom- und Masterabsolventen des Studienjahres 2003/04. Sie studierten unter anderem Arbeitslehre, Psychologie, Linguistik und Sportwissenschaft. Diese Absolventenfeiern sollen in Zukunft jährlich in der Fakultät stattfinden, jeweils ein Institut wird sich vorstellen. In diesem Jahr war es das Zentrum für Kognitive Studien.

Am 8. Juli trafen sich Studierende und Mitarbeiter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zu ihrem Fakultätsfest. Im vergangenen Studienjahr schlossen etwa 31 Studierende der Wirtschaftswissenschaften und rund 59 der Sozialwissenschaften ihr Studium mit dem Diplom beziehungsweise Magister ab. Sie wurden beim Fakultätsfest verabschiedet. Drei Promovenden erhielten ihre Promotionsurkunden. In seinem Festvortrag sprach Dr. Detlef Stronk von der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH über die „Chancen des Wirtschaftsstandortes Brandenburg“. Außerdem wurde bereits zum sechsten Mal der nach dem Uni-Standort Griebnitzsee benannte Griebnitzpreis verliehen. Die Auszeichnung vergeben die Fachschaften

der Fakultät an ehemalige Studierende für besonderes Engagement in der studentischen Selbstverwaltung.

Die Philosophische Fakultät lädt aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens am 15. Juli zu ihrem diesjährigen Fakultätsfest ein. Der Dekan der Fakultät, Prof. Dr. Bernhard R. Kroener, wird das vergangene Jahrzehnt der Fakultät unter dem Motto Bilanz und Ausblick Revue passieren lassen. Auf der Veranstaltung werden die etwa 100 Absolventen des ablaufenden Studienjahres verabschiedet sowie Promotions- und Habilitationsurkunden übergeben. Elf Wissenschaftler erhalten ihre Promotionsurkunden, fünf Habilitationsurkunden und drei werden zu außerordentlichen Professoren ernannt. Auf dem Programm steht ebenso eine Podiumsdiskussion zum Thema „Brotlose Künste? Perspektiven der Geistes- und Kulturwissenschaften in Brandenburg“. Zum Gedenken an den im Jahre 2001 verstorbenen Prof. Dr. Hans-Jürgen Bachorski aus dem Institut für Germanistik der Fakultät wird zum dritten Mal der Hans-Jürgen Bachorski-Preis verliehen. Die mit 500 Euro dotierte Auszeichnung wird für herausragende studentische Abschlussarbeiten vergeben, die in exemplarischer Weise das Lehr- und Forschungsangebot der Fakultät repräsentieren. Der diesjährige Preis geht an Carolin Kirstein für ihre Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien im Bereich Germanistik. Vergeben wird am Tag der Fakultät auch der Stiftungspreis im Fach Mittelalterliche Geschichte.

Es führt kein Weg daran vorbei

Zehn Jahre MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam



Sein Rat ist gefragt: Prof. Dr. Eckart Klein.

Das MenschenRechtsZentrum (MRZ) der Universität Potsdam feiert im Juli dieses Jahres sein zehnjähriges Bestehen. Von Anfang an gehörte die fachübergreifende wissenschaftliche Bearbeitung von Menschenrechtsfragen zur Grundausrüstung des interdisziplinären Zentrums. Vielfältige Aktivitäten wurden im Laufe der Jahre entwickelt, zahlreiche Tagungen und Kolloquien durchgeführt, Publikationen herausgegeben sowie eine etwa 10.000 Bände umfassende Spezialbibliothek aufgebaut. 2001 fusionierte das MRZ mit dem Interdisziplinären Zentrum für Gerechtigkeitsforschung. Seit dem ist das MRZ eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität. Enge Kooperationsbeziehungen unterhält das MRZ zum Europarat, zu Instituten in Deutschland und in den anderen Mitgliedstaaten des Europarates, aber auch zu den zuständigen Abteilungen des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amtes und zum Deutschen Institut für Menschenrechte. Über Geschichte, Gegenwart und Zukunft des MRZ unterhielt sich Dr. Barbara Eckardt mit dem Juristen, Gründungsdirektor und einem der beiden Direktoren, Prof. Dr. Eckart Klein. Prof. Dr. Christoph Menke, Inhaber der Professur für Ethik, ist derzeit der Geschäftsführende Direktor.

Das MRZ ist die einzige derartige Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland. Weshalb wurde das Zentrum gerade an der Universität Potsdam gegründet?

Klein: Unser MRZ ist das einzige universitäre Institut in Deutschland, das sich zentral mit

Menschenrechtsfragen befasst. Anlässlich einer Fachkonferenz an der Juristischen Fakultät 1992 regte der damalige Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte an, eine solche Institution in Deutschland zu schaffen. Als ich 1993 zum Professor in Potsdam berufen wurde, habe ich diese Idee in meine Berufungsgespräche eingebracht. Wir haben dann ein Konzept entwickelt, das vom brandenburgischen Wissenschaftsministerium akzeptiert wurde.

Zu den Aufgaben des Zentrums gehört die Politikberatung in Fragen der Menschenrechte. Was heißt das konkret?

Klein: Wir richten unseren Blick auf die universelle, ebenso wie auf die europäische Ebene des Menschenrechtsschutzes. Meine Tätigkeit als Mitglied des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen von 1995 bis 2002 fand in unseren Forschungen natürlich ihren Niederschlag. Es gibt zahlreiche Anfragen. Ich bin beispielsweise im vergangenen Jahr vom Auswärtigen Amt gebeten worden, in New York an einem Seminar mitzuwirken. Es ging darum, ob der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Personen auf eine Liste setzen kann, die als Terroristen oder als Verdächtige gelten, ohne ihnen rechtliches Gehör zu geben. Es war zu klären, ob der Sicherheitsrat, der Terrorismus bekämpft und für die Sicherheit und den internationalen Frieden sorgt, selber an Menschenrechte gebunden ist.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit des Zentrums in den letzten zehn Jahren?

Klein: Mit der Einrichtung haben wir für die menschenrechtliche Forschung in Deutschland ein Zentrum etabliert. Wer heute wissenschaftlich über Menschenrechte forscht, kommt am MRZ nicht vorbei. Durch unsere Arbeit haben wir uns auch international einen Namen gemacht. Das belegen nicht zuletzt unsere Publikationen, wie die Schriftenreihe des MRZ und das MenschenRechtsMagazin.

Welche Ziele haben Sie sich für die nächsten Jahre gestellt? Wie soll es mit dem Zentrum weitergehen?

Klein: Unsere grundsätzliche Aufgabe ist, das Zusammenwirken der verschiedenen Menschenrechtsebenen zu erforschen, also die nationale Ebene mit den Grundrechten in den Verfassungen, die regionale Ebene mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und die universelle Ebene mit den Menschenrechtspakten der UN. Das ist aufgrund der finanziellen Ausstattung bisher noch nicht so realisiert worden, wie wir es uns wünschen. In Zukunft wollen wir verstärkt gemeinsame Projekte der Gebiete Philosophie und Recht verwirklichen. Zwei große, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft beziehungsweise von der VolkswagenStiftung geförderte, Forschungsvorhaben bearbeiten wir gerade. Es geht einerseits um die philosophische Begründung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten und andererseits um Fragen der Menschenrechtserziehung. Wir haben gerade eine internationale Tagung ausgerichtet, die sich mit dem bisher kaum beachteten Zusammenhang von globalem demografischen Wandel und dem Schutz der Menschenrechte beschäftigt hat.

Vielen Dank für das Gespräch.

Anzeige

Alles, was sie schon immer über Krankenkassen wissen wollten!

financialport.de €
Das Portal zum Thema Finanzen

FINANZIALPORTAL UG&H · Carlo Schmid Weg 13 · 20337 Elmshorn
Tel: (0 41 71) 45 09 15 · Fax: (0 41 71) 45 09 14

Aus dem Senat

In der 112. Sitzung des Senates der Universität Potsdam am 13. Mai 2004 wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefasst:

Einstellung von Studienfächern

Der Senat nahm die Einstellung der Studienfächer Lernbereiche Naturwissenschaften beziehungsweise Gesellschaftslehre im Institut für Grundschulpädagogik zur Kenntnis. Der Fakultätsrat der Humanwissenschaftlichen Fakultät empfahl diesen Beschluss, da die Studierenden aufgrund mangelnder Einstellungs-chancen als Lehrer diesen Studiengang kaum nachfragen.

Kapazitätsberechnung

Der Senat nahm die Kapazitätsberechnung und den Festsetzungsvorschlag für Zulassungszahlen im Studienjahr 2004/2005 zur Kenntnis. Die Festsetzung der Zulassungszahlen

erfolgt auf der Grundlage der Feststellung der jährlichen Aufnahmekapazität nach der Kapazitätsverordnung des Landes Brandenburg.

Strukturplanung

Der Senat nahm das geplante Verfahren zur Strukturplanung für das wissenschaftliche und fachnahe nichtwissenschaftliche Personal in den Fakultäten zustimmend zur Kenntnis. Die Aktualisierung der Strukturplanung für wissenschaftliche Mitarbeiter und die Bestätigung beziehungsweise Änderung der Zuordnung der Stellenbesetzungen zu den Strukturstellen ist erforderlich, um den mit dem Eckpunktepapier von 2001 eingeleiteten Umbauprozess bei den Professuren auch beim wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Folgepersonal fortzuschreiben.

In der 113. Sitzung des Senates der Universität Potsdam am 10. Juni 2004 wurden unter anderem

folgende Beschlüsse gefasst:

Ausschreibungen

Der Senat beschloss die Ausschreibung der C3-Professur für Polymerchemie vorbehaltlich der Zustimmung der Senatskommission für Entwicklungsplanung und Finanzen. Ebenso beschloss das Gremium die Ausschreibung der Juniorprofessur für mobile und drahtlose Kommunikation und Echtzeitkommunikation als gemeinsame Berufung mit dem Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik an der Universität Potsdam. be

Weitere Informationen sind über Birgit Köhler, Geschäftsstelle des Senates, Tel.: 0331/977-1732, E-Mail: bkoebler@rz.uni-potsdam.de erhältlich.

Wahlen der universitären Gremien

Vom 29. Juni bis 1. Juli 2004 fanden an der Universität Potsdam Gremien-Wahlen statt. Der Wahlausschuss der Universität hat inzwischen die vorläufigen Endergebnisse der Wahlen bekannt gegeben.

Der Senat setzt sich zusammen aus:

Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer: (sechs Sitze)

Prof. Dr. Günter Behrmann, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Ria De Bleser, Humanwissenschaftliche Fakultät, Institut für Linguistik und Allgemeine Sprachwissenschaft

Prof. Dr. Barbara Krahe, Humanwissenschaftliche Fakultät, Institut für Psychologie

Prof. Dr. Bernhard Kroener, Philosophische Fakultät, Historisches Institut

Prof. Dr. Wolfgang Mitsch, Juristische Fakultät

Prof. Dr. Robert Seckler, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, Institut für Biochemie und Biologie

Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: (zwei Sitze)

Dr. Fred Albrecht, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, Institut für Physik

Dr. Doris Gebert, Sprachenzentrum

Gruppe der Mitarbeiter aus Technik und Verwaltung: (ein Sitz)

Helga Krieger, Universitätsverwaltung

Gruppe der Studierenden: (zwei Sitze)

Martin Bär, Politikwissenschaft

Lina Weiß, Biologie

Die Amtszeit der gewählten Senatsmitglieder beginnt am 1. Oktober 2004 und endet am 30. September 2006. Die Amtszeit der gewählten studentischen Gremienmitglieder endet am 30. September 2005.

Nahere Informationen sowie die Ergebnisse der Wahlen der Fakultätsräte erhalten sie im Intranet.

Auch über die Zusammensetzung des Studierendenparlamentes wurde abgestimmt.

Das Studierendenparlament setzt sich zusammen aus:

Grüne Überparteiliche Liste (GÜL): drei Sitze

Liberaler Campus (LiCa): zwei Sitze

Grünen-Alternative Liste (GAL): sechs Sitze

Initiative Unabhängiger Fachschaffler: fünf Sitze

Ring Christliche-Demokratischer Studenten (RCDS): zwei Sitze

Juso-Hochschulgruppe (Jusos): drei Sitze

Offene Linke Liste (oll): sechs Sitze

Die Wahlergebnisse zum Studierendenparlament sind auch unter www.asta.uni-potsdam.de abrufbar.

Schriftenreihe zur Evaluation

Die Servicestelle für Evaluation der Universität Potsdam hat eine Schriftenreihe mit dem Titel „Potsdamer Beiträge zur Lehrevaluation“ gegründet. Als ein Forum zur Diskussion über die Qualität von Lehre und Studium sowie Möglichkeiten ihrer Sicherung und Verbesserung sollen mehr als bisher Ergebnisse der Lehrevaluation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Angehörige der Universität Potsdam, aber auch externe Fachleute sind eingeladen, sich mit Beiträgen an dieser Diskussion zur Qualitätssicherung zu beteiligen. In dem in Kürze erscheinenden ersten Band stellen die Autoren Philipp Pohlenz von der Universität Potsdam und Karen Tinsner von der Universität Ulm eine Analyse der Gründe sowie Verantwortlichkeiten für das Phänomen des Studienabbruchs an der Universität Potsdam vor. Die einzelnen Bände der Schriftenreihe werden in loser Folge beim Universitätsverlag erscheinen.

Red.

Kontakt und Bestellungen: Servicestelle für Lehrevaluation, E-Mail: pohlenz@rz.uni-potsdam.de, www.uni-potsdam.de/u/evaluation oder Universitätsverlag, E-Mail: kbaumann@rz.uni-potsdam.de, <http://info.ub.uni-potsdam.de/publika/kontakt>.

Kooperation mit Montana

Das Interesse an einer Zusammenarbeit der Universität Potsdam mit der Universität Montana, Missoula/USA erstreckt sich über alle Fakultäten und umfasst den Studierendenaustausch ebenso wie die Forschungskooperation oder die gemeinsame Ausbildung von Doktoranden. Deshalb trafen sich Wissenschaftler beider Hochschulen unter anderem aus den Bereichen Geschichte, Philosophie, Biologie, Geologie, Women' Studies und Anglistik kürzlich, um über zukünftige Kooperationsvorhaben zu beraten. Die Rektoren beider Einrichtungen, Prof. Dr. Wolfgang Loschelder und Prof. Dr. George Dennison, unterzeichneten am 24. Juni einen Hochschulkooperationsvertrag. Für die Universität handelt es sich dabei um die vierte Hochschulpartnerschaft mit einer US-amerikanischen Universität, und sie ist die erste deutsche Partnerhochschule dieser amerikanischen Einrichtung.

Beide Hochschulen können bereits auf Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit zurück blicken, so zum Beispiel im Rahmen eines Gradu-



Foto: Rose

Neue Partner: Prof. Dr. Wolfgang Loschelder (r.) und Prof. Dr. George Dennison unterzeichnen Vertrag.

iertenzentrums in den Naturwissenschaften. Im akademischen Jahr 2004/2005 werden erstmals Potsdamer Studierende ein Studienjahr in Missoula verbringen.

Die staatliche University of Montana wurde 1893 gegründet und gehört zum Verbund des Montana University Systems. Mit etwa 13.000 Studierenden hat sie eine der Universität Potsdam vergleichbare Größe.

Red.

Aufbaustudiengang feiert Jubiläum



Foto: Firtze

Studieren fern der Heimat: Führungskräfte qualifizieren sich.

Der internationale Aufbaustudiengang „Master of Public Management“ (MPM) an der Universität Potsdam begeht in diesem Jahr sein fünfjähriges Jubiläum. Auf der Feier Ende Mai wurden 19 Fach- und Führungskräften aus Ministerien, Kommunalverwaltungen und Nichtregierungsorganisationen der Grad eines „Master of Public Management“ an der Universität Potsdam verliehen. Drei Absol-

venten erhielten erstmalig den „Master of Global Public Policy“ (MGPP). Gleichzeitig wurden 25 neue Teilnehmer des MPM/MGPP-Programms aus insgesamt 20 Ländern begrüßt, die im April den 14-monatigen Studienbetrieb aufgenommen hatten. Das Jubiläum wurde mit Vertretern der Universität, internationaler Botschaften und Kooperationspartnern gefeiert.

Die Teilnehmer durchlaufen ein Lehrangebot, das sich aus den Fachgebieten Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Recht zusammensetzt. Der Studiengang MGPP baut auf dem MPM-Programm auf. Die Studierenden sind in ihren Heimatländern Regierungsangestellte, Kommunalbeamte und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen.

Das MPM-Programm wird in enger Kooperation mit der Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH durchgeführt. Die Siemens AG unterstützt das MGPP-Programm. be

Änderungen im Hochschulgesetz

Seit dem 24. Mai 2004 ist die Novelle des Brandenburger Hochschulgesetzes in Kraft. Wesentliche Änderungen betreffen unter anderem die Möglichkeiten der Strukturentwicklung und Profilbildung der Hochschulen, die Bedeutung der Habilitation, zusätzliche Eignungsfeststellungsprüfungen für Studienbewerber, die Reduzierung der Personalkategorien Regelungen zur Juniorprofessur und zur Führung ausländischer Hochschulgrade sowie die Befristung von Berufungszusagen. Details können im Internet unter www.intern.uni-potsdam.de/u/dezernat3/formulare/html/pf_o8_o43.htm abgerufen werden.

Red.

Schließung von Lernbereichen geplant

Der Rektor der Uni Potsdam, Prof. Dr. Wolfgang Loschelder, hat beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur beantragt, die Lernbereiche Naturwissenschaft und Gesellschaftslehre im Lehramts für die Sekundarstufe 1 und die Primarstufe zu schließen. Er folgt damit einer Empfehlung der Humanwissenschaftlichen Fakultät und des Senats. Begründet wird die Empfehlung damit, dass die Absolventen des entsprechenden Lehramtes mit diesen Lernbereichen nur in Ländern mit sechsjähriger Grundschulzeit eingesetzt werden können, also derzeit nur in Brandenburg und Berlin. Wegen der daraus resultierenden geringen Einstellungschancen werden diese Lernbereiche kaum nachgefragt. Bis zur endgültigen Entscheidung hat der Rektor einen Zulassungsstop für diese Lernbereiche verfügt.

Red.

Spitzenreiter bei Habilitationen

An der Uni Potsdam haben sich in den letzten zehn Jahren 125 Wissenschaftler habilitiert, davon 37 Frauen. Damit ist sie Spitzenreiter unter den drei Brandenburgischen Universitäten. Die Europa-Universität Viadrina hat 25 und die Brandenburgische Technische Universität 15 Habilitationen vorzuweisen. Die Zahl der Habilitationen war seit 1994 überwiegend steigend und erreichte im vergangenen Jahr mit 29 einen vorläufigen Höchststand. Das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der Habilitation lag bei 41,4 Jahren.

Tägliche Praxis besiegelt

Kooperationsvertrag mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

„Wir gehen heute einen seit langem notwendigen Schritt aufeinander zu.“ Mit diesen Worten begrüßte der Rektor der Universität Potsdam, Prof. Dr. Wolfgang Loschelder, am 5. Mai alle im Schlosstheater des Neuen Palais anwesenden Gäste. Sie waren aus Anlass der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Potsdam und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg gekommen.

Das die tägliche Praxis dem Vertragschluss weit voraus ist, kann an vielfältigen Beispielen belegt werden. Enge wissenschaftliche Kontakte existieren seit Jahren zwischen Wissenschaftlern des Institutes für Geowissenschaften der Universität und der Stiftung. So hat Prof. Dr. Roland Oberhänsli die Herkunft der Bergkristalle in den königlichen Schlössern untersucht. Dabei hat er herausgefunden, dass der Quarz für die Leuchter aus einem kleinen Gebiet am Südrand des Aarmassivs in den Schweizer Zentralalpen stammt. Wissenschaftler aus dem Institut für Germanistik wie aus dem Historischen Institut pflegen ebenso Kontakte zu ihren Kollegen in der Stiftung. Der Chemiker Prof. Dr. Hans-Gerd Löhmannsröben hat sich mit Materialuntersuchungen im Muschelsaal des Neuen Palais beschäftigt. Die Biologen und die Mitarbeiter



Sehen viele Anknüpfungspunkte für ein verstärktes Miteinander: Hartmut Dorgerloh (l.) und Wolfgang Loschelder.

des Botanischen Gartens arbeiten gleichermaßen eng mit der Stiftung zusammen. Die Stiftung unterstützt die Studierenden. Bisher gab es beispielsweise kostenlose Führungen durch Parks und Schlösser und spezielle Angebote für Erstsemestler, für Studierende mit Handicap und am Hochschulinformationstag für Studieninteressierte.

Stiftungsgeneraldirektor Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh ist sich sicher, dass auch in Zukunft ein breites Themenspektrum der gemeinsamen Bearbeitung harzt. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil beide Einrichtungen die Identität der Stadt wesentlich mitprägen, wie es in der Präambel des Kooperationsvertrages heißt.

be

Noch mehr geplant

Dank an Sponsoren der Chipkarte

In Zeiten knapper Kassen sind auch die Universitäten darauf angewiesen, Drittmittel einzuwerben. Große Projekte sind ohne finanzielle Zuwendungen beispielsweise aus der Wirtschaft nicht zu realisieren.

Das die Universität Potsdam zu den etwa 75 von 330 Hochschulen gehört, die einen elektronischen Studentenausweis eingeführt haben, ist nicht zuletzt der großzügigen Unterstützung von Sponsoren, insbesondere der Deutschen Bank AG, aber auch der AOK und dem Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH zu danken. Am 11. Mai gab es eine Präsentation des Chipkartenprojektes im Beisein des Hauptsponsors Deutsche Bank. Ste-

fan Märkl, zuständig für die Privat- und Geschäftskunden der Deutschen Bank in Brandenburg und Teilen von Sachsen-Anhalt, begrüßt den erfolgreichen Start der Universitäts-Chipkarte PUCK. „Als moderne Bankkunden wünschen Studierende von uns Top-Angebote im täglichen Banking, das heißt, bequeme Zugangswege, bester Service und leistungsfähige Kontenmodelle.“ Rektor Prof. Dr. Wolfgang Loschelder sieht in der Einführung der Chipkarte nicht nur für die Studierenden einen großen Fortschritt, sondern auch für die Universitätsverwaltung Entlastungen, Kosten- und Zeiteinsparungen. Die Deutsche Bank signalisiert, dass sie auch in Zukunft in Sachen Chipkarte an der Seite der Universität stehen wird. Die Hoch-



Kosten- und Zeiteinsparung für alle: Sponsoren prüfen ihr Produkt.

schule wird Schritt für Schritt die technischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Funktionen der Chipkarte erweitert werden. So ist die Verwendung der Chipkarte als Kopier- und Druckkarte sowie als Geldbörse für kleine Beträge an der Universität vorgesehen. Und das erfolgreiche Projekt spricht sich herum. Die Fachhochschule Wildau hat beispielsweise bereits ihr Interesse angemeldet.

be

Studiengebühren nicht abwendbar

Podiumsdiskussion zur Hochschulentwicklung in Brandenburg



Mehr finanzielle Sicherheit: Versprechen von Ministerpräsident Platzeck (r.) an Rektor Prof. Dr. Wolfgang Loschelder und die anderen Rektoren.

Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Hochschulentwicklung im Land Brandenburg hatten Mitte Mai die Uni Potsdam, die Fachhochschule Potsdam und das SPD-Wissenschaftsforum an die Uni Potsdam eingeladen. Ein wesentlicher Diskussionspunkt waren die unzureichenden finanziellen Mittel für die Hochschulen. Tatsächlich ist Brandenburg trotz des erfolgreichen Aufbaus einer neuen Hochschullandschaft seit der Wende mit nur 2,9 Prozent Ausgaben für die Hochschulen bundesweit Schlusslicht. Ministerpräsident Matthias Platzeck betonte, dass es schon Ausdruck klarer Prioritätensetzung

sei, wenn die Hochschulen von Sparmaßnahmen ausgenommen werden. Er sagte für die nächsten Jahre mehr finanzielle Sicherheit für Planungen der Hochschulen zu. Der Rektor der Uni Potsdam, Prof. Dr. Wolfgang Loschelder sagte, die Bemühungen des Landes seien zwar erkennbar, dennoch seien die Hochschulen noch massiv unterfinanziert. Es fehle insbesondere an Mitteln für die Hochschulbibliotheken und die Wartung und Reparatur moderner Geräte, deren Nutzungsmöglichkeiten dadurch eingeschränkt seien.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Debatte um die Förderalismusreform. Es besteht Anlass zur Sorge, der Bund könne sich aus der Gemeinschaftsaufgabe des Hochschulbaus zurückziehen. Die Bundesländer müssten dann ihre Hochschulen allein aus Ländermitteln finanzieren. Platzeck erklärte, er werde sich in der Förderalismuskommission gegen diese Bestrebungen einsetzen. Auf die Frage eines Studenten zu Studiengebühren sagte Platzeck, er halte ein neues System der Studienfinanzierung für unumgänglich. In den nächsten ein bis zwei Jahren würden Studiengebühren allerdings noch keine Rolle spielen.

Red.

Neu erschienen

Jüdische Geistesgeschichte

Prof. Dr. Karl Erich Grözinger vom Institut für Religionswissenschaft hat den ersten Band seiner auf drei Bände konzipierten jüdischen Geistesgeschichte vorgelegt. Das Standardwerk mit dem Titel „Jüdisches Denken. Theologie-Philosophie-Mystik“ wirft einen Blick auf die alte, von zahlreichen Umbrüchen geprägte Geschichte der jüdischen Religion und Kultur und ermöglicht das Verständnis heutiger Positionen und Deutungen des Judentums. Der Band 1 trägt den Titel „Vom Gott Abrahams zum Gott des Aristoteles“ und umfasst den Zeitraum von den biblischen Anfängen israelitischer Religion bis ins hohe Mittelalter. In den Blick dabei geraten unter anderem die frühen Priesterreligionen, der archaische Opferkult und die Tora des Moses. Band 2 soll im Frühjahr 2005, Band 3 im Frühjahr 2007 erschei-

nen.

Grözinger, Karl Erich: Jüdisches Denken. Theologie-Philosophie-Mystik, Frankfurt/Main, New York, ISBN 3-593-37512-5

Nachbarland Polen

Polen steht im Mittelpunkt des Bandes „Das moderne Polen: Staat und Gesellschaft im Wandel“. Das Buch ist ein solider und kompakter Beitrag, um das Nachbarland Polen zu Beginn des 21. Jahrhunderts in seiner Geschichte und Modernität differenzierter zu erfassen. Renommiertere Experten aus Polen und Deutschland informieren und diskutieren in diesem Sammelband sowohl innenpolitische als auch internationale Dimensionen des Transformationsprozesses der letzten fünfzehn Jahre.

Das moderne Polen: Staat und Gesellschaft im Wandel; Beiträge zur Debatte. Berlin, 2004. (Potsdamer Textbücher:

Tipps und Termine

Universität Potsdam

13. Juli 2004, 17.00 Uhr

VORTRAGSVERANSTALTUNG

Dr. Ulrich Trautwein (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin): Hausaufgaben: Lerngelegenheiten oder Hausfriedensbruch? Ein pädagogisches Mehrebenenmodell des Hausaufgabenverhaltens

Universität Potsdam, Uni-Komplex Golm, Karl-Liebknecht-Str. 24/25, Haus 14, Raum 045

SONNTAGSVORLESUNGEN „POTSDAMER KÖPFE“

05. September 2004, 11.00 Uhr

Dr. Irene Diekmann (Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V.): Zur Geschichte der Juden in Brandenburg

03. Oktober 2004, 11.00 Uhr

Dr. Hans-Hermann Hertle (Zentrum für Zeithistorische Forschung): Einigkeit und Recht und Freiheit – Deutschland einig Vaterland?

Altes Rathaus – Potsdam Forum, Am Alten Markt, 14467 Potsdam

www.potsdamer-koepfe.de

Region

Juli/August 2004

KLOSTERSOMMER IN BRANDENBURG

www.event-theater.de

18. Juli bis 17. Oktober 2004

AUSSTELLUNG

Preußisch Grün

Schloss Glienicke, Königstraße 36, 14109 Berlin

www.spsg.de

Noch bis 29. August 2004

AUSSTELLUNG

Ein Maler im Park. Aquarelle und Fotografien von Peter Rohn

Römische Bäder, Park Sanssouci

www.spsg.de

12. September 2004

TAG DES OFFENEN DENKMALS.

Führungen durch die Parkanlagen und Maschinenhäuser

www.spsg.de

19./20./22./27./28. August 2004

SOMMERTHEATER OPEN AIR AUF DEM POTSDAMER PFINGSTBERG

Diener zweier Herren. Komödie von Carlo Goldoni

www.hot.potsdam.de

26. September bis 09. Oktober 2004

10. INTERNATIONALE KINDER-KULTURTAGE

T-Werk, Schiffbauergasse 1, 14469 Potsdam

Potsdam will 2006 Stadt der Wissenschaft werden

Neuer Verein ProWissenschaft Potsdam e.V. treibt Bewerbung voran

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft lobt für das Jahr 2006 zum zweiten Mal den Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ aus, an dem sich auch Potsdam beteiligt. Der Wettbewerb soll dazu beitragen, dass sich die Städte ihres Potenzials in Wissenschaft, Forschung und Technologie bewusst werden und sich für die Schaffung von Netzwerken, insbesondere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und zwischen Wissenschaft und Kultur aktiv einsetzen. Die Städte sollen Wissenschaft als Motor für die Stadtentwicklung nutzen und durch die Öffnung der Wissenschaft einen Identifikationswert für die Bürger der Stadt schaffen. Die Auswahl erfolgt unter anderem nach den Kriterien aktive Rolle der Städte bei der Netzwerkbildung, Dialogorientierung und ein breites Spektrum an unterschiedlichen Aktivitäten und Formaten sowie Originalität.

Für Potsdams Bewerbung sind die jahrelangen Erfahrungen mit Veranstaltungen wie dem Tag der Wissenschaft und Forschung und dem Technologiezentrum nützlich. Seit rund fünf Jahren wird das Projekt „Science Center“ für die Innenstadt diskutiert. Inzwischen ist ein breiter Konsens entstanden, Potsdams Mitte besser als bisher für die Wissenschaften zu erschließen und somit auch Potsdam als Universitätsstadt breiteren Kreisen näher zu bringen.

Am 22. April 2004 wurde in Potsdam der gemeinnützige Verein ProWissenschaft Potsdam e.V. gegründet, dessen Aufgabe die erfolgreiche Wissenschaftskommunikation in der Region Potsdam ist. Der Verein unterstützt die Stadt bei der Infrastrukturentwicklung. Konkret benannt ist hierbei das geplante Kommunikationszentrum Wissenschaft in der Innenstadt, dessen Arbeitstitel inzwischen „Denkhaus“ lautet. Dem Vorstand des Vereins gehören an: Die drei Hochschulrektoren beziehungsweise Präsidenten, der Vorstand des GeoForschungsZentrums Potsdam, der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer und der Oberbürgermeister Potsdams.

Ein wichtiges Ziel der Aktivitäten für „Stadt der Wissenschaften 2006“ ist, dass die Bevölkerung sich mit der Universitätsstadt Potsdam identifiziert und dass die Fremdwahrnehmung über „Die Stadt der Geschichte, Schlösser und Gärten“ hinauswächst.



Foto: CFZ Potsdam

Nicht nur vom Satelliten aus: Ganz Potsdam ist ein Campus.

Eine horizontale Vernetzung der Hochschulen und Institute innerhalb eines zu definierenden Aktionsprogramms, zumal unter maßgeblicher Initiative der Stadt, muss auf dem Bewusstsein konkreten Nutzens aufbauen. So war es 1998, als erstmals der brandenburgische Tag der Wissenschaft und Forschung stattfand. In den weit über 1.000 Gymnasiasten, die aus ganz Brandenburg anreisen, konnten die Hochschulen zu Recht die künftigen Studierenden sehen. So ist es heute mit der Kinderuniversität und den Sonntagsvorlesungen und so wird es morgen im Denkhaus am Alten Markt, den Schülerlabors auf dem Telegrafenberg oder in Golm sein. Der Verein ProWissenschaft Potsdam e.V. wirbt dafür, möglichst viele geeignete Aktivitäten ins Stadtzentrum und ins Denkhaus zu verlagern um dort einen erstklassigen Attraktionspunkt für Einheimische und Gäste der Stadt zu schaffen.

Damit die Stadt ihre führende Rolle bei Antragstellung und Umsetzung des Wettbewerbs für 2006 ausfüllen kann, sollten die Maßnahmen auf Schnittmengen mit der Stadtentwicklung hin ausgestaltet werden, also auf Handlungsfelder, auf denen Politik und Verwaltung Beratung und Kooperation nachfragen. Hierzu zählen die Einbindung benachteiligter Stadtteile beispielsweise durch Patenschaften mit Grundschulen, Klassenkurse im Schülerlabor oder Radtouren in die Forschungseinrich-

tungen, die Förderung der Ansiedlung forschungsnaher Unternehmen und die Wiedergewinnung von Potsdams Mitte.

Die Kommunikation für „Stadt der Wissenschaften 2006“ baut auf dem Slogan „Ganz Potsdam ist ein Campus“ auf, mit dem eine Alleinstellung bezeichnet wird, die über statistische Größen wie Anzahl der Institute hinausweist. Man kennt sich und man trifft sich auf dem jungen Campus. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Kunst, gemeinsame Projekte von Naturwissenschaftlern, Designern und Filmemachern kommen zustande, weil Potsdams Einrichtungen in ihrer Entwicklungsdynamik innovativ sind und weil der Campus überschaubar ist.

Mit dem zweiten Slogan: „Raum und Zeit für Denker“ verweist die Kommunikation auf die Angebote, die die Region ihren Forschern macht. Außerdem wird dadurch an der Bedeutung Potsdams für die Wissenschaften zu Einsteins Zeiten angeknüpft und ein Bogen von dieser Traditionslinie zu den heutigen „Denkfabriken“ geschlagen.

Florian Fischer

Ideen und Beiträge für „Stadt der Wissenschaften 2006“ können an ffischer@rz.uni-potsdam.de gesendet werden. Weitere Informationen zum Wettbewerb unter www.stadt-der-wissenschaft.info

Graduate Schools eingerichtet



Foto: Schweigel

Überzeugungsarbeit: Die besten Konzepte werden gefördert.

Die Universität Potsdam wird aus Mitteln der Zielvereinbarung von 2004 bis 2006 vier Graduate Schools unterstützen. Mit je fünf Stipendien und Sachmitteln werden an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät gefördert "Earth surface processes: Dynamics, Scales and Changing Environments" und „Multifunctional Polymer Composites“. Eine Finanzierung für jeweils vier Stipendiaten erhalten an der Philosophischen Fakultät „Visualisierung/Visuelle Kultur“ und an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät „Modern Governance“. Die Fakultäten waren aufgefordert, Anträge einzureichen. Die Vorschläge wurden am 29. April in einer öffentlichen Sitzung der Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs präsentiert. Daraufhin hat die Kommission in Anlehnung an

die DFG-Förderkriterien für Graduiertenkollegs, die vier Graduate Schools empfohlen. 40 Prozent der Stipendiaten sollen Frauen sein. Die verantwortlichen Hochschullehrer haben sich verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren einen Antrag auf Weiterförderung bei der DFG oder anderen Mittelgebern zu stellen. Mit den Graduate Schools sollen neue Strukturen in der Doktorandenphase eingeführt werden, wie in den Zielvereinbarungen mit dem Ministerium für Wissenschaft Forschung und Kultur des Landes Brandenburg vorgesehen. Sie sind ein Beitrag zur Umsetzung des „Konzeptes für die Entwicklung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der Universität Potsdam“ und gleichzeitig Teil des Engagements der Universität im Eliteuni-Wettbewerb.

Red.

Forschungsstelle und Archiv

Das Institut für Musik und Musikpädagogik der Universität Potsdam hat Anfang Juli die Forschungsstelle Systematische Musikpädagogik gegründet. In den nächsten Jahren sollen Forschungsarbeiten in der Musikpädagogik auf den Weg gebracht werden, die sich einerseits übergreifenden wissenschaftlichen Vorhaben der Universität Potsdam zuordnen, andererseits aber auch spezifischen Fragestellungen einer systema-

tisch orientierten Musikpädagogik und Fragen einer kritischen Schulforschung zuwenden. Mit der Gründung der Forschungsstelle war die Eröffnung des Archivs zur DDR-Musikpädagogik an der Professur für Musikpädagogik und Musikdidaktik verbunden. Durch die Einwerbung verschiedener Schenkungen konnte das Archiv in den letzten Monaten aufgebaut werden.

be

Wissenschaftspark Golm

Eine Broschüre über den „Wissenschaftspark Golm“ ist jetzt erschienen. In Golm vor den Toren Potsdams hat sich seit dem Jahre 1991 ein Wissenschaftszentrum herausgebildet, in dem Fragestellungen von der Grundlagen- bis zur industrienahen Forschung bearbeitet werden. Hier sind Ausbildung und Spitzenforschung vereint. Die 34-seitige Broschüre gibt einen detaillierten Überblick über die in Golm angesiedelten Institutionen und deren Forschungsprofile. Zahlenmaterial, Übersichten und zahlreiche farbige Abbildungen ergänzen den Text.

Herausgeber der Publikation sind die im Wissenschaftspark ansässigen Institutionen des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Polymerforschung, die Max-Planck-Institute für Gravitationsphysik, für Kolloid- und Grenzflächenforschung sowie für Molekulare Pflanzenphysiologie und die Universität Potsdam.

be

Die Broschüre „Wissenschaftspark Golm. Studieren – Forschen – Gründen“ ist kostenlos über das Referat für Presse-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit der Universität Potsdam, Tel: 0331/977-1474, E-Mail: presse@rz.uni-potsdam.de erhältlich.

Zehn Elite-Unis

Bund und Länder haben sich auf ein Milliarden-Programm für zehn Elite-Universitäten sowie zum Ausbau internationaler Spitzenforschung verständigt. Dafür sind bis 2010 rund 1,9 Milliarden Euro eingeplant. 285 Millionen Euro sollen jährlich vom Bund fließen, die Länder wollen sich mit jährlich mit 95 Millionen Euro beteiligen. Diese Fördermittelzusagen stehen jedoch noch unter Vorbehalt, da auf Bundes- und Länderseite die Haushaltsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Finanzmittel sollen künftig im Rahmen eines Wettbewerbs zur Verfügung gestellt werden. Voraussichtlich werden zehn Spitzenuniversitäten mit durchschnittlich jeweils 25 Millionen Euro gefördert, 30 Exzellenzzentren mit jeweils acht Millionen Euro sowie 40 Graduiertenschulen mit je einer Million Euro. Um als Spitzenuni gefördert zu werden, muss eine Hochschule mindestens eine Graduiertenschule sowie ein Exzellenzzentrum vorweisen können.

Red.

Zehn auf einen Streich

Die EU-Erweiterung war für viele ein Grund zum Feiern, weckt aber auch Ängste

Was für ein Familienzuwachs! Durch den Beitritt der zehn Länder vergrößert sich die Bevölkerung der Europäischen Union auf einen Schlag um 80 Millionen. Und Deutschland wird vom Rand des EU-Territoriums ins Zentrum katapultiert.

Vor allem osteuropäische Länder sind dazugekommen und mit ihnen halten auch erstmals slavische Sprachen Einzug in die EU. Der Beitritt war langfristig und sorgfältig vorbereitet. Für die Beitrittsstaaten hieß es die „Kopenhagener Kriterien“ zu erfüllen, die rechtliche, politische und ökonomische Anforderungen an neue Mitglieder definieren.

Europaweit wurde am 1. Mai die Erweiterung der EU gefeiert und die neuen Mitglieder willkommen geheißen. Doch in die Freude mischt sich auch Angst vor der preisgünstigen Konkurrenz aus dem Osten und Sorge um die Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft. Sicher wird sich einiges verändern. Aber Veränderungen bergen auch neue Möglichkeiten und Chancen. Diese gilt es zu nutzen.

Die neuen Beitrittsländer sind ja auch keine Unbekannten. Insbesondere zu Polen bestehen auf vielen Ebenen schon enge Beziehungen. Auch die Uni Potsdam pflegt seit langem vielfältige Kontakte zum östlichen Nachbarn.

Red.

Konkurrenz belebt das Geschäft

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Erweiterung



Preiswerte Konkurrenz: In der Baubranche greift man gerne auf osteuropäische Arbeitskräfte zurück.

Durch den Beitritt zehn weiterer Staaten hat sich das Unionsgebiet um 23,3 Prozent vergrößert. Die Gesamtbevölkerung ist um 19,4 Prozent angestiegen. Das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt hat dagegen nur um 4,6 Prozent zugenommen, so dass das Pro-Kopf-Einkommen in der EU um 11,8 Prozent gesunken ist. So interessant diese Zahlen auch sind, wichtiger ist vermutlich die Tatsache, dass die EU-Mitgliedschaft für die Beitrittsländer den Abschluss einer mehrjährigen, schwierigen politischen und wirtschaftlichen Transformationsperiode darstellt.

In die verständliche Freude über die Osterweiterung der EU mischen sich allerdings auch unüberhörbar kritische Töne, die zum Teil paradox erscheinen. Polnische Bauern blicken ähnlich besorgt auf die Produktionsmethoden und Produkte ihrer westlichen Konkurrenten wie deutsche Mittelständler auf die Arbeitskosten und -bedingungen ihrer östlichen Wettbewerber. Und die deutsche sowie die französische Regierung äußern lautstark ihren Unmut darüber, dass heimische Unternehmen von den niedrigen Steuersätzen Estlands oder der Slowakei angeockelt werden, während diese Länder von der Gemeinschaft im Rahmen der Strukturpolitik eine finanzielle Förderung erhalten. Auf der anderen Seite befluchten die Regierungen dieser

Länder, dass ihre gut ausgebildeten Arbeitskräfte in den Westen abwandern. Handelt es sich bei diesen Ängsten und Sorgen um Überreaktionen inflexibler Marktteilnehmer und Politiker, die man am besten ignorieren sollte? Oder anders formuliert: Was bedeutet der 1. Mai 2004 für die weitere europäische Entwicklung?

Zunächst einmal ist zu berücksichtigen, dass dieses Datum politisch, insbesondere jedoch ökonomisch weniger bedeutsam ist, als gemeinhin angenommen wird. Bereits seit Anfang der 90er Jahre läuft der Transformations- und Integrationsprozess. Inzwischen haben alle neuen Mitglieder den Acquis Communautaire, das heißt das mehr als 80.000 Seiten umfassende europäische Regelwerk übernommen. Jahr für Jahr sind die Handelsbeziehungen zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten ausgebaut worden. Schon im Jahre 2002 betrug der Anteil der ungarischen Exporte in die EU 75,1 Prozent, in die USA dagegen nur 3,5 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für Polen lauten 68,9 Prozent und 2,7 Prozent und für Tschechien 68,6 Prozent und 2,9 Prozent. Auf der anderen Seite nahmen im selben Jahr in der deutschen Exportschlacht Tschechien, Polen und Ungarn die Plätze 11, 12 und 15



Andreas Eckhoff

ein. Und bereits im Jahr 2001 flossen zwischen 1,13 und 1,33 Prozent der deutschen Direktinvestitionen in diese drei Länder.

Durch die Osterweiterung der EU ist der Gemeinsame Binnenmarkt größer geworden. Damit geht tendenziell eine Zunahme des Wettbewerbs einher. Das wiederum führt zu einer Verbesserung der Marktergebnisse. Im Einzelnen steigert der intensivierte Wettbewerb erstens die Effizienz der Unternehmen, zweitens verbessert er die Zusammensetzung des laufenden Angebots an Waren und Dienstleistungen entsprechend den Konsumentenpräferenzen, drittens drängt er die Unternehmen zu einer möglichst raschen Anpassung ihrer Kapazitäten an die sich ständig ändernden Nachfragestrukturen und Produktionstechniken, viertens forciert er den technisch-ökonomischen Fortschritt, und fünftens bewirkt er eine Einkommensverteilung gemäß der Marktlogik.

Einzelwirtschaftlich impliziert intensiverer Wettbewerb größere Herausforderungen an die Unternehmen. Der Druck auf die Preise, Kosten und Gewinne steigert die Notwendigkeit zur Anpassung und Neuerung, nimmt zu, die Risiken erhöhen sich. Effiziente, wettbewerbsfähige Unternehmen können ihre Marktanteile ausweiten, ineffiziente müssen den Markt verlassen. Inwiefern sind die Sorgen der polnischen, bayerischen und der deutschen Mittelständler berechtigt. Sie müssen versuchen, Kosten- und/oder Qualitätsvorteile zu nutzen. Ähnlich wie deutsche Großunternehmen werden auch mittelständische Firmen Teile ihrer Produktion in osteuropäische (oder asiatische) Länder verlagern, um ihre Kosten zu senken und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Auf diese Weise schaffen sie dort Arbeitsplätze und Einkommen, mit denen nicht zuletzt auch wieder konkurrenzfähige deutsche Produkte nachgefragt werden.

Vom Produktwettbewerb im Gesamtmarkt führt der institutionelle Wettbewerb innerhalb der EU zu unterschiedlichen. Letzterer nimmt ebenfalls mit der Osterweiterung tendenziell zu. Ein interessantes Beispiel sind die von einigen – streng der Gemeinwohlprinzipien gefordert – Beitrittsländern angeforderte und vor allem von deutscher sowie französischer Seite heftig kritisierte Studienwettbewerbsdar. Eine solche Kritik ist jedoch grundsätzlich verfehlt. Die EU verfügt über keine ökonomischen Kompetenzen. Diese liegen nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Dann aber ist es das gute Recht neuer EU-Mitglieder über niedrige Steuersätze mehr Investitionen, mehr Wachstum und damit mehr Wohlstand anzustreben. Letztlich profitieren davon auch die alten EU-Länder. Denn je erfolgreicher die Wirtschaftsentwicklung in den

neu-en Mitgliedstaaten verläuft, desto besser sind unsere Absatzmöglichkeiten in diesen Ländern, was wiederum heimische Arbeitsplätze sichert und den befürchteten Zustrom osteuropäischer Arbeiter bremst. Im Übrigen besteht kein Zusammenhang zwischen den Steuersätzen der neu-en EU-Mitglieder und ihrer finanziellen Förderung im Rahmen der Strukturpolitik. Sind allerdings die Regierungen der alten Mitgliedstaaten der – keineswegs falschen – Auffassung, die EU-Fördermaßnahmen seien relativ ineffizient, so sollten sie diese reformieren.

Weder Gebietsschutzkartelle der Unternehmen noch Steuerkartelle der Regierungen sind geeignet, das Wohlstandspotenzial der erweiterten EU auszuschöpfen. Vielmehr sollten wir die sich nach zwei Weltkriegen und dem vierzigjährigen Kalten Krieg endlich bietenden politischen und ökonomischen Chancen freundschaftlich, aber kompetitiv nutzen.

Prof. Dr. Norbert Eickhof, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Anstieg ja – Ansturm nein

Was sich für Studieninteressierte aus den Beitrittsländern ändert.

Noch bis Mitte Juli läuft die Bewerbungsfrist zum nächsten Wintersemester. Nach dem Beitritt werden Interessenten aus den neuen EU-Ländern erstmals nach einem neuen Vergabeverfahren zum Studium zugelassen. Portal befragte Dr. Regina Neum vom Akademischen Auslandsamt nach den neuen Konditionen:



Foto: Fritze

Regina Neum

Was hat sich nach dem Beitritt für Studien- Interessierte aus den neuen Mitgliedsländern geändert?

Sie können jetzt aus allen diesen Ländern ohne Visum einreisen und eine Aufenthaltserlaubnis beantragen. Das ist natürlich eine erhebliche Erleichterung. Nicht geändert haben sich hingegen die Studienvoraussetzungen, die für ein Studium an einer deutschen Hochschule erfüllt werden müssen. Diese Zugangsvoraussetzungen können für einige Länder auch weiterhin durch die Teilnahme an unserem einjährigen Studienkolleg erworben werden. Im Zulassungsverfahren werden die Bewerber mit den nötigen Voraussetzungen dann behandelt wie Deutsche und Bewerber aus den alten EU-Mitgliedsländern, die sich zu einem Vollzeitstudium bei uns bewerben. Das heißt, Kriterien wie beispielsweise die Abiturnote und Wartezeiten werden berücksichtigt. Gleichzeitig fallen sie aus dem Kontingent von acht Prozent für NC-Fächer heraus, das für ausländische Studierende aus nicht EU-Ländern reserviert ist.

Rechnen Sie mit einem Anstieg der Bewerberzahlen aus den neuen Beitrittsländern?

Ich denke, dass sich die Bewerberzahlen im Laufe der Zeit erhöhen werden, weil das Einreiseverfahren einfacher geworden ist. Mit einem Massenansturm rechne ich allerdings nicht. Ein Studium im Ausland ist immer mit finanziellen Belastungen verbunden und durch die EU-Mitgliedschaft hat sich ja zunächst nichts an den finanziellen Bedingungen in diesen Ländern und damit der Situation der Bewerber verändert.

Vorurteile: Aus alt mach neu

In einem prämierten deutsch-polnischen Projekt lernen Jugendliche ihre Nachbarn besser kennen

Die Polen? Die blauen doch! Immer! Alle! Diese und andere Vorurteile konnten sechs Studierende der Uni Potsdam und Dr. Jochen Fenzke von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät im Rahmen einer Veranstaltung des deutsch-polnischen Jugendbegegnungsprojekts mit der Deutschen Akademischen Austauschdienstes e.V. abbauen. Vier Tage verbrachten sie zum Gedankenaustausch mit Studierenden der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und ihrem Professor, Dr. Bogdan Kozel, in der Jugendbegegnungsstätte Mikuszewo bei Poznań.

Getrennt im vereinten Europa! – Deutschland und Polen in der Europäischen Union“ lautete das Thema, das die Studierenden, zum Großteil angehörige Politikwissenschaftler, in diesem Jahr diskutierten. Die Veranstaltung, die bereits im vierten Jahr durchgeführt wird und 2004 als eines der 20 besten Projekte deutsch-polnischer Jugendbegegnungen ausgezeichnet wurde, war auch in diesem Jahr wieder sehr aufschlussreich.

Zum Programm gehörten unter anderem eine Diskussionsrunde mit Sidonia J. drzejewska, einer Kandidatin Polens für das Europaparlament, und ein Vortrag des Leiters des Amtes für Europäische Fonds bei der Stadtverwaltung Poznań, Filip Kacmarek. Neben dem offiziellen Programmteil brachte das Diskutieren und gegenseitige Erklären die Studierenden in den wenigen Tagen einander näher. Die Gesprächsthemen waren sehr vielseitig: Die gemeinsame Geschichte, Stereotype, die EU, Krieg und Religion wurden sowohl wissenschaftlich als auch emotional diskutiert.

Während in der deutschen Gruppe nur ein Teilnehmer polnisch sprach, beherrschten fast alle polnischen Studierenden Deutsch fast akzentfrei. Trotzdem war bei Vorträgen oder Gruppenarbeiten meist ein Dolmetscher zugegen, der gelegentlich trotzdem auftretende Sprachbarrieren der Studierenden zu überwinden half. Abends am Lagerfeuer hatte der zwar Feierabend, doch die Kommunikation funktionierte auch dann mit Unterstützung des guten polnischen Bieres tadellos.

Am Ende der Reise waren sich die polnischen und deutschen Studierenden einig, dass die Unterschiede die Wirtschaft, Politik und Gesell-



Foto: privat

schaft betreffend heute nicht mehr so gravierend sind wie noch vor einigen Jahren. „Es gibt natürliche Differenzen zwischen uns“, resümiert eine Studentin aus Poznań, „aber ohne diese gäbe es auch keine unterschiedlichen Kulturen. Diese Differenzen sollen aber kein wirkliches Problem mehr darstellen.“ Sowohl auf deutscher als auf polnischer Seite wurden alte Klischees durch das Seminar aus der Welt geschafft und augenzwinkernd durch neue ersetzt: Die Polen? Die sprechen doch deutsch! Immer! Alle!

Nina Zilvar, Studentin

Damit die Diskussion nicht zu trocken wird: Ein Schluck Bier am Lagerfeuer.

Förderpreis für politische Publizistik

Das aktuelle Ausschreibungsthema zum Nachwuchsförderpreis für politische Publizistik lautet: „Wie viele Gegensätze verträgt Europa? Geistige Grundlagen und ausgewogene Steuerungen der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union.“ Der Preis wird alle zwei Jahre von der Akademie für Politik und Zeitgeschichte der Hanns-Seidel-Stiftung verliehen und ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Die Aufsätze der Preisträger werden in der Zeitschrift „Politische Studien“ veröffentlicht. Bewerbungen können sich immatrikulierte Studierende oder Erstpromovierende an mit von ihnen verfassten wissenschaftlichen Aufsätzen. Einsendeschluss ist der 2. November 2004.

Weitere Informationen sind unter www.hss.de/1763.shtml erhältlich. Red.

Kein Verhandlungsspielraum

Die Wahrung der Menschenrechte ist eine grundlegende Beitrittsvoraussetzung



Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer hat die jahrhundertealte Teilung des europäischen Kontinents in ein Europa des demokratischen Europa in ein Europa politischer Stabilität und in ein Europa eines Binnenmarkts, von dem alle mindestens 150 Millionen EU-Bürger profitieren werden. Die Erweiterung wird erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen mit sich bringen. Ein größerer und stärker integrierter Markt wird das Wirtschaftswachstum sowohl in den neuen als auch in den alten Mitgliedstaaten der EU ankurbeln.

Um der EU-Mitgliedschaft den Weg zu ebnen, mußten die neuen Mitglieder den gemeinschaftlichen Besitzstand, also das gesamte Primär- und Sekundärrecht der EG, übernehmen. Ferner erfordert die Mitgliedschaft eine effiziente und rechtsstaatliche Verwaltung, effiziente Rechtsmittelverfahren und die Flexibilität den Marktkräften und dem Wettbewerb innerhalb der Union standzuhalten. Nicht zuletzt sind alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, also auch die zehn „Neuen“, verpflichtet, die Menschenrechte zu wahren sowie Minderheiten zu achten und zu schützen. Ein wichtiger Schritt wurde inzwischen schon früh getan: Alle Beitrittsländer sind seit ungefähr einem Jahrzehnt Mitglieder des Europarats und haben die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ratifiziert.

Bereits vor der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im Jahre 1993 hat die Union den Kandidatsländern verschiedene Hilfestellungen bei der Vorbereitung der Mitgliedschaft gegeben. Zu diesem Zweck wurde 1989 das

Phare-Programm auf den Weg gebracht, mit dem die Bewerberstaaten beim Übergang zur Marktwirtschaft und beim Aufbau demokratischer Institutionen unterstützt wurden. Zum Jahresende 2002, also nur 13 Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems, haben die acht mittel- und osteuropäischen Staaten ihre Verhandlungen abgeschlossen und waren ebenso wie die beiden Mittelmeerstaaten für den Beitritt bereit.

Die Erfahrungen mit den bisherigen Erweiterungen haben gezeigt, wie gut die EU-Integration funktioniert. Dennoch rufen größere Veränderungen häufig Besorgnis hervor. In den bisherigen EU-Mitgliedstaaten bestehen Befürchtungen hinsichtlich eines Ansturms billiger Arbeitskräfte und einer Abkämpfung der Sozial- und Umweltstandards. Die neuen Mitgliedstaaten sorgen sich vor allem darum, ob sie wirtschaftlich mit den alten Mitgliedstaaten Schritt halten können und ob insbesondere ihre Landwirtschaft mit dem seit Jahrzehnten durch Subventionen geförderten Agrarsektor der EU konkurrieren kann. Wie bei früheren Erweiterungen wurden deshalb Schutzmaßnahmen vereinbart, um unerwartete Folgen abzuwehren und anfängliche negative Auswirkungen abschwächen zu können. In besonders sensiblen Bereichen wie etwa der Freizügigkeit der Arbeitnehmer oder dem Erwerb von Grundeigentum wurden mehrjährige Übergangsregelungen vereinbart.

Prof. Dr. Eckart Klein,

Auch in Sachen
Menschenrechte:
Auf gemeinsamen Weg.



Eckart Klein

Berlin-Brandenburg schaut nach Osten

Herausforderungen der EU-Erweiterung für mittelständische Unternehmen



Foto: IHK Potsdam

Partner bei der Erschließung neuer Märkte: Die IHK.

Durch die EU-Erweiterung wird der Mittelstand in Berlin-Brandenburg vor neue Herausforderungen gestellt. Zum einen betreffen diese die Bereiche Finanzierung, Personal, Beschaffung, Produktion und die Kooperation des Mittelstandes und der Wissenschaft. Zum anderen beziehen sie sich auf das Verhältnis des mittelständischen Unternehmens zum Staat, zum Beispiel in dessen Rolle als Gesetzgeber und als Finanzier.

Die mittelständischen Unternehmen müssen beispielsweise prüfen, ob die der EU beigetretenen Länder als Quelle von Waren und Personal sowie als neue Absatzmärkte in Frage kommen. Die Aufgabe des Staates ist es für den mittelständischen Unternehmer Rahmenbedingung zu schaffen, die ihn im Wettbewerb mit seinen Konkurrenten aus den Beitrittsländer nicht behindern. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin zeigt, dass die Beitrittsländer zukünftig mit Mittelzuweisungen von der EU in Höhe von 6 bis 14 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts rechnen können. Dieses wird nicht nur die wirtschaftliche Lage die-

ser Länder beeinflussen, sondern auch große Möglichkeiten für ausländische Investoren bieten. Es gilt, vor allem für Unternehmen in Berlin und Brandenburg, die durch ihre geografische Lage und durch langjährige Erfahrungen zu diesen Ländern bevorzugt sind, weit mehr als bisher nach Märkten zu suchen und Wege zu finden, an diesen Investitionen teilzuhaben.

Gemäß einer Abgrenzung der Instituts für Mittelstandsforschung Bonn und der EU-Kommission zählen Berliner und brandenburgische Mittelstandsunternehmen vor allem zu den „kleinen“, das heißt, dass sie bis zu neun Beschäftigte und einen Umsatz von unter einer

Million Euro haben, und zur Kategorie „mittelgroß“, das heißt 10 bis 499 Beschäftigte und einen Umsatz von 100 Millionen Euro. Vom Erfolg dieser Unternehmen wird in hohem Maße abhängen, ob die Region Berlin-Brandenburg nach dem Beitritt der acht Länder aus Mittel- und Osteuropa zu einer Transitregion oder zu einer zentralen Region im neuen erweiterten Europa wird.

Fremdsprachkenntnisse gefragt

Das Erschließen der Märkte der hinzugekommenen Länder ist für Klein- und Mittelstandsunternehmen also eine große Herausforderung. Um hierbei erfolgreich zu sein, bedarf es der Auswahl qualifizierter Arbeitskräfte. Unternehmensleitung und Mitarbeiterstab sind gehalten, sich über die neuen Märkte Wissen anzueignen; dazu gehören auch gute Kenntnisse der Sprache des Landes, in das man liefern will oder aus dem man beliefert werden möchte. Gerade für den Vertrieb sollte darüber nachgedacht werden, sich ausländischer Fachkräfte aus den jeweiligen Ländern zu bedienen, um Sprache- und Kulturunterschieden erfolgreich zu begegnen.

Ein wichtiges Ziel der Personalpolitik muss sein, die Ränge und Funktionen zu halten, beispielsweise durch eine Erfolgsbeteiligung. Die daraus entstehenden Mehrkosten im Personalbereich sollten zukünftig zu Lasten gering qualifizierter Arbeitskräfte in den Betrieben gehen. Dies ist ein schwieriges, weil mit sozialen Härten verbundenes Thema, das die Verantwortung des Unternehmers in gleichem Maße fordert.

In Bezug auf die Beschaffung ist zu prüfen, ob die Wertschöpfungsketten zerlegt werden können und ob Produktionsteile, vorzugsweise die lohnintensiven, nicht in einem der Beitrittsländer gefertigt oder sogar auch die Lohnintensität verlagert werden sollte. Auch Internetaufträge müssen weit mehr als bisher genutzt werden mit dem Ziel, die Produktionskosten zu senken und so wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Mittelstand in Berlin-Brandenburg muss mehr als bisher über die Grenzen denken und handeln.

Kooperation mit der Wissenschaft

Eine vom Mittelstand vernachlässigte Aufgabe war bisher, sich systematisch um eine Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zu bemühen. Eine solche Zusammenarbeit ist jedoch dringend wünschenswert und notwendig, weil überlebenswichtig. Wie gelingt, wird es für Klein und Mittelstandsunternehmen in

Berlin und Brandenburg immer schwieriger werden, „einfache Produkte“ zu wettbewerbsfähigen Preisen herzustellen. Demzufolge müssen sie versuchen, ihre Produktstrategie auf technologisch höherwertige Produkte umzustellen oder diesen als Zulieferer zu dienen.

Steuerpolitik entscheidend

Um Freiraum für eine erfolgreiche Durchführung der Aufgaben zu haben, müssen für die mittelständischen Unternehmen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sie nicht im Wettbewerb benachteiligen, vor allem gegenüber den benachbarten mittel- und osteuropäischen Staaten. Ein wichtiger Standortfaktor in diesem Zusammenhang ist die Steuerpolitik, vor allem aber der Einfluss der Steuertarife der beigetretenen Länder auf die Entscheidung potentieller Investoren.

In vielen dieser Länder liegen die Körperschaftsteuersätze schon jetzt deutlich unter den Tarifen der bisherigen EU-Staaten. So liegen Litauen und Zypern bei 15 Prozent, Ungarn bei 18 Prozent, Lettland bei 19 Prozent, desgleichen Polen und demnächst in der Slowakei. Die Tschechische Republik plant eine Senkung von 31 Prozent auf 24 Prozent. Dass solche Steuersätze für Investoren interessant sein können, wenn auch andere günstige Bedingungen für Unternehmensinvestitionen gegeben sind, ist nachvollziehbar.

Unstrittig wird es daher zu einem Wettbewerbs bei den Steuertarifen kommen müssen, wenn Berlin-Brandenburg als Standort für große Investoren interessant sein will, da diese die wichtigen Auftraggeber für klein- und mittelständischen Unternehmen sind.

Erschwerend kommt jedoch für Mittelständler hinzu, dass abgesehen von den Unsicherheiten über die Steuergesetzgebung im allgemeinen, Pläne der Bundesregierung für eine zusätzliche Besteuerung der Unternehmensnachfolge und der Gewerbesteuer im besonderen bestehen. Dies ist für die Wettbewerbsposition des Mittelstands kontraproduktiv. Allein in Berlin wären in den nächsten Jahren von einer solchen Regelung im Rahmen der Unternehmensnachfolge 10.000 Betriebe betroffen.

Insgesamt bietet die EU-Erweiterung jedoch viele Chancen. So prognostiziert die Industrie- und Handelskammer Frankfurt/Oder Aufträge „in Milliardenhöhe“ aus den Beitrittsländern beispielsweise für die Bereiche Entsorgungswirtschaft und Umweltschutz.

Prof. Dr.
Friedrich-Leopold Freiherr von Stechow
Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliche Fakultät



Friedrich-Leopold
Freiherr von Stechow

Scharf kalkulieren für die Gastfreundschaft

Hochschulpartnerschaft mit Opole bewährt sich trotz Sparzwang

Sie ist nicht mehr die längste, aber noch quälteste Zeit. Das eine Partnerschaft so lange hält und überlebt nach einem Wechsel des polnischen Systems übersteigt, ist keine Selbsterlebenslichkeit. Schon vor rund 40 Jahren hat die Hochschulpartnerschaft zwischen den damaligen pädagogischen Hochschulen Potsdam und Opole begonnen.

Heute sind von Potsdamer Seite neben den Wirtschaftswissenschaften, das Institut für Arbeitslehre/Technik und das Institut für Pädagogik daran beteiligt. Prof. Dr. Klaus Gloede, derzeitiger Koordinator der Partnerschaft von polnischer Seite für das Gebiet Wirtschaftswissenschaften und Professor an der Uni Opole, ist zusätzlich ein lebendiges Zeugnis für die enge Zusammenarbeit. Zuerst war er viele Jahre Professor an der Uni Potsdam. In Opole unterrichtet er nun Volkswirtschaftslehre und insbesondere Regionalökonomie auf Deutsch. Dort müssen Studierende der Wirtschaftswissenschaften mindestens ein Jahr Lehrveranstaltungen in Englisch, Französisch oder Deutsch belegen, um mit der Fachterminologie in einer anderen europäischen Sprache vertraut zu werden. In dem Kurs von Klaus Gloede wetteifern die Studierenden untereinander darum, wer zu den Seminaren nach Potsdam fahren darf. Der Studentenaustausch in Form von Seminaren ist wesentlicher Bestandteil der Hochschulpartnerschaft und findet jedes Jahr einmal abwechselnd in Opole und Potsdam statt. Zwei Studierende aus Opole sind inzwischen noch einen Schritt weiter gegangen und haben in Potsdam promoviert. In diesem Jahr war wieder Prof. Dr. Klaus Schöler von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Potsdam Gastgeber. Diesmal waren regionale Besonderheiten der EU-Erweiterung Thema des Seminars. Neben dem fachlichen Austausch hatten die polnischen Gäste auch Gelegenheit, sich mit der kulturellen Seite des Gastgeberlandes vertraut zu machen. Auf dem Besichtigungsprogramm standen das Neue Palais, Sanssouci sowie der Reichstag in Berlin. An einem Abend ging es auch in die Komische Oper. „Die polnischen Kollegen schätzen diese Oper sehr“, verrät Prof. Klaus Schöler. Im November wird dann wie jedes Jahr das Programm für das nächste Jahr vereinbart. Wie lange der Studentenaustausch



Foto: E. Danneil

Schöne Ausflüchte: Im nächsten Jahr reisen Potsdamer Studierende wieder nach Opole.

noch aufrecht erhalten werden kann, ist jedoch unklar, denn es stehen mittlerweile nur noch 25 Euro für jeden polnischen Gast zur Verfügung. „Das deckt nicht annähernd die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Kulturprogramm“, beklagt Klaus Schöler. „Natürlich möchten wir den Gastgebern in Polen nicht nachsteuern, die für die Betreuung der Gäste sehr viel anwenden.“ Deswegen bemüht er sich um Sponsoren und greift mittlerweile auch aus Finanzmitteln des Lehrstuhls zu. Bis hier wurde der Austausch durch das Programm „Eastpartnership“ unterstützt. Das endet jedoch nun durch den EU-Beitritt Polens! Ob es ein neues Förderprogramm im Rahmen der EU-Partnerschaft geben wird, ist noch nicht bekannt. Doch von den finanziellen Querelen lassen sich die deutschen Partner nicht entmutigen. Neben dem studentischen Austausch gibt es auch wechselseitig Vorlesungen von Hochschullehrern. Klaus Schöler ist Mit-Herausgeber einer Schulzeitschrift „Economic and Environmental Studies“ der Uni Opole. Im Herbst wird er einen Vortrag in Opole halten und im kommenden Frühjahr nehmen er und seine Kollegen an einer Tagung in Opole teil, die Regionalökonomien aus ganz Polen zusammenführt – eine gute Gelegenheit, um Kontakte zu weiteren polnischen Hochschulen zu knüpfen.

bm

Unter einen Hut bringen

Der Weg zu einer europäischen Verfassung



Blau drüßen: Gorn-bezug in der EU-Verfassung.

Die Frage nach der europäischen Verfassung gehört zu den Kernfragen der europäischen Integration. Die Europäische Union steht heute vor den zwei größten Herausforderungen der Ost-Erweiterung und der Verfassungsgebung, die aufs Engste miteinander zusammenhängen. Mit dem institutionellen Experiment des Konvents hat die Verfassungsdiskussion eine neue Qualität erreicht.

Der Verfassungskonvent eröffnete neue Möglichkeiten, um die grundsätzliche Ideendiskussion unter Einbeziehung einer größeren Öffentlichkeit wie Beitragskandidaten, Zivilgesellschaft und Jugendkonvent gleichzeitig sachlicher, verbindlicher und kompromissfähiger zu führen. Ein Stück mehr Demokratie ist gewagt worden. Hier begleitet und analysiert politische Theorie den europäischen Verfassungsprozess mit Bürgerbeteiligung, der noch lange dauern wird, denn zwischen Demokratie und Verfassung besteht ein enger Zusammenhang. Die Gefahr besteht, dass Demokratie als Stimme des Volkes und die normative Gehalte einer Verfassung banalisiert werden. Die Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union legte Ende 2001 neben der besseren demokratischen Kontrolle, Effizienz, Transparenz und deutlicher Kompetenzverteilung als weitere Ziele fest. Mit der Aulassung der Regierungskonvention durch die Konventionsmethode konnte schließlich der Weg zu einer Verfassung für die europäischen Bürger

beginnen, dessen Ergebnisse noch offen sind. Immerhin liegt seit dem 18. Juli 2003 ein 352-seitiger Entwurf für einen Verfassungsvertrag vor, der auf dem Brüsseler Gipfel Ende 2003 zunächst scheiterte. Am 18. Juni dieses Jahres haben nun die Staats- und Regierungschefs nach Klärung der strittigen Punkte die Verfassung für Europa verabschiedet. Sie wird jetzt innerhalb der nächsten zwei Jahre von den Mitgliedsstaaten ratifiziert.

Natürlich sind Verfassungsfragen auch Machtfragen. Nicht zufällig war deshalb das Entscheidungssystem, die Stimmengewichtung bei der doppelten Mehrheit bei Länderzahl und Bevölkerungsgröße am meisten umstritten. Anderes, was ebenfalls wichtig ist, lässt sich zudem noch kaum einschätzen: Spannungsverhältnisse zum Beispiel zwischen Kompetenzsog und Bürgernähe, politischer Regulierung und gesellschaftliche Toleranz, zwischen Region, Nation und Europa.

Durch eine europäische Verfassung erhofft man sich die Behebung des Legitimationsdefizits der EU. Doch die legitimierende Kraft staatlicher Verfassungen ist nicht einfach auf die EU übertragbar. Vielmehr ist ein differenziertes Legitimationskonzept in Form einer Trias zu entwickeln, bei der Legitimation durch Verfahren, Werte und aufgrund des gesellschaftlichen Grundkonsenses an das demokratische Prinzip des „government by the people, for the people, of the people“ gekoppelt wird. Dieses Legitimationskonzept erlaubt die Festlegung von Kriterien zur Messung des Legitimationsdefizits der Gemeinschaft.

Prof. Dr. Heinz Kleger, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät



Heinz Kleger

EU-Konvent

Mit der vom Europäischen Rat im Dezember 2001 formulierten „Erklärung von Laeken“ wurde beschlossen, einen „Konvent zur Zukunft Europas“ zu bilden. Der EU-Konvent setzte sich aus 105 Mitgliedern zusammen. Er startete im Februar 2002 in Brüssel mit dem Ziel, einen Entwurf „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ zu erarbeiten. Dieser lag im Juli 2003 vor. Beim EU-Gipfel in Brüssel im Dezember 2003 scheiterte die EU-Verfassung zunächst am Widerstand von Spanien und Polen. Red.

Jenseits des „Gorbi-Effekts“

Die EU zählt jetzt 20 Amts- und Arbeitssprachen



Noch mehr Sprachvielfalt: In der EU spricht inzwischen jeder Achte eine slavische Sprache.

Durch den Beitritt von Polen, Tschechien, der Slowakei und Slowenien hat nun ein Achtel der EU-Bürger eine slavische Muttersprache. Dieser Umstand sowie die damit verbundenen möglichen Konsequenzen können als Chancen und Herausforderungen an ein Fach Slavistik gelten, das in den vergangenen zehn Jahren je nach politischer Konjunktur unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt war.

Merkwürdigerweise hat es die Slavistik nur teilweise geschafft, als Fach mit eigener wissenschaftsgeschichtlicher Tradition wahrgenommen zu werden. Hier muss jedoch zwischen Innen- und der Außenwahrnehmung unterschieden werden: In der Innenwahrnehmung, den Fachkreisen der Geisteswissenschaften, hat das Fach Slavistik wesentliche, teilweise „Paradigmen“ bildende Leistungen hervorgebracht, die die Innenwahrnehmung prägen. Zu nennen wäre hier beispielsweise die Leistungen der Prager Schule in den 1926 entstandenen Domänen der strukturalistischen Sprachwissenschaft.

Anders die Außenwahrnehmung: Von der westeuropäischen Gesellschaft ist das Fach Slavistik dagegen, wenn überhaupt, in Zusammenhang mit aktuellen Paradigmen der Tagespolitik wahrgenommen oder assoziiert worden,

wie etwa dem „Gorbi“-Effekt beziehungsweise den an die Perestrojka und Glasnost gesetzten Erwartungen. Entsprechend war das Fach Slavistik, das in der Regel das Studium der Sprachwissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft mehrerer slavischer Sprachen bedeutet, starken politischen Konjunkturschwankungen ausgesetzt.

Nach der Wende haben die Länderstrukturkommissionen Schwerpunkte festgelegt, wonach die Konzentration des Faches in den neuen Bundesländern erfolgen sollte und Synergieeffekte erzielt werden konnten, die auch dem Umstand der politischen Umorientierung Mittel- und Osteuropas Rechnung trugen. Leider ist diese anfängliche Euphorie einem asketischen Realismus der Hochschul- und Ministerialpolitik gewichen. Aus der Sicht der Slavistik ist damit eine Vielzahl von Studiengängen und Instituten dem Rotstift zum Opfer gefallen. In Potsdam ist im Sommersemester 2001 beispielsweise der Studiengang *Bohemistik (tschechische Sprache und Literatur)* eingestellt worden, obwohl die beiden Professuren für Westslavistik in der Lage sind, diesen Studiengang weiterzuführen. Ebenso unverständlich war die Verlagerung des bis dahin sehr erfolgreichen Studiengangs *Erweiterungsstudium Sorbisch/Wendisch* an

die Universität Leipzig. In diesem Studiengang hat in den Jahren von 1998 bis 2001 die Universität Potsdam zwanzig Lehrer für die Sekundarstufe I für das Fach Sorbisch/Wendisch hervorgebracht, eine Bilanz, die sich sehen lässt. Am Institut für Sorabistik der Universität Leipzig wird dieser Studiengang – wie eigentlich zwischen Sachsen und Brandenburg ursprünglich vereinbart – wohlge-merkt nicht weitergeführt.

Dabei sind die Chancen für einen Ausbau oder zumindest für eine angemessene Vertretung des Faches an den bundesdeutschen Universitäten und insbesondere in den neuen Bundesländern ungleich größer einzuschätzen als dies noch vor dem Eintritt der Polen, Tschechen, Slowaken und Slowenen in die EU der Fall gewesen ist.

Die EU zählt nach dem Beitritt nunmehr 20 Amtssprachen. Die Gewichtung der einzelnen Sprachen ist im Europäischen Parlament jedoch asymmetrisch. Zunächst wird der genaue Status der Begriffe Amtssprache versus Arbeitssprache überhaupt nicht definiert. Die EU folgt hier dem Prinzip der „integralen Multilingualität“ und bezieht sich damit grundlegend vom Arbeitssprachenprinzip anderer internationaler Organisationen ab.

Ein Rechtsakt erlangt erst dann Gültigkeit, wenn er in den zwanzig Gemeinschaftssprachen in gleichförmiger Version vorliegt. Das Amtsblatt sowie offizielle Dokumente erscheinen in allen 20 Sprachen. Die Gemeinschaftssprachen werden bei Sitzungen des Parlaments, der Kommission und im Rat voll gedolmetscht – links jedoch nur ins Französische, Englische und/oder Deutsche, dann erst in die übrigen Sprachen. Diese Regelungen gelten allerdings nur für Sitzungen auf höchster politischer Ebene. In Arbeitsgruppensitzungen und generell unter den Beamten der EU Organe wird davon abgewichen und auf Arbeitssprachen zurückgegriffen.

Sie haben zwar alle Sprachen Anspruch auf Gleichbehandlung als Amtssprache, doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Die sprachliche Regelung im Europäischen Parlament wird durch den tatsächlichen ethnischen beziehungsweise ethnolinguistischen Konstellation kaum gerecht. Dies hat sowohl politische als auch praktische Gründe. Zum einen werden Sprachen der ethnischen oder nationalen Minderheiten überhaupt nicht berücksichtigt, zum anderen geht es auch um praktische Machbarkeit beim Dolmetschen. Bei 20 Arbeitssprachen ergeben sich 200 Sprachpaare.

Die These, dass die heutige Politik der EU nicht wirklich gegen „europäisch“, sondern vielmehr EU-zentriert ausgerichtet war, lässt sich leicht belegen. Europa ist nämlich geogra-

phisch, wirtschaftlich und politisch betrachtet mehr als nur die gegenwärtig zu der EU zählenden 25 Staaten. Zu Europa gehören zumindest noch Norwegen, die Schweiz und die Russische Föderation. Darüber hinaus ist die „Osterweiterung“ – aus teils nachvollziehbaren Gründen wie dem Krieg im ehemaligem Jugoslawien – unvollständig, denn Osteuropa hört nicht an der Oder und Weichsel beziehungsweise Warthe auf.

Die Stereotypen- und Prototypensemantik kann dabei als Disziplin helfen, die tatsächlichen Befindlichkeiten, Urteile und Vorurteile der gegenseitigen Wahrnehmung der traditionellen West- und Mitteleuropäer gegenüber den Osteuropäern und vice versa zu modellieren. Etwas zugespitzt formuliert, sind für die meisten Europäer die (Ost-)Slaven noch keine typischen Repräsentanten des Europäers, genauso wenig wie das Huhn nicht ein typischer Repräsentant der Gattung Vogel ist. Dies bezeugen psycho- und soziolinguistische Experimente und Assoziationstests. Im Russischen heißt ein bekanntes Sprichwort: Ein Huhn ist kein Vogel, und eine Frau ist kein Mensch. Etwas modifiziert: Ein Huhn ist kein Vogel, und ein Slave ist kein typischer Europäer. Natürlich sind diese Vorurteile verfestigte Relikte aus einer mindestens 40 Jahre währenden kommunistischen Isolation, die fast ausschließlich die slawisch-sprechende Bevölkerung einschloß. Dabei variiert die Stärke der „westeuropäischen Wahrnehmung“ eines prototypischen Repräsentanten Europäer noch insofern, als etwa Tschechen und Polen immer noch als „europäischer“ als etwa Bulgaren oder Russen assoziiert werden.

Was kann die Disziplin Slavistik aus heutiger Sicht leisten, um als Fach besser von Außenher wahrgenommen zu werden und die Herausforderung zu erbringen, die die Gesellschaft der Europäer von ihr erwartet? Das Fach muss sich im Wesentlichen drei Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft stellen. Zum einen den traditionellen philologischen Aufgaben in Forschung und Lehre. Zweitens: Die praktischen, landeskundlichen, interdisziplinären und auf Serviceleistung orientierten Aufgaben wahrnehmen, wie etwa beratende Funktionen. Und drittens: Aufbau von spezialisierten modularisierten Bachelor-Studiengängen die in Verbindung mit Fächern anderer Fakultäten eine Praxis orientierte Ausbildung in wirtschafts- und gesellschaftsnahen, neu entstehenden Berufsfeldern ermöglichen: Denkbar wären vor diesem Hintergrund beispielsweise neue Studiengänge wie „Business-Czech“ oder „Business-Polish“.

Prof. Dr. Peter Kosta, Institut für Slavistik



Peter Kosta

Konflikt zwischen Rektor und AStA

Studierende fordern den Rücktritt des Rektors

Foto: Reese



Viele Entscheidungen: Studierende stimmten auch über die Rücktrittsforderung an den Rektor ab.

Ein Konflikt zwischen Rektor und Studierendenvertretern beschäftigt seit Anfang Juni die Universität Potsdam. Der AStA, fünf Fachschaftsräte und das Studierendenparlament initiierten eine Abwahlkampagne gegen Uni-Rektor Wolfgang Loschelder. Per Urabstimmung, die in der Zeit vom 29. Juni bis 1. Juli stattfand, waren die 16.000 Studierenden aufgerufen, über die Rücktrittsforderung abzustimmen.

Hintergrund für dieses studentische Begehren ist eine Auseinandersetzung zwischen Rektor und AStA über unterschiedliche Auffassungen darüber, in welcher Weise die im Landeshochschulgesetz vorgesehene Unterstützung des Hochschulsports durch die Studierendenschaft zu leisten ist. So hat der Rektor 6375 Euro direkt an das Zentrum für Hochschulsport überwiesen, die der AStA für sich beansprucht. 1991 wurde eine mündliche Vereinbarung zur Finanzierung des Hochschulsports zwischen dem damaligen Rektor und einem Mitglied der Studierendenschaft getroffen. Auf dieser Vereinbarung basiert ein im Jahr 2000 schriftlich abgeschlossener Vertrag zwischen dem damaligen AStA und dem Rektor. Diesen hatte der Rektor 2003 gekündigt und vertritt nun den Standpunkt, der Vertrag von 1991 sei wieder rechtswirksam. Nach Auffassung des

AStA wurde der mündliche Vertrag jedoch durch Unterzeichnung des schriftlichen unwirksam. Zu diesem Sachverhalt hat der AStA gegen den Rektor auch eine Klage vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht und eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht. Darüber hinaus kritisiert der AStA aber auch eine mangelnde Kommunikation und die Missachtung studentischer Gremien.

Rektor Wolfgang Loschelder hingegen verteidigte seine Position, wobei er Unverständnis über die Form der Auseinandersetzung äußerte, die für ihn ein Profilierungsversuch des AStA angesichts der zeitgleich stattfindenden Gremienwahlen war. Eine gemeinsame Lösung des Konflikts wäre aus seiner Sicht möglich gewesen, so dass er auch nach dem Ausgang der Urabstimmung keinen Grund für eine Rücktritt sieht.

In der Urabstimmung votierten knapp 64 Prozent für den Rücktritt des Rektors, wobei sich rund 20 Prozent der Studierenden an der Wahl beteiligt hatten. Mit diesem Abstimmungsergebnis in der Tasche haben die Studierenden am 8. Juli den Senat zur Einleitung weiterer Schritte aufgefordert. (Die Senatssitzung erfolgte nach Redaktionsschluss; über das Ergebnis kann somit erst später berichtet werden.) *Red.*

Neuer Vertrag zum Semesterticket

Zum kommenden Wintersemester steigt der Preis für das Semesterticket von 115 auf 119 Euro. Diese Erhöhung wurde als Nachtrag zum bestehenden Vertrag durch den VBB beschlossen. Der Vertrag sieht vor, dass seitens des VBB bei Tarifierhöhungen der Preis für das Semesterticket erhöht werden kann. Im neuen Vertrag, der ab dem Sommersemester 2005 gelten wird, sind solche nachträglichen Änderungen ausgeschlossen. Weitere Preiserhöhungen in den nächsten Jahren sind darin schon festgelegt. Demnach wird der Ticketpreis im Sommersemester 2005 zunächst bei 119 Euro bleiben, ab dem Wintersemester 2005/06 auf 124 Euro steigen und ab dem Wintersemester 2006/07 bis einschließlich Sommersemester 2007 128 Euro betragen. Gegen Bestrebungen des VBB, die Fahrradmitnahme im neuen Vertrag auszuschließen, konnte sich der AStA erfolgreich durchsetzen. In einer Abstimmung hatten kürzlich 95,4 Prozent der Studierenden dem neuen Vertrag zugestimmt.

bm

Studiengebühren

Nach dem Willen der Hochschulrektorenkonferenz sollen Studierende künftig eine Gebühr von bis zu 500 Euro pro Semester bezahlen. Die Beiträge sollen ausschließlich zur Verbesserung des Lehrangebots genutzt werden. Jede Universität soll selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Beiträge erhebt. Auch eine nach Fächern differenzierte Gebühr ist möglich. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Verbots von Studiengebühren ist noch in diesem Jahr zu rechnen.

Red.

51,13 Euro Klage

Am 28. April hat sich das Verwaltungsgericht Potsdam mit der Klage des AStA gegen die Gebühren von 51,13 Euro beschäftigt. Seit dem Jahr 2000 steht im Brandenburgischen Hochschulgesetz, dass dieser Betrag bei der Immatrikulation gezahlt werden muss. Einige Studierende, die darin versteckte Studiengebühren sahen, haben mit Unterstützung des AStA dagegen Klage eingereicht. Dazu hat nun das Verwaltungsgericht einen Beschluss gefasst. Die Brandenburger Hochschulen müssen die genaue Zusammensetzung der 51,13 Euro darlegen, da nur so viel Gebühren erhoben werden dürfen, wie für den Verwaltungsaufwand gerechtfertigt sind. Sollte das Urteil positiv für die Studieren-

Lustgarten bebte

Sommerfest der Potsdamer Hochschulen

Es herrschte bereits ausgelassene Stimmung, als ein Regenbogen über dem Lustgarten erstrahlte und dem jährlichen Sommerfest der Studierendenvertretungen der Potsdamer Hochschulen den entsprechenden Rahmen gab. Die Studierenden tanzten mitten in Potsdam zu HipHop, Punk, Rock, Ska, Pop und Reggae und genossen es, einmal den Universitätsalltag hinter sich zu lassen. Hunderte feierten bis in die Nacht.

Die Veranstaltung am 24. Juni stand unter dem Motto „Studierende in die Stadt!“. Für das leibliche Wohl sorgte, neben den üblichen Ständen, ein extra eingerichteter Kuchenbasar und das Studentenwerk, das die Mensaversorgung in den Lustgarten verlegte. In einem Aktionszelt gegen das Stadtschloss konnten sich die Besucher über die finanzielle Lage der Landeshauptstadt informieren.

Auf der Hauptbühne Kabarett präsentierte das Kabarett „Rohrstock“ eine aktualisierte Fassung ihres neuen Programms „Verlutterte Zeiten 1,5“, in dem die Künstlergruppe scharfsinnig alles und jeden aufs Korn nahm. So in fröhliche Stimmung versetzt, war das Publikum bereit für „Tsunami“ und „44 Leningrad“ mit ihrem energiegeladenen Russian-Speed-Folk.

Umso später der Abend, desto bekannter die Bands. Mellow Mark begeisterte mit seinen HipHop- und Reggaeclängen die mittlerweile dicht gedrängte Menge. „Mutabor“ ließen schließlich mit ihrem bunten Genre-Mix aus unterschiedlichsten Musikrichtungen das Sommerfest musikalisch ausklingen.

So verschiedenen die einzelnen Musikstile an diesem Abend waren, so bunt präsentierte sich auch das Publikum. Studierende vermischten sich mit Potsdamer Schülern, mit zufällig am Festplatz vorbeigekommen Touristen oder mit durch die Musik angelockten Passanten. Hier wurde das Motto des Abends „Studierende in die Stadt“ Realität: Die Studierenden der Landeshauptstadt bereicherten durch ihre Vielfalt das kulturelle Leben im Zentrum.

Eine Idee, die angesichts der dezentralen Lage der drei Hochschulstandorte und den überschaubaren kulturellen Angeboten für Studierende in der Innenstadt weiter verfolgt werden sollte. Das Hochschulsommerfest dieses Jahres bot eine Idee davon, wie sich studentische Kulturangebote auf das städtische Leben auswirken können und machte Hoffnung, dass es in Zukunft weitere Gelegenheiten dazu geben wird.

Andy Räder, Student

Sprachkurs „Sans Souci“

Der bereits 8. Internationale Sommersprachkurs „Sans Souci“ an der Universität Potsdam steht in diesem Jahr unter dem Motto „Parks und Gärten“. Er findet vom 4. bis zum 25. August statt. Etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus rund 20 Ländern haben sich angesagt. Unter ihnen sind Studierende, Lehrer und andere an der deutschen Sprache Interessierte. Sie reisen unter anderem aus Algerien, Bulgarien, Marokko und Weißrussland an und sind Stipendiaten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Universität Potsdam, freie Bewerber oder kommen von Partnerhochschulen der Universität Potsdam. Mitarbeiter verschiedener Institute und des Akademischen Auslandsamtes organisieren das umfangreiche Programm. Lehrkräfte der Hochschule mit langjährigen Erfahrungen in der Deutschlehrausbildung ausländischer Studierender unterrichten die Kursanten. Bestandteile des Programms sind verschiedene thematisch gebündelte Veranstaltungen in der Sprachausbildung, Seminare, Übungen, Vorlesungen und Projektarbeiten.

be

Nicht nur musikalisch gemixt: Einwohner und Studierende feierten.

Foto: Roese



„Ich find´s einfach klasse hier...“

Schnuppertag bot Abiturienten Gelegenheit, sich über Studienmöglichkeiten zu informieren

Fotos: Fritze



Nicht nur ein Blickfang: Schüler erfuhren Wissenswertes über die Uni Potsdam.

Am 11. Juni fand an der Uni Potsdam der diesjährige Hochschulinformationstag statt. Diejenigen Abiturienten, die noch nicht genau wissen, was und wo sie studieren wollen, konnten sich einen Einblick in die Ausbildungspalette und in die vorhandenen Rahmenbedingungen verschaffen. Eröffnet wurde der Tag mit einer zentralen Veranstaltung. Außerdem boten spezielle Info-Veranstaltungen der Fächer die Möglichkeit, Konkretes zu den einzelnen Studiengängen und zu Fragen rund ums Studium zu erfahren. Im Rahmen einer Info-Messe stellten sich zentrale Einrichtungen der Hochschule, die Berufsberatung für Abiturienten der Agentur für Arbeit sowie das Studentenwerk vor. Portal befragte einige Besucher nach ihren Eindrücken.

Claudia Dittrich, Bernau:

Ich will Lehrerin werden und war bisher schon bei der allgemeinen Informationsveranstaltung. Die fand ich sehr aufschlussreich, beispielsweise die Informationen darüber, wie viele Studienplätze es gibt und wie viele Bewerber. Auch die Informationen über die Reform der Studiengänge fand ich sehr interessant. Außerdem finde ich das Ambiente ganz toll. Es ist einfach klasse hier. Ich möchte auf jeden Fall in Potsdam studieren.



Susann Poprawa, Potsdam:

Ich war schon bei einer Biochemie-Veranstaltung. Jetzt bin ich ein bisschen von meinem Wunsch abgekommen, Biochemie zu studieren, weil es ziemlich schwer klang. Später will ich noch zu Psychologie oder auch zu Kunst. Ich fand alles ziemlich informativ und interessant. Ich würde gern hier in Potsdam studieren. Mein Freund studiert auch hier; deswegen weiß ich schon etwas, wie das hier abläuft.



Matthias Wagner, Berlin:

Ich interessiere mich für Psychologie. Bisher war ich auch schon bei Patholinguistik, und das fand ich auch sehr interessant. Die Informationen, die ich heute erhalten wollte, habe ich bekommen. Mein Eindruck ist unglaublich positiv. Ich komme eigentlich aus Berlin, und vergleichen mit den Unis dort ist Potsdam schöner. Ich kann mir vorstellen, hier zu studieren.



Matthias Baum, Kemberg:

Ich bin hier wegen den Studienfächern Geschichte und Politikwissenschaften und war jetzt schon bei der Politik-Vorlesung. Und ich war auch vorher schon zur Studienberatung zur Präsentation der Studienfächer. Dort habe ich einiges über die Studieninhalte erfahren, was ich noch nicht wusste. Ich würde gern in Potsdam studieren, aber der Numerus Clausus liegt höher als mein Notendurchschnitt. **Daniela Seidel, Berlin:** Ich finde das hier besser als an anderen Unis. Zum Beispiel bin ich an der TU Berlin gewesen, da wurde man über-



Dennis Petzhold, Jüterborg:

Bis jetzt war ich bei der Eröffnungsveranstaltung. Dann wollte ich mir noch Medienwissenschaften anhören und danach mal sehen, was mich sonst noch interessiert. Die Infostände habe ich nicht besucht, weil ich mich schon vorher informiert habe. Ich wollte mir vor allem mal die Uni so generell anschauen. Potsdam als Uni-Standort finde ich gut. Ich würde gern hier studieren.



Katharina Thaens, Frankfurt (Oder):

Ich möchte mich informieren welche Studienangebote es gibt. Als nächstes höre ich mir den Vortrag zur Ernährungswissenschaft an und danach noch Biologie. Im Moment finde ich das alles sehr gut hier, auch das Gelände der Universität Potsdam finde ich ganz nett. Ich könnte mir schon vorstellen, hier zu studieren, weil's auch nicht so weit weg ist. Ich komme aus Frankfurt/Oder und da ist man mit der Regionalbahn schnell hier.



Daniela Seidel, Berlin:

Ich finde das hier besser als an anderen Unis. Zum Beispiel bin ich an der TU Berlin gewesen, da wurde man über-



Interessen sondieren und Fragen stellen

Der Hochschulinformationstag ist immer auch ein besonderer Tag für die Studienberaterinnen des Dezernates für Studienangelegenheiten. Doch Studienberatung findet ganzjährig statt und folgt bestimmten Prämissen. Thomas Pösl fragte Dr. Marlies Reschke nach den grundsätzlichen Schwerpunkten der Beratungstätigkeit.

Wie lautet das gegenwärtige Selbstverständnis der Studienberatung?

Reschke: Unsere vorderste Aufgabe ist es, zu informieren und zu beraten. Wir verstehen uns weniger als Werber der Universität. Beraten kann man nur, wenn man jemanden gut kennt. Also animieren wir auch die Leute, zu uns zu kommen und mit uns zu sprechen. Im Mittelpunkt stehen dabei persönliche Interessen. Diese zu sondieren, Fragen zu stellen, in bestimmte Richtungen zu lenken, Möglichkeiten aufzuzeigen und vielleicht das individuell Passende zu finden, darin besteht im Wesentlichen unsere Arbeit. Am Ende aber kann keine Entscheidung stehen.

Wie viel Beratung ist nötig und wer nimmt sie in Anspruch?

Reschke: Wir machen keinerlei statistische Erhebungen, aber unser Publikumsverkehr ist äußerst rege. Nur unmittelbar nach Bewerbungsschluss gibt es eine kurze Ruhepause. Prinzipiell sind die, die zu uns kommen, schon die Aktiveren. Es gibt Interessenten, die genau wissen, was sie wollen, die ganz Entschlossenen gewissermaßen. Für die sind meist nur noch die Formalitäten wichtig. Andere brauchen länger und kommen öfter. Nicht selten müssen wir auch ermutigen. Diejenigen zum Beispiel, die in der Schule überall gute Noten hatten, denen zu allen möglichen Studienfächern geraten wurde und die in der Folge überhaupt nicht wissen, was sie machen sollen. Da versuchen wir, hinter die wirklichen, ureigensten Interessen zu kommen. Ein momentaner Trend liegt darin, dass uns häufiger ältere Leute mit abgeschlossener beruflicher beziehungsweise akademische Ausbildung aufsuchen, und die aufgrund der Arbeitsmarktsituation ein neues Berufsfeld suchen und sich umorientieren wollen. Und es gibt natürlich auch Leute, denen wir nicht helfen können, was aber meistens mit Studiengängen zu tun hat, die es bei uns nicht gibt.

Beste Wohnlage

Studentenwohnheime in der Innenstadt eröffnet

Das Potsdamer Studentenwerk hat in der Breiten Straße 18 und 20 zwei neue Wohnheime eröffnet. Zum Beginn des Sommersemesters sind bereits die ersten 22 Mieter eingezogen. Ende vergangenen Jahres wurde zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und dem Studentenwerk Potsdam eine Nutzungsüberlassungsvereinbarung für die Häuser unterzeichnet. Voraussichtlich wird die Vereinbarung mit dem Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages beendet.

Die Gebäude wurden Mitte der siebziger Jahre errichtet und schon immer als Wohnheim genutzt, zuletzt durch das Innenministerium. Die Bausubstanz ist nicht schlecht, dennoch gilt es einige Leitungen und Rohre neu zu verlegen und die Maler schwingen seit geraumer Zeit die Pinsel. In einigen Wohnungen muss die Sanitärkeramik erneuert werden und auch die Bodenbeläge werden ersetzt, wenn sie nicht mehr in Ordnung sind. Die Bauabteilung des Studentenwerks hat bereits Erfahrungen mit diesem Haustyp, denn er entspricht den Häusern des Studentenwerkes in der Breite Str. 1, 3 und 5. Es wurde entrümpelt und die neue Möblierung bestellt beziehungsweise bereits aufgestellt, ebenso Herde und Kühlschränke. Spätestens zum Wintersemester sollen auch die weiteren 62 Wohnungen bezugsfertig sein.

Die Miete für die Ein- und Zweiraumwohnungen mit kleiner Küche, Wannenbad, Flur

und Balkon liegt je nach Größe zwischen 210 und 225 Euro. Die Mieter können sich über die zentrale Lage freuen, denn alles was man zum Leben braucht, befindet sich in unmittelbarer Nähe. Ab Oktober wird es außerdem eine Tagesmutter für fünf Kinder von Studierenden in der Breiten Straße 18 geben. Studentenwerk und Stadtverwaltung bereiten dies zurzeit gemeinsam vor.

Auch die vollständige Übernahme eines weiteren Hauses in der Breiten Straße 15 ist in Vorbereitung. Dort vermietet das Studentenwerk bereits 16 Wohnungen, weitere 64 kommen dann hinzu. Der Bestand an Zimmern und Wohnungen des Studentenwerks wird aber nur kurzfristig ansteigen, denn er wird durch den Wegfall von Wohnraum an anderen Standorten wieder reduziert. Die Universität Potsdam hat für die Häuser 3, 21 und 23 in Golm Eigenbedarf angemeldet. Mit Aufgabe des Hochschulstandortes Babelsberger Park, voraussichtlich in den Jahren 2006 bis 2007, wird das Haus 4 für studentische Wohnzwecke nicht mehr zur Verfügung stehen und abgerissen. Dadurch entfallen in absehbarer Zeit 164 Wohnheimplätze aus dem Bestand in Potsdam. Mit der Übernahme der drei Häuser in der Breite Straße auf der Basis von Erbbaurechtsverträgen kann jedoch der Grundbestand an studentischem Wohnraum in Potsdam auf Dauer gesichert werden.

Gudrun Wewetzer, Studentenwerk Potsdam



Total zentral: Die ersten Studierenden haben das neue Wohnheim schon bezogen.

Wege in die Wirtschaft

Studentische Initiative will Geisteswissenschaftler für ökonomische Themen begeistern

„Americonomy“ ist eine studentische Gruppe am Institut für Anglistik und Amerikanistik. Die Studierenden um Professor Dr. Rüdiger Kunow, Lehrstuhl Amerikanische Literatur und Kultur wollen die Aufmerksamkeit ihrer Kommilitonen auf wirtschaftliche Themen lenken und das Interesse an Arbeitsfeldern in der Wirtschaft wecken.

Zudem möchte „Americonomy“ das Interesse von Studierenden an curricularen Inhalten und deren Qualität steigern, mit dem Graduiertennetzwerk der Universität Potsdam kooperieren und die Etablierung interdisziplinärer Lehr- und Forschungstätigkeiten zwischen Geistes- und Wirtschaftswissenschaften unterstützen.

Die Mitglieder der Gruppe meinen, „American Studies“ und „Economy“ seien keine gegensätzlichen, sondern eng miteinander verknüpfte Disziplinen. Das soll der Name „Americonomy“ verdeutlichen. So zeigt sich die Symbiose der Fächer unter anderem am Thema „Aging & Economy“, mit dem sich die Gruppe beschäftigt. Basierend auf kulturwissenschaftlichen Studien zur demographischen Entwicklung in den USA und Deutschland können beispielsweise Konsequenzen der Überalterung dieser Gesellschaften für Unternehmen dargestellt werden und die

Grundlage für Wirtschaftsanalysen, potenzielle Absatzmärkte oder den Erfolg von Werbestrategien bilden.

Dies ist jedoch nur ein Betätigungsfeld der „Americonomy“ um eine Brücke zwischen Geisteswissenschaften und Wirtschaft zu schlagen. Kontakte zu Unternehmen und Arbeitgeberverbänden ermöglichen die Präsentation der Geisteswissenschaften und ihrer Forschungstätigkeiten nach außen. Die Ergebnisse dieses produktiven Dialogs werden im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen sichtbar. So veranstalteten die Studierenden zum Thema „Geisteswissenschaftler in die Wirtschaft – geht das?“ am 24. Juni 2004 ein Postgraduierenforum an der Philosophischen Fakultät, was in dieser Form bereits zum zweiten Mal stattfand. Die Referenten vom Hochschulteam der Agentur für Arbeit Potsdam, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Unternehmer sprachen über Wege für Geisteswissenschaftler in die Wirtschaft und diskutierten mit interessierten Studierenden. Die Homepage der „Americonomy“ auf dem Uni-Server ist derzeit im Aufbau und kann demnächst besucht werden. Die Gruppe ist unter der E-Mail-Adresse xyz@xyz.de zu erreichen.

Luisa Hempel, Beate Sack, Studentinnen

Zeugnisse für 51 Absolventen

Das Studienkolleg der Universität Potsdam hat das Sommersemester 2004 am 25. Juni mit einer Abschlussveranstaltung feierlich beendet. An diesem Tag erhielten 51 Absolventen des Studienkollegs ihre Zeugnisse. Bevor die aus 20 Ländern kommenden Absolventen ihre Zeugnisse in Empfang nehmen konnten, mussten sie eine so genannte Feststellungsprüfung nach einer zweisemestrigen Ausbildung absolvieren. Sie belegten entweder naturwissenschaftlich oder geistes-, sprach-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlich orientierte Kurse. Nach erfolgreich bestandener Prüfung haben sie nun neben der Hochschulzugangsberechtigung für ihr Heimatland auch die erforderlichen Voraussetzungen für ein Studium an einer deutschen Hochschule.



Foto: Roese

be Es ist geschafft: Zeugnisübergabe im Studienkolleg.

Studierendenumfrage online

Der Studentenspiegel, die größte Online-Umfrage unter Studierenden in Deutschland, will herausfinden, wie es um die Qualifikation und die beruflichen Chancen der Studierenden aussieht. Den Studierenden möchte er Informationen darüber geben, wo sie im Vergleich zu ihren Kommilitonen stehen, damit das weitere Studium und der Berufseinstieg verlässlicher planbar ist. Teilnehmer können unter anderem ein Auto und eine Reise nach Bologna gewinnen. Die Umfrage ist unter www.studentenspiegel.de zu finden.

Red.

Bafög vereinfacht

Das Bundeskabinett hat den Entwurf des 21. Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes beschlossen. Die Änderungen sollen der Entbürokratisierung des BAföG-Verfahrens dienen. So brauchen unter anderem Studienfachwechsel in den ersten beiden Semestern nicht mehr besonders begründet zu werden. Förderungsausschüsse an Hochschulen, die bislang bei Entscheidungen über Fachrichtungswechsel, Zweitausbildungen sowie bei Überschreiten der Altersgrenze gegebenenfalls beteiligt werden mussten, soll es künftig bundeseinheitlich nicht mehr geben.

Red.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bmbf.de/pub/entwurf_21_bafog_aenderungsgesetz.pdf

Summerschool für Existenzgründer

Die nächste Summerschool für Existenzgründer findet vom 20. bis 25. September 2004 am Hasso-Plattner-Institut statt. Die Summerschool bietet in kompakter Form ein modular aufgebautes studienergänzendes Trainingsprogramm zur Unternehmensgründung an. Zielgruppe sind Nicht-Wirtschaftswissenschaftler. Die Teilnahmegebühr beträgt 200 Euro, für Studierende 100 Euro. Anmeldeschluss ist der 15.09.2004. Weitere Informationen und das Anmeldeformular sind unter www.begin-brandenburg.de abrufbar.

Red.

Pokus hat Feuertaufe bestanden

Das Internet-Portal für Kursverwaltung und Studienplanung (Pokus), das im Rahmen einer studentischen Arbeit von Stefan Liske und René Rippert unter Betreuung von Prof. Dr. Andreas Schwill am Institut für Informatik entstanden ist und im vergangenen Semester noch im Probebetrieb eingeführt worden war, geht nun mit deutlich erweiterten Funktionen in den Regelbetrieb. Das System unterstützt Lehrende und Studierende bei Verwaltungstätigkeiten, die bei Angebot und Auswahl von Lehrveranstaltungen anfallen. Lehrende können Veranstaltungen mittels übersichtlicher Formulare in das System eingeben, Leistungsanforderungen und -punkte angeben und Zeit- und Raumwünsche nennen. Studierende können sich während der etwa einmonatigen Einschreibphase über das Lehrangebot informieren, Veranstaltungen online belegen oder sich wieder abmelden und sich persönliche Stundenpläne ausdrucken. Sie erhalten dazu einen Passwort-geschützten Studienbereich. Das System basiert auf kostenlosen Open-Source-Produkten und kann auf unterschiedlichen

Rechnerplattformen eingesetzt werden. Der Zugang erfolgt per Internet über einen einfachen Browser. Der gesamte Datenaustausch wird verschlüsselt. In weiteren studentischen Arbeiten wird das System derzeit um Komponenten zur Raum- und Zeitplanung erweitert. Der Bereich Geoökologie hat das System bereits im Sommersemester eingesetzt. Im Wintersemester folgen die Sportwissenschaften. Weitere Nutzer können im Rahmen der Möglichkeiten in das System integriert werden.

*Prof. Dr. Andreas Schwill,
Institut für Informatik*

Pokus steht im Internet ab Mitte September unter <https://pokus.cs.uni-potsdam.de> wieder zur Verfügung.

Weitere Informationen erteilen Petra Vogel, pvogel@cs.uni-potsdam.de, Dr. Wolfgang Severin, severin@cs.uni-potsdam.de oder Prof. Dr. Andreas Schwill, schwill@cs.uni-potsdam.de

Career Service startet

Zum kommenden Wintersemester startet der Career Service der Uni Potsdam mit ersten Seminarangeboten für Studierende. Das Programm umfasst Seminare zur Entwicklung von Schlüssel- und Bewerbungsqualifikationen. In Zukunft will der Career Service neben Trainings auch Karriere-Beratung und Informationsdienste für Studierende anbieten. Darüber hinaus will der Career Service durch ein Bündeln bereits bestehender Einzel-Dienstleistungen und somit durch ein „one face to the customer“ die Informationssuche für die Karriereplanung der Studierenden transparenter und zielorientierter gestalten. Ziel des Career Services ist der systematische Aufbau von Schlüsselqualifikationen bei Studierenden, die für eine erfolgreiche berufliche Karriereplanung sowie eine direkte oder indirekte Existenzgründung notwendig sind. Ein aktuelles Beispiel für die hochschulinterne Relevanz von Schlüsselqualifikationen ist die Modularisierung der Studiengänge. Mit der Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse an der Uni Potsdam ist ein Angebot zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen zwingend vorgeschrieben. Der Career Service kann zu einer

erfolgreichen Einführung und Umsetzung beitragen. Das Angebot des Career Services soll bedarfsorientiert und zielgruppenspezifisch entwickelt werden. Vor diesem Hintergrund wurden in einem ersten Schritt die Dekane der fünf Fakultäten zu den Bedarfen ihrer Fakultät an Career Service im Allgemeinen und an Schlüsselqualifikationen im Speziellen befragt. Diese ersten Gespräche bilden – neben der Grundlage für das Seminarangebot im Wintersemester – den Ausgangspunkt für die weitere Konzeption in einer Arbeitsgruppe „Career Service“ mit Vertretern der Fakultäten, der Studienberatung und Studierenden.

Die Broschüren mit dem aktuellen Kursangebot werden ab Oktober an den Fakultäten ausliegen. Auch eine eigene Homepage soll zukünftig über das breite Angebot an Information, Beratung und Training informieren.

Heike Surrey, Projektleiterin Career Service

Für Fragen und Anregungen stehen Ihnen Prof. Dr. Dieter Wagner, wagner@rz.uni-potsdam.de oder Heike Surrey, surrey@rz.uni-potsdam.de zur Verfügung.

Chemie im Aufwind



Am 7. Juli fand der diesjährige „Tag der Chemie“ statt, eine Gemeinschaftsveranstaltung des Verbandes der Chemischen Industrie, VCI, Landesverband Nordost mit der Universität Potsdam und den Berliner Universitäten. Gastgeber war diesmal das Institut für Chemie der Universität Potsdam. Ziel des „Tages der Chemie“ ist es, die Kontakte zwischen den Chemieinstituten der Universitäten, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den VCI-Mitgliedsunternehmen in Berlin und Brandenburg zu fördern. Die Branche meldet schon jetzt einen steigenden Bedarf an Hoch- und Fachschulabsolventen, davon etwa 20 Prozent Chemiker und 80 Prozent Ingenieure und Verfahrenstechniker. Die Berufschancen für Chemiker werden sich also in den kommenden Jahren weiter verbessern. Eine Möglichkeit für Diplomanden und Doktoranden könnte auch die Gründung eines eigenen Unternehmens sein. So stand auch der erste Vortragsteil unter dem Motto „Existenzgründung als Chance für Chemiker“. Vertreter aus Politik, Chemieverband und Industrie zeigten in der Veranstaltung Chancen und Fördermöglichkeiten auf.

Red.

Anzeige

Einfach. Schön.

Wir machen Wissenschaft und Forschung in Berlin und Brandenburg schön. **Portal natürlich auch.** Und das natürlich „Etat-freundlich“!

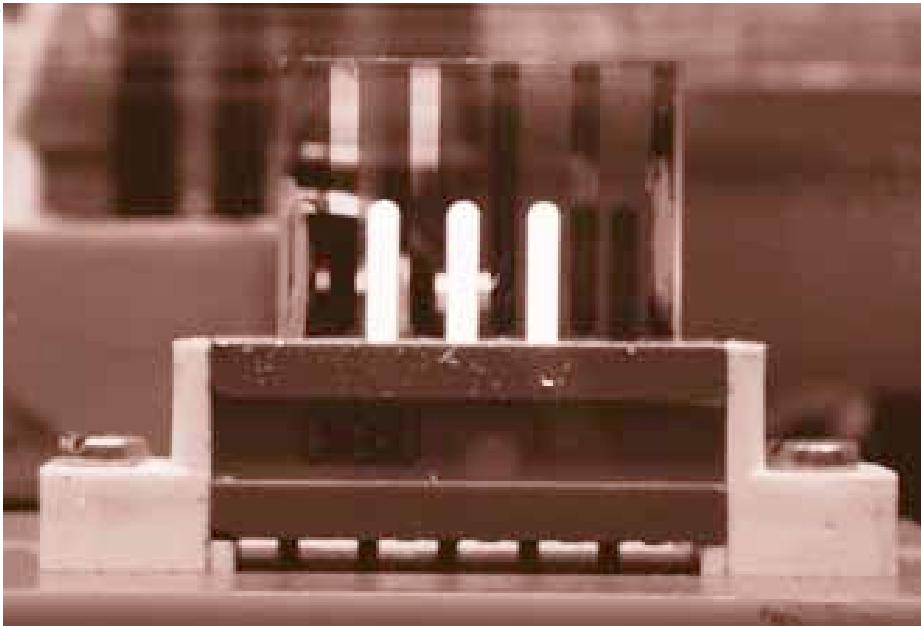
fon (030) 6526-2142
fax (030) 6526-4278

unicom
Werbeagentur GmbH

www.unicom-berlin.com

Flachbildschirme bald größer und sparsamer

Kooperation mit SCHOTT Spezialglas



Organische Leuchtdioden: Leistungseffizienz und Langlebigkeit sind gefragt.

Wissenschaftler um Prof. Dr. Dieter Neher aus dem Institut für Physik der Universität Potsdam und der Abteilung Luminescence Technology der Firma SCHOTT Spezialglas in Mainz haben einen wichtigen Schritt hin zu hocheffizienten polymeren Leuchtdioden getan. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Kooperationsprojektes aus Industrie- und Hochschulgruppe, werden organische Leuchtdioden (OLEDs) für Anzeigesysteme und großflächige Beleuchtungsanwendungen entwickelt.

Die Verbesserung der Leistungseffizienz polymerer Leuchtdioden, beispielsweise für Anzeigesysteme und Beleuchtungsanlagen, ist dabei ein Schwerpunkt der Arbeiten. Ein Erfolg versprechendes Konzept auf diesem Weg beruht auf der Mischung phosphoreszierender Farbstoffe mit einer geeigneten Polymermatrix. Trotz gewaltiger Fortschritte in den letzten Jahren war ein schwerwiegendes Problem dieses Ansatzes, dass die Betriebsspannungen und damit die Leistungsaufnahme sowie die Materialkosten der so gefertigten OLEDs für Anwendungen viel zu hoch waren.

Durch die gezielte Optimierung der Schichtzusammensetzung und der Prozessschritte

beim Aufbau der Leuchtdiode ist es den beiden Gruppen nun gelungen, die Betriebsspannung einer grünen OLED signifikant zu senken und damit die Effizienz deutlich zu erhöhen. Wie kürzlich in der Fachzeitschrift „Advanced Materials“ veröffentlicht, werden die für Flachbildschirme typischen Helligkeiten von 100 Cd/m^2 nun bereits bei Batteriespannungen erreicht. Gleichzeitig ist der dafür benötigte Strom so gering, dass eine 100 cm^2 große Fläche nur einen Stromverbrauch von 40 mA hätte, bei einer elektrischen Leistungsaufnahme von gerade mal 200 mW . Ein weiterer Vorteil der in Zusammenarbeit zwischen SCHOTT und der Universität Potsdam entwickelten Bauteile ist, dass ausschließlich kostengünstige, im industriellen Maßstab verfügbare Materialien verwendet werden.

Andere wichtige Kenngrößen für OLEDs sind die Lebensdauer und Langzeitstabilität. Untersuchungen hierzu werden für die hergestellten hocheffizienten Bauteile zurzeit durchgeführt. Die Forscher sind optimistisch, die Betriebsdaten noch signifikant verbessern zu können. Dann wären auch Anwendungen für großflächige Anzeigesysteme und Beleuchtungen möglich.

Zentrum für Desastermanagement

Potsdam soll zusammen mit dem GeoForschungszentrum Potsdam zum bundesweiten Knotenpunkt für Schadenserhebung und -vorhersage bei Naturkatastrophen werden. Die Verträge dafür wurden Ende April unterzeichnet. Wissenschaftsministerin Johanna Wanka will Brandenburg zum Vorreiter auf dem Markt für Geoinformationen machen. Derzeit wird im Land ein Netzwerk für Geoinformationen gebildet, mit dem man an diesem allein in Deutschland auf acht Milliarden Euro geschätzten Markt partizipieren will. In Zukunft werden dafür auch Geodaten des Landes gegen eine Bearbeitungsgebühr für die Wirtschaft zur Verfügung gestellt. In der Region Berlin-Brandenburg gibt es rund 1500 Unternehmen, die sich mit Geoinformation beschäftigen.

Red.

Nanotechnologie gefördert

Die Volkswagenstiftung unterstützt zwei weitere Projekte des Potsdamer Max-Planck-Instituts für Kolloid- und Grenzflächenforschung mit insgesamt 1,4 Millionen Euro. Damit gehen zwei der drei von der Volkswagenstiftung in diesem Jahr geförderten Vorhaben im Bereich der interdisziplinären Nanotechnologie an den Wissenschaftsstandort Potsdam. In den Projekten geht es um den verbesserten medizinischen Einsatz von Nanokapseln zum kontrollierten Transport von Medikamenten an erkrankte Organe.

Red.

Gründerwettbewerb

Die zweite Runde des Gründerwettbewerbs Multimedia ist eröffnet. Bis zum 31. Juli 2004 können wieder Konzepte für innovative Multimedia-Unternehmensgründungen eingereicht werden. Den Gewinnern winken bis zu 25.000 Euro und ein umfassendes Coaching bei der Umsetzung ihrer Geschäftsidee.

Weitere Informationen sind unter www.gruenderwettbewerb.de abrufbar.

Red.

Trägerischer Rückblick

Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Martin Claussen über
Paläoanalogie und Klimasystemanalyse

„Die Vergangenheit ist der Schlüssel für die Zukunft“ – aus der Klimageschichte der Vergangenheit können wir etwas über die Klimaentwicklung der Zukunft lernen. Diese Umkehrung des von dem britischen Geologen Sir Charles Lyell in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts postulierten Aktualismusprinzips erfreut sich derzeit in den Medien großer Beliebtheit. Der am Anfang dieses Jahres oft – und oft überzeichnet – zitierte Pentagon-Bericht wie auch der kürzlich angelaufene Film „The Day After Tomorrow“ haben, obwohl von sehr unterschiedlicher wissenschaftlicher Güte, eines gemeinsam: Drehbuchautoren und Militärstrategen bedienen sich so genannter Paläoanalogie; sie extrapolieren aus der Klimageschichte bekannte Klimakapriolen in die nahe Zukunft und spekulieren über mögliche Reaktionen der Gesellschaft auf solche drastische Klimaänderung.

Paläoanalogie basieren auf quasi statistischer Extrapolation von Prozessen in der Zeit. Sie sind Modelle ohne expliziten Bezug zu physikalischen Gesetzmäßigkeiten. Dies schränkt die Belastbarkeit daraus abgeleiteter Prognosen ein, insbesondere, wenn der zeitliche Verlauf und die räumliche Struktur der Prozesse für die Analyse relevant sind. Dazu zwei Beispiele.

Die französische Geografin Nicole Petit-Maire vermutete, dass die Sahara bei einer durch die anthropogene Emission von Treibhausgasen angestoßenen Erwärmung der Atmosphäre wieder schrumpfen könnte. Ihre Annahme basiert auf Klimarekonstruktionen, die nahe legen, dass die Sahara vor einigen tausend Jahren, im so genannten holozänen Klimaoptimum mit seinem insbesondere in Nordafrika feuchteren Klima, deutlich grüner war als heute. Mit unserem am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung entwickelten Klimasystemmodell konnten wir die „grüne Sahara“ des mittleren Holozäns nachbilden und zeigen, welcher Klimaantrieb und welche Wechselwirkungsprozesse



Foto: Hoedtmann

Im Fels verewigt: Tierzeichnungen zeugen von einer feuchteren Vergangenheit der Sahara.

innerhalb des Klimasystems am Rückgang der Sahara beteiligt gewesen sein könnten. Weitere Rechnungen zeigten, dass ein allerdings relativ zum holozänen Klimaoptimum geringerer Rückzug der Sahara bei Ansteigen der Treibhausgase möglich ist. Auf den ersten Blick könnte man also der Petit-Maireschen Vermutung zustimmen. Jedoch die an diesem Vorgang beteiligten Prozesse sowie die Entwicklung der räumlichen Temperatur- und Niederschlagsmuster laufen laut Modellrechnungen anders ab als in der Vergangenheit. Aus physikalischer Sicht ist die Klimageschichte der Sahara also kein geeignetes Analogon für eine mögliche künftige Klimaentwicklung in Nordafrika.

Ein zweites aktuelles Beispiel betrifft die Dynamik des atmosphärischen CO₂-Gehaltes. Bill Ruddiman veröffentlichte Ende letzten Jahres einen aufsehenerregenden Artikel, in dem er aus dem parallelen Verlauf der atmosphärischen Treibhausgaskonzentrationen und dem Volumen der kontinentalen Eismassen während der letzten Jahrhunderttausende folgerte, dass die Zunahme der atmosphärischen CO₂-Konzentration im Laufe der letzten 8000 Jahre

vor Beginn der industriellen Revolution durch die anthropogene Landnutzung hervorgerufen sein müsse und dass der Mensch damit den Beginn einer neuen Eiszeit verhindert habe. Der zweite Teil der Ruddimanschen Hypothese kann durch unsere Modellrechnungen nicht bestätigt werden. Da die Sommereinstrahlung in hohen nördlichen Breiten bei weitem nicht so stark zurückgeht wie zu Zeiten des Beginns vergangener Eiszeiten, berechnet unser Modell selbst bei einem angenommenen Rückgang atmosphärischen CO₂ keinen Eiszeitbeginn in der jüngeren Vergangenheit. Für den Anstieg des CO₂-Gehaltes der Atmosphäre im Holozän können wir weitere Hypothesen vorlegen, die jedoch mangels Überprüfung an Paläoklimadaten noch nicht erhärtet sind. Allerdings gehen wir davon aus, dass auch hier der Weg der modellgestützten Interpretation von Daten in Zusammenarbeit von Klimaphysikern und Paläoklimatologen zielführender ist als die Suche nach Paläoanalogie.

Prof. Dr. Martin Claussen,
Institut für Physik und Potsdam-Institut für
Klimafolgenforschung

Foto: Fritze



Martin Claussen

Hartz IV und die Kosten

Bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialverwaltung sind noch viele Fragen offen

Foto: Fritze



Neu aufgeteilt: In der Agentur für Arbeit gibt's bald keine Arbeitslosenhilfe mehr.

Bund, Länder und Kommunen planen, die Arbeitslosenhilfe (das Arbeitslosengeld II) und die Sozialhilfe ab 1. Januar 2005 zusammenzulegen und als einheitliche Leistung zu gewähren. Damit wird ein weiteres Konzept der Hartz-Kommission unter dem Titel „Hartz IV“ umgesetzt. Um die bis dato im Detail noch ungeklärten, aber elementaren Fragen bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu diskutieren, trafen sich kürzlich Vertreter aus der Wissenschaft, der Politik von Bund, Ländern und Kommunen zur diesjährige Fachtagung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts.

Das Thema lautete „Hartz IV und die Kommunen – Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialverwaltung: Lösung oder Verlagerung kommunaler Probleme?“. Die wissenschaftliche Leitung oblag Prof. Dr. Werner Jann von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, der selbst Mitglied der Hartz-Kommission war.

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe berührt nicht nur Langzeiterwerbslose und Sozialhilfeempfänger, sondern insbesondere auch das rechtliche Verhältnis zwischen Bund und Kommunen. Denn Arbeitslosenhilfe wird vom Bund gewährt, wo

hingegen die Kommunen verantwortlich sind für die Leistungen der Sozialhilfe. Daraus entwickeln sich eine Reihe von Problemen mit teilweise erheblichen Auswirkungen. Zwar wollen alle Beteiligten vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit eindämmen und den Betroffenen Hilfe zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt bieten, oder behaupten dies zumindest, jedoch ist das Hauptziel vieler Kommunen finanziell entlastet zu werden, und sie befürchten, als Verlierer aus den Reformen hervorzugehen.

Nach „Hartz IV“ sollen dezentrale JobCenter geschaffen werden, die dann für alle Leistungen zur Grundsicherung verantwortlich sind. Der Bund, vertreten durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Kommunen sollen in diesen JobCentern zusammenarbeiten. Die Ausgestaltung ist indes schwierig. Hartz IV stellt hierfür zwei Modelle zur Verfügung: das Arbeitsgemeinschaftsmodell und das Optionsmodell. Das erstere sieht vor, dass beide Seiten eng zusammenarbeiten. In dem Optionsmodell wählen die Kommunen die Alleinträgerenschaft und sind somit für beide Leistungsblöcke voll verantwortlich.

Leider war bis zum 10. Juni nicht geklärt, unter welchen Voraussetzungen und zu welchen Bedingungen optiert werden kann.

Unklar waren weiterhin Art und Umfang der Finanztransfers zwischen Bund und Kommunen. Verfassungsrechtlich darf der Bund keine Mittel an die Kommunen zahlen und diesen – bis auf wenige Ausnahmen – auch keine Aufgaben direkt übertragen. Für ihn sind allein die Länder „Ansprechpartner“. Neben diesen sehr schwierigen finanziellen und verfassungsrechtlichen Problemen stehen weitere Fragen: Welche Rechtsform können und dürfen die Arbeitsgemeinschaften haben? Wer stellt welches Personal für die JobCenter zur Verfügung? Wer bezahlt dieses? Wer hat die Weisungsbefugnis? Verletzt das bislang gesetzlich verankerte Weisungsrecht des Bundes das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen?

Ziel der Kommunen war, durch die Hartz IV-Reform in Höhe von 2,5 Milliarden Euro entlastet zu werden. Dadurch geriet das eigentliche Ziel, Langzeitarbeitslosen sinnvoll zu helfen, in den Hintergrund. Nach den zwischenzeitlichen Neuberechnungen von Bund, Ländern und Verbänden schien dieses Ziel verfehlt zu werden, weshalb Kommunen dieser Reform skeptisch gegenüberstanden. Erst in letzter Minute haben sich Bund, Länder und Kommunen am 30. Juni 2004 im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss geeinigt, wonach die Kommunen nun 3,2 Milliarden Euro Bundeszuschuss beanspruchen können.

Ziel der Tagung war es, Licht in das Dunkel der neuen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen zu bringen. Auch wenn nicht alle Fragen der Teilnehmer erschöpfend beantwortet werden konnten, waren sich alle darin einig, dass die Reform auf dem Arbeitsmarkt unerlässlich ist und Engagement aller Beteiligten erfordert. Die Debatte wird dennoch bundesweit fortgeführt, da viele verfassungsrechtliche Probleme noch nicht beseitigt sind.

Oliver Klein,
Kommunalwissenschaftliches Institut

Das Kommunalwissenschaftliche Institut publiziert die Ergebnisse der Tagung in seinen Arbeitsheften. Weitere Informationen zum Thema können unter www.uni-potsdam.de/vpk und www.uni-potsdam.de/ju/kwi abgerufen werden.

Die Mischung macht's

Prof. Dr. Markus Fischer hielt Antrittsvorlesung zur biologischen Vielfalt

Biodiversität, das ist die Vielfalt der Arten – aber nicht nur. Genauso gehören dazu die genetische Vielfalt und die Vielfalt der Artengemeinschaften, also beispielsweise das Nebeneinander von Wald, Wiesen und Feldern. Und diese drei hierarchischen Ebenen der Vielfalt sind eng miteinander verzahnt. Eingriffe auf einer Ebene ziehen deshalb immer auch Änderungen auf den anderen Ebenen nach sich. Das war die Botschaft, die Prof. Dr. Markus Fischer vom Institut für Biochemie und Biologie am 24. Juni in seiner Antrittsvorlesung „Pflanzenbiodiversitätsforschung in der heterogenen Kulturlandschaft“ seinen Zuhörern übermitteln wollte.

Kulturlandschaft ist nicht nur durch den Menschen geformt, sondern auch ständig in besonderem Maß durch sein Eingreifen Veränderungen unterworfen. Wie der Mensch das komplizierte Zusammenspiel von Genen, Arten und Artengemeinschaften beeinflusst, belegte er mit einer Vielzahl von Beispielen aus der aktuellen Forschung seiner Gruppe.

Werden etwa durch das Anlegen von Feldern bestehende Lebensräume verkleinert, verringert sich auf dem verbleibenden Areal die Anzahl der Varianten, die von jedem Gen existieren, weil es insgesamt weniger Pflanzen einer Art gibt. Das führt in kleinen Beständen zu Inzuchtproblemen. Darüber hinaus gibt es auch weniger Varianten von Genen, die Pflanzen resistent gegen Parasiten wie beispielsweise den Mehltau machen. Das kann letztlich zum Aussterben einer Pflanzenart in dem Gebiet führen. Und nicht nur das, denn jede Art steht in vielfältigen Beziehungen zu anderen Tier- und Pflanzenarten in ihrem Lebensraum. Wenn beispielsweise der Kreuzenzian in einem Gebiet ausstirbt, dann verschwindet



Markus Fischer

mit ihm auch der Enzianbläuling. Der Schmetterling ist für seine Vermehrung auf die Pflanze angewiesen. Durch den Eingriff in die Landschaft verändert sich also zunächst die genetische Vielfalt, den Lebewesen geht es



Erhaltenswert: Landschaftliche Vielfalt.

dadurch schlechter und schließlich verringert sich auch die Artenvielfalt.

Den Einfluss der Artenvielfalt auf ein Ökosystem haben Wissenschaftler in acht europäischen Ländern in einem über vier Jahre angelegten Experiment untersucht. Auf Versuchsfeldern ermittelten sie das Wachstum von Kulturen mit ein, zwei, vier, acht oder 32 verschiedenen Pflanzenarten. Wie sich herausstellte, erzeugten die Felder die meiste Biomasse, auf denen die größte Artenvielfalt herrschte. Offenbar profitiert jede der Pflanzenarten vom Vorhandensein möglichst vieler weiterer. Die Mischung verhindert nicht nur, dass sich auf bestimmte Pflanzen spezialisierte Parasiten und Krankheiten ausbreiten können. Es werden auch verschiedenste Insektenarten als Bestäuber angelockt, was wiederum allen zugute kommt.

Vielfalt macht Ökosysteme aber nicht nur stabiler und produktiver. Sie verhindert auch Bodenerosion und Bodenausdehnung, die insbesondere bei Monokulturen oft zum Problem werden. Biodiversität bringt also ökologischen und ökonomischen Nutzen. Doch die Frage, warum wir biologische Vielfalt brauchen, beantwortete Markus Fischer nicht nur mit höherem ökologischen und ökonomischen Wert. Er sieht in deren Erhalt auch ein ethi-

sches Bedürfnis beziehungsweise eine Verpflichtung. Und nicht zuletzt trägt für ihn Vielfalt auch einen wesentlichen Teil zur Ästhetik in der Natur bei.

Biodiversität ist also in vielerlei Hinsicht etwas Wertvolles, Schützenswertes. Die Verantwortung dafür trägt der Mensch, der er nur durch behutsames und umsichtiges Eingreifen gerecht werden kann. Biodiversitätsforschung kann dazu ein wichtigen theoretischen Beitrag leisten. *bm*



Verlockend für Insekten: Jede Pflanze steht mit den Lebewesen ihrer Umgebung in einem Netz von Beziehungen.

Forscher-Know-how von der Pike auf lernen

Internationales Promotions-Programm an der Uni Potsdam

Foto: Institut für Biochemie und Biologie



Umfassende Doktorandenausbildung: Neueste Forschungsmethoden gehören dazu.

Ab Oktober 2004 wird es an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät das Internationale Promotions-Programm „Integrative Plant Science“ (IPP-IPS) geben. Es wird durch die DFG und den DAAD aus Mitteln des BMBF zunächst bis Ende 2006 gefördert. Über eine Förderung darüber hinaus, wird noch in diesem Jahr entschieden.

Das Promotions-Programm soll junge Wissenschaftler zu integrativer Forschung in der molekular- und systembiologisch orientierten Pflanzenwissenschaft befähigen, sie mit den aktuellen wissenschaftlichen Fragestellungen konfrontieren und sie in die Lage versetzen, eigene innovative Forschungsprojekte zu initiieren. Durch die Verknüpfung von Molekularbiologie, Physiologie, Genetik, Biochemie, Bioinformatik und Biostatistik ist ein integrativer Ansatz zur Untersuchung der komplexen molekularen Grundlagen des Systems Pflanze möglich.

Projektkoordinator ist Prof. Dr. Bernd Müller-Röber vom Institut für Biochemie und Biologie. Das IPP-IPS wird gemeinsam mit den Abteilungen „Molekulare Physiologie Höherer Pflanzen“ und „Metabolische Netzwerke“ des MPI für Molekulare Pflanzenphysiologie durchgeführt, das sich in unmittelbarer Nähe zu den Arbeitsgruppen der Universität Potsdam befindet. Das MPI verfügt über einen für innovative Pflanzen-

forschung ausgesprochen vielfältigen und exklusiven Maschinenpark, der eine ideale Ergänzung zu den an der Universität vorhandenen Geräten darstellt.

Das Programm wird im ersten Förderzeitraum für zwölf Promotionsstudenten der Fachrichtung Biologie/Biochemie eine strukturierte Promotionsausbildung mit vielfältigen Möglichkeiten anbieten. Während der dreijährigen Ausbildung erhalten die Doktoranden Zugang zu neuester Technologie und erlernen eine Vielzahl komplementärer methodischer Ansätze. Komponenten des Programms sind die eigentliche wissenschaftliche Arbeit am Projekt der Doktorarbeit unter Anleitung eines wissenschaftlichen Betreuers und Co-Betreuers, die fachlich-komplementäre Ausbildung in Techniken und Verfahren durch neu einzurichtende Kurse und Workshops sowie Arbeitsaufenthalte in externen Arbeitsgruppen sowie der Erwerb komplementärer Fähigkeiten in den Bereichen Präsentation, Labor- und Projektmanagement, Drittmittel-Akquise, Patentangelegenheiten und Unternehmensgründung. Das Ausbildungsprogramm wird in englischer Sprache durchgeführt und soll vor allem ausländische Studierende zu einer Promotion an der Universität Potsdam ermutigen. Binationale Promotionen sollen gefördert werden.

Dr. Katrin Czempinski,
Institut für Biochemie und Biologie

Systeme im Gleichgewicht

Ihre Antrittsvorlesung an der Universität Potsdam „Zum Begriff des Gleichgewichtes großer, wechselwirkender Systeme“ hielt Prof. Dr. Sylvie Roelly am 29. April 2004.

Seit langem ist die Analyse großer, interagierender Teilsysteme eine der zentralen Aufgaben der Wahrscheinlichkeitstheoretiker, die sich mit Fragen der statistischen Physik beschäftigen.



Foto: Fritze

Sylvie Roelly

Ihr Ziel ist die Analyse des Verhaltens großer wechselwirkender Systeme. In ihrer Antrittsvorlesung stellte die Mathematikerin verschiedene Typen von dynamischen Systemen vor, die historisch eine wichtige Rolle gespielt haben, so die Newtonsche, Langevinsche und die Brownsche Bewegung. Daraus ergeben sich solche Fragen, wie man für ein vorliegendes dynamisches System den Begriff eines Gleichgewichts definiert, ob Gleichgewichtszustände existieren und wie viele. Die Referentin ging auch der Frage nach, welche Wahrscheinlichkeitstheoretischen beziehungsweise geometrischen Strukturen sie besitzen. Schließlich erläuterte sie sich die mathematischen Methoden ihrer Analyse.

be

Rolex Awards ausgeschrieben

Die neue Ausschreibungsrunde um die Rolex-Preise für Unternehmungsgeist hat begonnen. Diese Preise zeichnen herausragende Initiativen aus, die dem Wissen und dem Wohl der Menschheit dienen. Die fünf Preisträger erhalten je 100.000 US-Dollar sowie einen Rolex Chronometer in Gold. Darüber hinaus können Ehrenpreise in variabler Höhe verliehen werden. Teilnahmeberechtigt sind Einzelpersonen jeden Alters und jeder Staatsangehörigkeit, die ihre eigenen Vorschläge oder Projekte einreichen. Es können geplante oder erst teilweise verwirklichte Projekte eingereicht werden. Bewerbungen sind je nach Region des Projektes bis zum 31. Mai bzw. 30. September 2005 möglich.

Weitere Informationen sind unter

Bevor der Jordan versiegt

Forschung für nachhaltiges Wassermanagement im Nahen Osten

Foto: Holzapfel



Vegetation überdacht: Mit den Regenplanen simulieren die Forscher Trockenheit.

Keine andere Region der Erde ist so stark von Wasserknappheit gekennzeichnet wie der Nahe Osten: Nur noch einem Rinnsal gleicht der legendäre Jordan zwischen See Genezareth und Totem Meer. Seit Jahren wird im Einzugsgebiet des Jordans weit mehr Wasser verbraucht als langfristig zur Verfügung steht. In den kommenden Jahren wird sich diese dramatische Situation noch verschärfen, wenn der Klimawandel zu verringertem Angebot, das dramatische Bevölkerungswachstum aber zu erhöhter Nachfrage nach Wasser führt.

Angesichts dieser Lage besteht ein erheblicher Bedarf an der Entwicklung von nachhaltigen Konzepten für das Wassermanagement der Region. Vor diesem Hintergrund wurde im Mai 2001 das internationale Verbundprojekt „GLOWA Jordan River“ ins Leben gerufen, das am Lehrstuhl für Vegetationsökologie der Universität Potsdam angesiedelt ist.

Das Projektleitungsteam mit Dr. Katja Tielbörger als Projektleiterin und den beiden Koordinatoren Dr. Heike Küchmeister sowie Holger Hoff, hat hierbei nicht nur administrative Tätigkeiten, wie die Verwaltung des Finanzvolumens von rund fünf Millionen Euro, davon 3,2 Millionen Euro an der Universität Potsdam, sondern in hohem Maße auch integrative Aufgaben zu bewältigen. Da sich das Projekt aus über 50 interdisziplinären Forschergruppen aus Israel, den palästinensischen Autonomiegebieten, Jordanien und Deutschland zusammensetzt, erfordert dies in der stark konfliktbeladenen Region ein hohes Maß an politischem Fingerspitzengefühl.

Das Projekt ist Teil des vom BMBF initiierten Programms „Globaler Wandel des Wasserkreislaufs“ (GLOWA), das sich im Hinblick auf Prozesse des globalen Wandels mit der Entwicklung von Nachhaltigkeitskonzepten für das Management von Flusseinzugsgebieten auseinandersetzt.

GLOWA Jordan River ist das jüngste in einer Reihe von fünf weiteren GLOWA-Projekten, die an der Elbe und Donau sowie verschiedenen Einzugsgebieten in Afrika angesiedelt sind. Wie bei den anderen GLOWA-Projekten steht der interdisziplinäre und integrative Ansatz im Vordergrund, der so unterschiedliche Themen wie klimatische Veränderungen, sozioökonomische Randbedingungen, Wassersparmaßnahmen oder die Funktion von Ökosystemen zusammenführt.

Das Projekt setzt sich aus fünf Teilen zusammen: Der erste entwickelt Szenarien des Globalen Wandels. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die meisten anderen Gruppen, die sich mit dem Einfluss dieser Szenarien auf die Wasserressourcen befassen. Im zweiten Teil werden hydrologische Modelle entwickelt sowie Prognosen zur Entwicklung der Wasserqualität und Wassermenge unter verschiedenen Klima- und Landnutzungsszenarien erstellt. Im dritten Teil steht der Wasserbedarf natürlicher Ökosysteme im Mittelpunkt sowie die Frage, welcher Wertverlust mit den Veränderungen im Ökosystem einhergeht. Mit der Landwirtschaft als dem größten Wasserverbraucher der Region befasst sich der vierte Teil. Hier wird untersucht, inwieweit sich die

Wasserproduktivität unter verschiedenen Szenarien, wie beispielsweise klimatischem Wandel oder der zunehmend wichtig gewordenen Wiedernutzung des Abwassers steigern lässt. Andere Inhalte sind die Evaluierung von traditionsreichen und teilweise aus Urzeiten stammenden Techniken, Regenwasser zu sammeln und für die in der Region typische Bewässerungslandwirtschaft zu verwenden. Ein fünfter Teil widmet sich der Integration und dem Dialog zwischen Wissenschaft und Anwendern der Region.

Erste Ergebnisse aus dem Gesamtprojekt sind im Rahmen der jüngsten Statuskonferenz, im April 2004 in Potsdam vorgestellt worden, bei der es erstmals gelang, alle Projektteilnehmer an einem Ort zu versammeln. So konnte zum Beispiel gezeigt werden, dass in Zukunft extreme Klimaereignisse, wie etwa Dürrejahre, voraussichtlich häufiger auftreten werden. Dies kann zum einen zu erheblichen Ernteausfällen und zum anderen zum Aussterben von vielen Tier- und Pflanzenarten führen. Diese Erfolge auf wissenschaftlicher und politischer Ebene wurden honoriert, indem die Projektleitung dazu aufgefordert wurde, einen Antrag auf Fortführung des Projekts um weitere drei Jahre zu stellen.

Dr. Heike Küchmeister, Institut für Vegetationsökologie und Naturschutz

Wo ist die Logik in unserer Software?

Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Christoph Kreitz

Zum Thema „Wo ist die Logik in unserer Software?“ hielt Prof. Dr. Christoph Kreitz am 27. Mai 2004 seine Antrittsvorlesung an der Universität Potsdam. Der Wissenschaftler bekleidet eine Professur für Theoretische Informatik. Software ist seit einigen Jahren ein integraler Bestandteil des Alltagslebens geworden. Die Zuverlässigkeit von Software ist allerdings immer noch mehr als unzureichend und Softwarefehler sind immer häufiger die Ursache für kostspielige und fatale Pannen. Der Referent analysierte die logischen Hintergründe solcher Pannen beispielhaft und diskutierte einige Antworten, welche die Forschung und Lehre in der Informatik heute darauf geben kann.

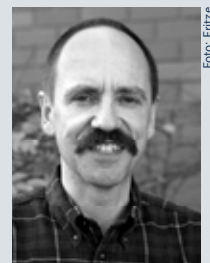


Foto: Fritze

Christoph Kreitz

be

Romanische Sprache – ein europäisches Projekt

Andalusischer Gastwissenschaftler an der Uni Potsdam

Als ich in Potsdam ankam, war ich als erstes angenehm überrascht vom Wetter: Es war besser als in Granada, das ich verlassen hatte, als die Sierra Nevada bis zum Fuß der Berge schneebedeckt war und als in der Stadt Regengüsse den Alltag bestimmten. Was will jemand aus Granada, ein Andalusier, in Potsdam? Es gibt eigentlich zwei Gründe dafür: Einen historischen und einen, der neuer ist, und mit dem zu tun hat, was ich „europäischer Raum der Hochschulbildung“ nennen würde.

Doch zunächst zum historischen Grund. Die Romanistik war eine Schöpfung deutscher Sprachwissenschaftler vor etwa 150 Jahren. Ihre Gründungsväter bemühten sich, die Gesetze zu beweisen, die die historische Grammatik aufgestellt hatte. Sie benötigten dazu Sprachen, deren Texte in ausreichendem Umfang überliefert sind. Dazu eignete sich nicht das Deutsche, dessen Texte keinen ausreichend geschlossenen historischen Weg repräsentieren, und auch nicht das Indoeuropäische, eine Sprache mit wenig Dokumentation, die viele Verzweigungen aufweist. Mit dem Lateinischen fand sich eine Sprache, die als solche und in ihren romanischen Ableitungen über zwei Jahrtausende Textzeugnisse aufweist. Auf diese Weise entstand in den deutschen Universitäten die Romanistik und ihre verschiedenen Zweige wie die französische, spanische oder italienische Philologie.

Foto: Privat



Antonio Martínez González

Fast 150 Jahre später, genau 1995 – und dies ist der Grund aus der neueren Geschichte – hat die Europäische Union die Schaffung eines interuniversitären Kooperationsprogramms gefördert, in dem sich unter der Koordination der Uni-

versität Granada, die mir die Leitung übertragen hat, Universitäten aus Deutschland, Dänemark, Frankreich, Irland, Portugal, Großbritannien und Spanien zusammenfanden. Sie waren daran interessiert, ihren Studierenden ein Studium an anderen Hochschulen Europas und



Foto: Beckmann

Berühmt wie Sanssouci: Die Alhambra in Granada.

ihren Professoren den Austausch von Forschungsergebnissen und Erfahrungen zu ermöglichen.

Unter den Universitäten, die in dem Netzwerk zusammen arbeiteten, ist auch die Universität Potsdam, deren Institut für Romanistik anerkannte Studien zur Historiographie der spanischen Sprachwissenschaft entwickelt hat. Da die Universität Granada zwei Fächer in ihrem Studienprogramm hat, die damit verbunden sind (Geschichte der spanischen Grammatik und spanische Sprachwissenschaft im Goldenen Zeitalter), entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Universitäten in Forschung und Lehre, die 2002 zur Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages geführt hat.

Während zu Beginn der Beziehungen im Rahmen des Netzwerks die gegenseitigen Besuche von Professoren sich auf einzelne Vorlesungen beschränkten, gab der Kooperationsvertrag die Möglichkeit zu einer engeren Zusammenarbeit. Dank der finanziellen Unter-

stützung der Universität Granada und des spanischen Hochschulministeriums kann ich im Sommersemester 2004 am Institut für Romanistik der Universität Potsdam an laufenden Forschungsarbeiten, darunter einem DFG geförderten Projekt, mitarbeiten.

Während meines Aufenthalts, der sich in die Aktivitäten der Forschungsgruppe für angewandte Linguistik der Universität Granada, deren Gründungsmitglied ich bin, einreicht, möchte ich das gemeinsame Forschungsfeld beider Universitäten weiter entwickeln. Insbesondere werde ich einen Teil des anspruchsvollen Forschungsprojekts „Spanische Sprachwissenschaft des 18. und 19. Jahrhunderts“ abschließen. Ziel ist die gemeinsame Redaktion von Publikationen zu diesem Forschungsfeld. Ich möchte es nicht versäumen, dem Institut für Romanistik für den herzlichen Empfang und die Bemühungen seiner Mitglieder um die Unterstützung meines Aufenthalts zu danken.

Prof. Dr. Antonio Martínez González,
Universität Granada

Talmud als Spiegelbild männlicher Kultur

Foto: Fritze



Admiel Kosman

Zum Thema „The Anonymous Woman as a Hero: The Act of Story-Telling in the Talmud – A Reflecting-Mirror for the Masculine Culture“ hielt am 6. Mai 2004 Prof. Dr. Admiel Kosman seine in englischer Sprache gehaltene

Antrittsvorlesung. Die Vorlesung suchte mit der Methode des „close reading“ die in der kurzen talmudischen Geschichte über Mar Ukva verborgenen Ideen aufzuspüren. Mar Ukva war ein berühmter Rabbiner und religiöser Anführer im Babylonien des 4. Jahrhunderts. Der Erzähler beschreibt Mar Ukva auf eine feine, humoristische Art als einen selbstbewussten, aber arroganten Menschen. Seine Selbstsicherheit steht für das männliche Prinzip, während die weibliche Seite durch die nicht namentlich genannte Frau des Mar Ukva vertreten wird. Am Ende der Geschichte offenbart sich Gott interessanterweise als dem weiblichen Prinzip näher stehend. Im Vortrag erkundete Kosman die philosophische und theologische Bedeutung dieser Geschichte.

be

Reformpolitik in Deutschland

Foto: Privat



Manfred Weber

Am 12. Mai 2004 hielt Honorarprofessor Dr. Manfred Weber vom Bundesverband deutscher Banken seine Antrittsvorlesung mit dem Titel „Warum 2004 entscheidend ist – Einige politökonomische Anmerkungen

zur Reformpolitik in Deutschland“. In den letzten gut zehn Jahren ist Deutschland wirtschaftlich vom Spitzenreiter zum Nachzügler geworden, nicht nur in Europa. Das spiegelt sich nicht zuletzt in einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit wider. Darüber hinaus bahnt sich eine bedrohliche demographische Schieflage an. Was bisher an Reformschritten unternommen wurde, reicht nicht aus. Vor diesem Hintergrund ging Manfred Weber in seiner Antrittsvorlesung den Fragen nach: woran dies liegt, ob es uns noch zu gut geht und ob das föderale System auf den Kopf gestellt

Frösi, Atze und die Staatsmacht

Die Botschaft von Kinderzeitschriften analysiert



Foto: Fritze

Kindgerecht Verpackt: Sozialistische Agitation.

Der Zeitzeuge ist der natürliche Feind des Historikers.“ Mit diesem Bonmot traf ein Tagungsteilnehmer genau die Befindlichkeiten der Beteiligten an einer Kontroverse, die entstanden war, eben weil Zeitzeugen mit der im Abstand der Jahre „nachträglichen“ Darstellung ihrer Arbeit auf die kritisch-distanzierte Betrachtung der Wissenschaftler getroffen waren. Gerade diese Begegnung beider aber war einer der reizvollen Aspekte der Tagung „Kinderzeitschriften in der DDR“, die am 14. Mai 2004 am Campus Golm stattgefunden hat. Dort trafen sich Erziehungswissenschaftler sowie Literaturwissenschaftler und ehemals an der Produktion dieser Kinderzeitschriften Beteiligte. Und so waren Frösi, Atze, Mosaik, Trommel und ABC-Zeitung repräsentativ vertreten. An einer analytischen Betrachtung dieser Zeitschriften kann sichtbar gemacht werden, auf welche Weise der Staat Vorgaben und Angebote erzeugte, um seine Erziehungsabsichten in subjektive und alltagspraktische Verarbeitungsmuster der kindlichen Leser

umsetzen zu können. Insofern stellen die Kinderzeitschriften ein für Sozialisation und Erziehung in der DDR-Kindheit charakteristisches kulturelles Muster dar. Gerade in der Erziehungswissenschaft ist dieser Gegenstand bislang aber nur in kleinen Ausschnitten wahrgenommen.

Eine Analyse der Jahrgänge 1946 bis 1948 der Zeitschrift Schulpost konnte zeigen, wie mit der Aufforderung eines Volksbildungsministers an die Schüler, in der Schule so gut zu arbeiten wie die Werktätigen bei der Erfüllung des Planes, mit Erzählungen „wie Schule früher war“, mit Berichten aus dem gegenwärtigen Schulleben, Leserbriefkasten und Schüler-Reportern, der Versuch unternommen wurde, Kinder für die Durchsetzung der Schulreform politisch zu mobilisieren. An verschiedenen Beispielen kann darüber hinaus die Absicht nachgewiesen werden, Märtyrerlegenden und Heldenverehrung oder die Ausprägung eines sozialistischen Heimatbegriffs zu erzeugen.

Dr. Klaus Pecher, Institut für Pädagogik

Neu bewilligt

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert folgende Wissenschaftler und Ihre Projekte:

Dr. Frank Spahn aus dem Institut für Physik erhielt für das Projekt „Kinetik planetarer Ringe: Implikationen für die Cassini – Mission“ 116.000,- €.

Prof. Dr. Roland Oberhänsli aus dem Institut für Geowissenschaften erhielt für das Schwerpunktprogramm „Internationales Kontinentales Bohrprogramm“ (ICDP) Chemical, isotopic and mineralogical proxy data for aeolian input into the lake Baikal system during the last 150 ka 24.000,- Euro, für das Schwerpunktprogramm „Internationales Kontinentales Bohrprogramm“ (ICDP) ICDP co-ordination 52.615,- Euro und für das Programm „MEBE (Middle East Basins Evolution Programme) 2004“ – Forschungsarbeiten im Westen der Türkei (Bitlis) 9.000,- €.

Prof. Dr. Frank Scherbaum aus dem Institut für Geowissenschaften erhielt für das Projekt „Raumzeitliche Seismizitätsmodelle für Gebiete niedriger Erdbebenaktivität“ 121.450,- €.

Prof. Dr. Werner Jann aus den Sozialwissenschaften erhielt für das Projekt „Entstehungsbedingungen, Organisation und Leistungsfähigkeit der zentralstaatlichen Ministerialverwaltung in Mittel- und Osteuropa“ € 50.000,-.

Prof. Dr. Peter Saalfrank und **Dr. Tillmann Klammroth** aus dem Institut für Chemie erhielten für das Projekt „Quantentheorie zur Laserfermochemie an metallischen Oberflächen und Filmen“ 15.320,- €.

Dr. Kerstin Armbrorst aus dem Historischen Institut erhielt für das Projekt „Die Geschichte der jüdischen Historischen- Ethnographischen Gesellschaft in St. Petersburg“ 11.710,- €.

Prof. Dr. Bernhard R. Kroener und **Prof. Dr. Jürgen Angelow** aus dem Historischen Institut erhielten für das Projekt „Kontinuität und Wandel der militärischen Elite in Bayern zur Zeit des deutschen Bundes. Eine Studie zur sozialen Rekrutierung, zur militärischen Sozialisation und zum gesellschaftlichen Selbstbild des Offizierskorps“ 24.750,- €.

Prof. Dr. Jürgen Kurths aus dem Institut für Physik erhielt für die Forschergruppe „Konfligierende Regeln und Strategien zur Resolution von

Konflikten in der Kognitionswissenschaft.“ TP Br: „Differenzierung von Diagnoseprozessen in der Sprachverarbeitung“ 103.200,- €.

Prof. Dr. Ulrich Pietsch aus dem Institut für Physik erhielt für das Schwerpunktprogramm Molekularer Magnetismus „Molecular magnetism of metallo-supramolecular, hierarchically ordered materials containing periodically arranged metal-ligand-complexes“ 110.000,- €.

Prof. Dr. Bert-Wolfgang Schulze aus dem Institut für Mathematik für das Projekt „Asymptotische Analysis und Randwerttheorie – Fortsetzung“ 52.350,- €.

Prof. Dr. Reinhold Kliegl aus dem Institut für Psychologie für das Projekt „Computationale Modellierung der Blicksteuerung beim Lesen unter Einbezug von Mikrosakkaden als Indikatoren der Aufmerksamkeitsverschiebung – Fortsetzung“ 268.480,- €.

Prof. Dr. Norbert Gronau aus den Wirtschaftswissenschaften erhielt für das Projekt „Aufbau und Nutzung von Erfahrungswissen mit Hilfe des fallbasierten Schließens zur Produktionssteuerung mit künstlichen Neuronalen Netzen“ 36.200,- €.

Prof. Dr. Axel Bronstert aus dem Institut für Geoökologie erhielt für das Projekt „Sediment Export form large Semi-Arid catchments: Measurements and Modelling“ – Kurzform: SESAM“ 240.000,- €.

Dr. Isabella von Treskow aus dem Institut für Romanistik erhielt für das Projekt „Der Zweite Weltkrieg im italienischen Roman – Ästhetik und historische Sinnbildung 1944-1995“ 104.700,- €.

Dr. Frank Burchardt aus dem Institut für Linguistik/Allgemeine Sprachwissenschaft erhielt für das Projekt „Die Struktur des linken Satzrandes in Germanischen Sprachen – CP- und IP-relierte Elemente in normaler und gestörter Sprache (BU 1420/1-1, 1-2)“ 27.750,- €.

Prof. Dr. Klaus-Robert Müller aus dem Institut für Informatik erhielt für das Projekt „Theorie und Praxis kernbasierter Lernmethoden“ 123.600,- €.

Dr. Dagmar Reese aus dem Moses Mendelssohn Zentrum für das Projekt „Georg Simmels

Geschlechtertheorien im fin de siècle Berlin“ mit 124.124,- €.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und **Prof. Gelaschwili** aus Tiflis für das Projekt „Analyse, Modellierung und Prognose des Außenhandels Georgiens mit EU-Staaten“ 7.100,- €.

Die Deutsch-Französische Hochschule Saarbrücken fördert **Prof. Dr. Helene Harth** aus dem Institut für Romanistik für das Deutsch-Französische Kolloquium: „Das Interkulturelle an der Kreuzung der Wege: Stand der Dinge in Frankreich und Deutschland“ mit 5.000,- €.

Die Alexander von Humboldt Stiftung fördert **Prof. Dr. Susanne E. Caroll** aus dem Institut für Anglistik und Amerikanistik für das Projekt „Die Erweiterung psycholinguistischer und neuropsychologischer Methoden an Problemen des Zweitsprachenerwerbs; Aufbau eines internationalen Netzes interessierter Fachspezialisten; Durchführung von Workshops um Probleme der Methodologie zu diskutieren, an Beispielen von durch uns durchgeführten Experimenten“ mit 39.492,- €.

Der Trägerverein des Olympiastützpunkt Potsdam e.V. fördert **Prof. Dr. Jürgen Beckmann** aus dem Institut für Sportwissenschaft für das Projekt „Persönlichkeits- und Leistungssportentwicklung von Schülern des Potsdamer Sportinternats“ mit 11.310,- €.

Die Carl-Zeiss-Stiftung fördert **Prof. Dr. Bernd Walz** aus dem Institut für Biochemie und Biologie für die „Unterstützung der Forschungen an zellulären Signalwegen mit Hilfe von fluoreszierenden Sonden“ mit 5.000,- €.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst fördert **Dr. Pietro Morandi** aus den Sozialwissenschaften für das Projekt „Fachbezogene Hochschulpartnerschaften mit Hochschulen in Entwicklungsländern“ mit 27.577,66 €.

Das Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik fördert **Prof. Dr. Ulrich Pietsch** aus dem Institut für Physik für das Projekt „Strukturuntersuchungen an einem optisch gepumpten Laser-Bauelement nach der Montage auf einer Wärmesenke“ – Übernahme von im Forschungs- und Entwicklungsvertrag beschriebenen Aufgaben im Rahmen des Projektes mit 79.000,- €.

Proteinforschung im Netzwerk

Das Max-Planck-Institut für Kolloid und Grenzflächenforschung fördert Prof. Dr. Ulrich Pietsch aus dem Institut für Physik für das Projekt „Nutzung, Betreuung und Weiterentwicklung des Synchrotronstrahlungsmessplatzes ‚EDR-Beamline‘“ mit 5.000,- €.

Die Robert Bosch Stiftung fördert Prof. Dr. Karl Erich Grözinger aus dem Institut für Religionswissenschaften für das Projekt „Wilna – Jerushalajim de Lita: Ein Ort jüdischer Geschichte und Erinnerung“ mit 5.000,- €.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert folgende Wissenschaftler und ihre Projekte:

Prof. Dr. Hans-Gerd Löhmansröben aus dem Institut für Chemie für das Projekt „Spektroskopische Bestimmungen von thermodynamischen und kinetischen Kenngrößen zur Beschreibung der Huminstoff-Metall-Komplexierung“ 193.000,- €.

Prof. Dr. Robert Seckler aus dem Institut für Biochemie und Biologie für das Projekt „Charakterisierung des Messplatzes für Circular-dichroismus Spektroskopie von Proteinen, Erweiterung des Messbereichs bis 130 nm und Ausbau der Messeinrichtungen für hohe Zeitauflösung“ 393.930,- €.

Prof. Dr. Thomas Altmann und Prof. Dr. Bernd Müller-Röber aus dem Institut für Biochemie und Biologie für das Projekt „GABI-GENOPLANTE: Untersuchung der natürlichen Diversität in Arabidopsis Akzessionen bezüglich Merkmalen von agronomischer oder grundlegender Bedeutung“ 146.259,- €.

Dr. Katja Tielbörger aus dem Institut für Biochemie und Biologie für das Projekt „GLOWA Jordan River“ zusätzlich 209.341,00 €. Die Gesamtfördersumme des Projekts beläuft sich damit auf 3.231.125,15 €.

Die Brandenburgische Sportjugend fördert Prof. Dr. Jürgen Baur aus dem Institut für Sportwissenschaft für das Projekt „Mädchenstärken durch Straßenfußball“ 5.000,- €.

Die Volkswagen-Stiftung fördert das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam für das Projekt „Europa im Ostblock. Vorstellungswelten und Kommunikationsräume im Wandel“ mit 340.000,- €.

Sie sind die Grundbausteine aller Lebewesen. Doch wie funktionieren Proteine im Körper? Die bisherigen Erkenntnisse aus der Genomforschung geben Hinweise darauf, dass die meisten Proteine nur im Verbund mit anderen als so genannte molekulare Maschinen ihre eigentlichen Funktionen ausüben können. Bisher ist für die meisten molekularen Maschinen noch nicht bekannt, welche Partner wie zusammenarbeiten müssen, damit die jeweiligen Körperfunktionen reibungslos ablaufen können.

Ein neuer Projektverbund, das UltraStrukturNetzwerk (USN), hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Proteinkomplexe eingehend zu untersuchen. Unterstützt durch Europäische Fördermittel (EFRE) und die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurde das Großprojekt mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von acht Millionen Euro durch das Max-Planck-Institut für Molekulare Genetik in Kooperation mit der

Charité und dem Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin Berlin-Buch initiiert.

Der Verbund wird von mehr als 15 Arbeitsgruppen unterschiedlicher Institutionen aus Berlin und Brandenburg getragen. Zu ihnen gehören Prof. Dr. Bernd Müller-Röber und Dr. Babette Regierer aus dem Institut für Biochemie und Biologie der Universität Potsdam. Das Netzwerk stellt für die Einrichtungen eine Infrastruktur zur Untersuchung von Proteinkomplexen im Hochdurchsatzverfahren dar. Ziel ist die Analyse von supramolekularen Strukturen, den molekularen Maschinen im Hochdurchsatz-Verfahren mittels hochmoderner Untersuchungsmethoden wie Massenspektrometrie und Kryoelektronenmikroskopie.

Red.

Weitere Informationen unter
www.ultrastrukturnetzwerk.de

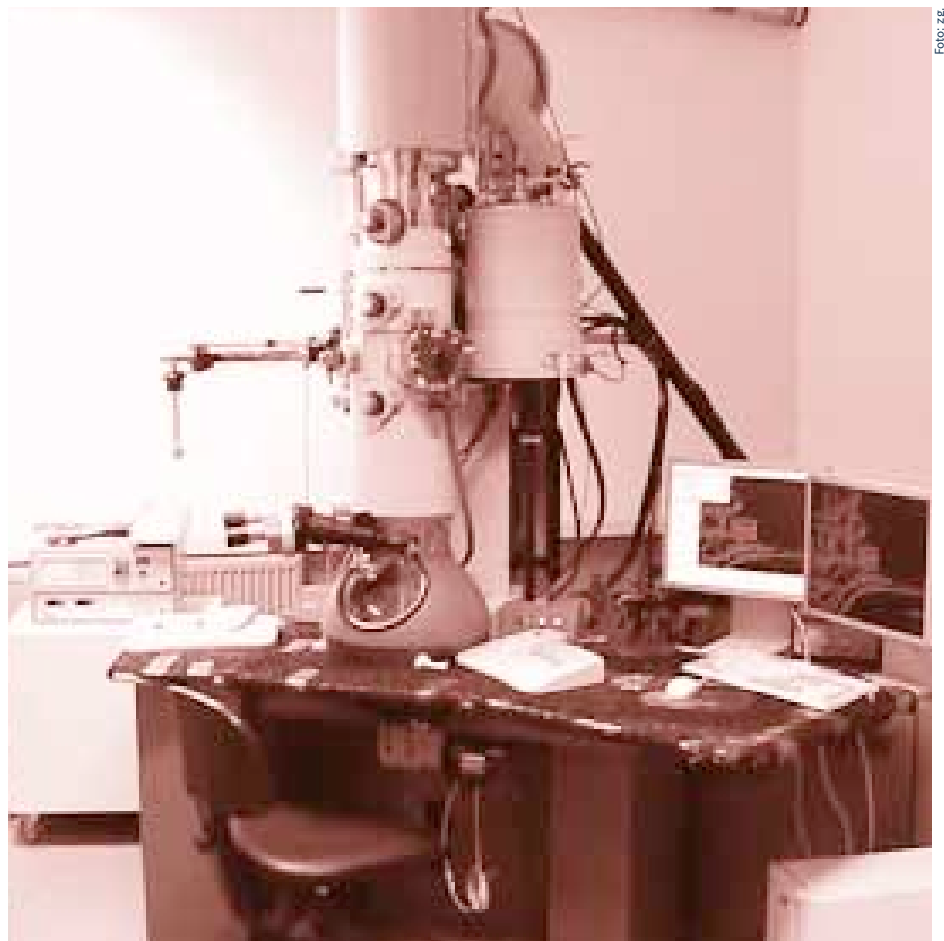


Foto: zfg

Hochmoderne Untersuchungsmethoden: Kryoelektronenmikroskopie.

Informationen zur Forschungsförderung

VolkswagenStiftung

European Foreign and Security Policy Studies

Das Gemeinschaftsvorhaben von Compagnia di San Paolo in Turin, Riksbankens Jubileumsfond in Stockholm und VolkswagenStiftung ist das erste koordinierte Forschungs- und Ausbildungsprogramm europäischer Stiftungen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Insgesamt werden in den nächsten vier bis fünf Jahren etwa 80 bis 100 Nachwuchskräfte aus verschiedenen Disziplinen in das Programm aufgenommen. 500.000 Euro pro Jahr stellt jede der drei Stiftungen für das gemeinsame Engagement zur Verfügung. Bewerbungsschluss ist der 30. Sept. 2004.

Weitere Infos unter

www.volkswagenstiftung.de

Förderinitiative Geisteswissenschaften

Unter dem Link www.dfg.de/info_wissenschaftler/gw/index.html erhalten Geistes- und Sozialwissenschaftler einen Überblick über die DFG-Förderprogramme sowie Hinweise auf fachspezifische Instrumente und Initiativen, die zur Umsetzung eines Forschungsvorhabens genutzt werden können. Darüber hinaus werden auf diesen Seiten fachbezogene, aktuelle Nachrichten aus dem Umfeld der DFG und ihrer Geschäftsstelle angeboten.

DFG-Forschungszentrum

Die DFG beabsichtigt, 2005 ein weiteres DFG-Forschungszentrum einzurichten. Zu den Themen Regenerative Therapien und Kognitive Technische Systeme können deutsche Hochschulen ab sofort Bewerbungskonzepte einreichen. Sie müssen bis zum 17. Sept. bei der DFG eingegangen sein.

Dezernat 1, Forschungsangelegenheiten, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Kerstin Schweigel, Tel.: 0331/977-1529,

E-Mail: schweige@rz.uni-potsdam.de

Internet: www.uni-potsdam.de/u/forschung/national/wissnawuchsch.htm

Dezernat 1, Forschungsangelegenheiten, Forschungsförderung

Dr. Norbert Richter, Tel.: 0331/977-1778,

E-Mail: richter@rz.uni-potsdam.de

Internet: www.uni-potsdam.de/over/forschgd.htm

Marie Curie Aktionen

Zurzeit wird das neue Arbeitsprogramm für alle zwölf Maßnahmen im Marie Curie Programm des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU erarbeitet. Generell ist mit zwei Einreichfristen, beginnend im November 2004 bis zum Frühjahr 2006 zu rechnen.

Weitere Infos unter

http://europa.eu.int/comm/research/fp6/mariecurie-actions/indexhtm_en.html

Wissenschaft und Gesellschaft

Insgesamt steht ein Budget von 6,4 Mio. Euro im Bereich „Wissenschaft und Gesellschaft“ des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU zur Verfügung. Projektvorschläge können bis zum 30. Sept. 2004, 17.00 Uhr zu folgenden Themen eingereicht werden: „Stärkung der Handlungskompetenz und Mobilisierung von Wissenschaftlerinnen und öffentliche Diskussion“, „Botschafter für Frauen und Wissenschaft“, „Gender-Forschung“ und „Praktische Hilfsmittel zur Einbeziehung dieser Thematik in alle Bereiche“.

Weitere Infos unter

<http://fp6.cordis.lu/fp6/calls.cfm>

Dezernat 1, Internationale Forschungs-kooperation

Dr. Regina Gerber, Tel.: 0331/977-1080,

E-Mail: rgerber@rz.uni-potsdam.de

Internet: www.uni-potsdam.de/u/forschung/internat/index.htm

Alle Informationen finden Sie auf der Seite Ausschreibungen (international):

www.uni-potsdam.de/db/fai/fristen.php

oder über die Seite Forschung:

www.uni-potsdam.de/over/forschgd.htm

Anzeige

Berliner Samenbank GmbH



Lagerung von:

- Samen und Spendersamen
- befruchteten Eizellen (nach IVF)

Telefon (030) 301 88 83 - Kronenstraße 55-58 - 10117 Berlin-Mitte

www.Berliner-Samenbank.de

She-Study Award

Der „Shell She-Study Award“ für Wissenschaftlerinnen und Studentinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wird in diesem Jahr zum achten Mal ausgeschrieben. Bis zum 30. September können junge Akademikerinnen ihre Studienarbeiten rund um Mineralöl, Erdgas, Chemie und erneuerbare Energien einreichen. Es locken Förderpreise von insgesamt 8.500 Euro. Zugelassen sind Dissertationen, Diplom- und Studienarbeiten, die nicht älter als zwei Jahre und bis zum 31. Juli 2004 abgeschlossen sind.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.shell-she-study-award.net und bei Sabine Balsler Tel.: 040/6324-6409. Red.

Innovationspreis ausgeschrieben

Der Wettbewerb um den Innovationspreis Berlin/Brandenburg 2004 hat begonnen. Mit dem Preis werden herausragende Produkt-, Dienstleistungs- und Verfahrensinnovationen prämiert. Ausgelobt wird der Innovationspreis vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin, Harald Wolf, und dem Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Ulrich Junghanns. Der Preis wird in Berlin seit 1984 jährlich verliehen, seit 1992 gemeinsam mit dem Land Brandenburg. Maximal fünf Preisträger werden ausgewählt. Sie erhalten eine Skulptur, eine Urkunde sowie eine Geldprämie. Darüber hinaus werden die Preisträger durch vielfältige öffentlichkeitswirksame Maßnahmen gefördert.

Teilnahmeunterlagen können angefordert werden bei Golz + Friends GmbH, Tel.: 030-77008993, Köpenicker Straße 154a, 10997 Berlin oder unter www.innovationspreis.de Red.

Doctor Europeus

José A. Rodríguez-Quiles y García ist ein Jahr lang Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am Institut für Musik und Musikpädagogik der Universität Potsdam

Er selbst hatte nie Musikunterricht in der Schule; in Spanien wurde der erst Anfang der neunziger Jahre per Gesetz eingeführt; selbst heute müssen die meisten Musiklehrer um halbwegs akzeptable Unterrichtsbedingungen kämpfen. Vielleicht interessiert er sich gerade deshalb besonders für die schulische Vermittlung und Aneignung von Musik. An mehreren Potsdamer und Berliner Schulen untersucht er anhand von Fallstudien die Musikunterrichtspraxis und versucht durch Interviews mit Lehrern und Schülern mehr über den Musikunterricht in Deutschland zu erfahren.

Rodríguez-Quiles beschäftigte sich in seiner Promotion mit der Lehrpraxis, nachdem Musik endlich zum Pflichtfach an den Schulen avancierte. Den Musikunterricht selbst sieht er als große Chance, etwas über andere Kulturen zu erfahren. Als Vorstandmitglied der Europäischen Arbeitsgemeinschaft Schulmusik (E.A.S.) interessiert den Forscher nunmehr die Musikpädagogik im Kontext Europas, insbesondere der Vergleich von deutscher und spanischer Schulmusik. „Ich erlebe hier viel Begeisterung bei den Kindern im Musikunterricht. Die Lehrer, die ich bisher kennen gelernt habe, nehmen sich viel Freiheit bei ihrer Methoden- und Inhaltwahl. Die spanischen Musiklehrer dagegen sind mehr auf der Suche nach neuen Ideen, da sie selber das Curriculum aufbauen müssen, ein „Curriculum von unten“ quasi. Nicht nur der interkulturelle Unterricht hat bei uns kaum Tradition, die Musikpädagogik generell ist ein noch wenig bestelltes Feld.“ Trotzdem, so Rodríguez-Quiles, könne man hier von der spanischen Musik einiges lernen, beispielsweise im Bereich der Volksmusik, die ein außergewöhnlich breites Spektrum habe. Längere Zeit in Deutschland zu sein und zu arbeiten, war immer ein Traum von Rodríguez-Quiles. Im Jahre 1965 in Santa Fe bei Granada geboren und in einem musikalischen Elternhaus aufgewachsen - der Vater ist Flamenco-Gitarrist, der Großvater war Geiger - erlernte der Sprachenliebhaber Rodríguez-Quiles im Alter von zweiundzwanzig Jahren die deutsche Sprache. Sein Interesse für die deutsche Kultur allerdings wurde früh und maßgeblich von großen Kom-



Humboldtstipendiat Rodríguez-Quiles: „Alles, was schwierig ist, begeistert mich.“

ponisten wie Beethoven oder Schubert geprägt. Vertonungen von Heine und Schiller-Gedichten taten ihr übriges. „Ich wollte irgendwann die Texte verstehen. Ich ahnte auch, wie schwierig das werden würde, aber alles was schwierig ist, begeistert mich.“ Mit sieben Jahren begann er am Konservatorium in Granada Klavier und Querflöte zu spielen. Später studierte er neben Musik noch Mathematik, Musikwissenschaft und Pädagogik. Auch die begreift er wie die Musik als eine Art Sprache, als Code. Rodríguez-Quiles y García ist „doctor europeus“, der erste europäische Doktor im Bereich Musik überhaupt. „Das war eher Zufall, es hat sich einfach so ergeben. Man muss dafür mindestens ein halbes Jahr im Ausland geforscht haben. Bei mir war es Berlin. Die Gutachter müssen aus drei verschiedenen Ländern kommen und die Disputation muss international und auf zwei Sprachen geführt werden.“ Im Jahre 1987 wird der Messiaen- und Boulez-Verehrer Dozent für Musiktheorie an der Musikhochschule Granada. Ab 1992 unterrichtet er Musikpädagogik und Musikdidaktik an der dortigen Universität. Im Jahre 2002 bewirbt er

sich für ein Humboldt-Stipendium, erhält es, und reist ein Jahr später nach Berlin zur Universität der Künste, um seine Forschungen aufzunehmen. Seine Betreuerin dort ist Professor Birgit Jank, die ihn mit ihrem Ruf an die Universität Potsdam hierher bringt. Er schätzt das Arbeitsklima am hiesigen Institut und hält vor gut zwanzig Studierenden Seminare zum interkulturellem Musikunterricht mit dem Schwerpunkt Spanische Musik. Für Rodríguez-Quiles ist ein guter Musiklehrer jemand, der die sogenannten musikalischen „Teilkulturen“ der Schüler respektiert, jemand, der nicht die eigene musikalische Kultur zum Maß der Dinge macht. „Das Wichtigste ist, offen zu bleiben für alle möglichen Stilrichtungen“, sagt der polyglotte Musiker, der zur Zeit in Berlin-Tiergarten lebt. Als Opernfan weiß er natürlich die Einmaligkeit der drei Berliner Opernhäuser zu schätzen und ist überrascht, das die Berliner dem Flamenco ein eigenes Festival widmen. In dieser Beziehung fühlt sich Rodríguez-Quiles y García ein klein wenig wie zu Haus.

tp

Mit Blick von außen

Beeindruckt von Potsdamer Lehrerbildung



Mitte Mai weilte Prof. Dr. Viktor Jakupec von der University of Technology Sydney/Australien am Institut für Arbeitslehre/Technik. Er arbeitet mit Wissenschaftlern der Universität Potsdam an einem Lehrerbildungsprojekt in Vietnam sowie an einem Modellversuch zur Qualifizierung von Seiteneinsteigern für das

Mit internationaler Biografie:

Prof. Dr. Viktor Jakupec.

Berufsbildende Schulwesen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Portal befragte ihn zu seinen Eindrücken von der Potsdamer Lehrerbildung.

Woraus erwächst das Interesse eines australischen Hochschullehrers an der Reform der Lehrerbildung in Deutschland?

Jakupec: Forschungsarbeit auch im Bildungswesen schließt vergleichende Untersuchungen unterschiedlicher Bildungskonzepte zwingend ein. Darüber hinaus bin ich ein Mensch mit internationaler Biografie. Nach dem Studium in Wien wanderte ich nach Australien aus, wo ich das Diploma of Teaching, später den Bachelor und Master of Education erwarb. An der Fernuniversität Hagen promovierte ich. Meinen Arbeitsschwerpunkt bildet die Gestaltung von Fernstudiengängen. Durch diese Arbeit wurde ich mit der Leitung verschiedener internationaler Projekte, vor allem im asiatischen Raum, betraut.

Was interessiert Sie speziell an der Lehrerbildung in Potsdam?

Jakupec: In den Jahren 2000/2001 leitete ich ein Lehrerbildungsprojekt der Asiatischen Entwicklungsbank in Hanoi. Die vietnamesische Regierung hatte zugleich ein weiteres Lehrerbildungsprojekt international ausgeschrieben, an dem die Universität Potsdam beteiligt ist. Meine Kollegen in Australien und ich sind der Meinung, dass das Potsdamer Modell der Lehrerbildung einen der wichtigsten Beiträge zu den verschiedenen Projekten leistet. Abgesehen davon haben die Universität Potsdam und die

TU Sydney eine über Jahre hinweg bestehende Kooperation, die wir weiter fördern möchten. Am Potsdamer Modell der Lehrerbildung beeindruckt mich zum Beispiel die frühzeitige und durchgängige Theorie-Praxis-Verschärfung, aber auch die relativ umfassende erziehungswissenschaftliche Fundierung mit einem breiten psychologischen Anteil. Darüber hinaus finde ich den Ansatz des forschenden Lehrens in den Fach- und Erziehungswissenschaften sowie die Festlegung von Mindeststandards in den Fachdidaktiken interessant.

Sie möchten bei weiteren Bildungsprojekten mit der Universität Potsdam kooperieren. An welche Projekte denken Sie?

Jakupec: Wir wollen uns gemeinsam um weitere Projekte der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank bewerben. Den Schwerpunkt wird hier die Bildungsreform in Vietnam, eventuell auch in China, Sri Lanka und den Malediven bilden.

Die Universität Potsdam wird die Lehrerausbildung umgestalten und Bachelor- und Masterstudiengänge einführen. Wie bewerten Sie die aktuellen Reformbemühungen?

Jakupec: Die Universität ist gut beraten, zügig an der Einführung konsekutiver Studiengänge zu arbeiten. Die Frage der Gleichsetzung mit Ländern, welche traditionell Bachelor- und Masterstudiengänge anbieten, müsste jedoch genauer betrachtet werden, damit die hohe Qualität der Bildung nicht unter der vereinfachten Gleichstellung der Potsdamer Qualifikation leidet. Die Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse ist eine konsequente Reaktion auf die starke Lehrerbildung in Potsdam. Das Rahmenmodell bietet die Chance, die Innovationen des Potsdamer Modells zu konsolidieren. Fraglich bleibt für mich, inwieweit eine zweite Phase der Lehrerbildung notwendig sein wird. Hier gehen die Deutschen nach wie vor einen Sonderweg. Wenn Studienzeiten verkürzt werden sollen, bieten sich hier klare Potenziale. Die Integration der personellen Ressourcen der zweiten Phase in den Masterstudiengängen würde Synergien erschließen und vor allem die Praktikumsbetreuung intensivieren können.

Wie sehen Sie die internationale Anerkennung der Potsdamer Bachelor- und Masterstudiengänge?

Jakupec: Die Regelungen liegen im Rahmen der internationalen Vergleichbarkeit. Die starke Fokussierung der Studiengänge auf das Berufsfeld Schule erfordert Regelungen, die es ermöglichen, dass die Studierenden, die es wünschen und die die Voraussetzungen erfüllen, auch den Mastergrad erreichen können. Ansonsten wird die Anerkennung der Abschlüsse durch den Arbeitsmarkt geregelt. Die internationalen Qualitätsrahmen sind auch weiterhin unterschiedlich. Dadurch steht die Qualität im Mittelpunkt der internationalen Anerkennung. Da die Universität Potsdam international anerkannt ist, kann ich keine Schwierigkeiten bei der Anerkennung der Potsdamer Studienabschlüsse in der Zukunft erkennen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Michael Lemke Honorarprofessor

Dr. Michael Lemke

wurde zum Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam bestellt. Damit wird sein Einsatz in der Lehre und sein Verdienst um die Juristenausbildung an der Universität Potsdam gewürdigt.

Michael Lemke wurde 1944 in Spremberg geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in München und Münster. 1972 promovierte er in Münster. Seit 1991 arbeitet er als Ministerialdirigent und Leiter der Strafrechtsabteilung im brandenburgischen Justizministerium. In seiner Funktion als Vorsitzender der Prüfungskommission für die Erste Juristische Staatsprüfung ist er seit 1994 Mitglied des Justizprüfungsamtes in Brandenburg. Der Jurist ist Autor einer Vielzahl von rechtswissenschaftlichen Veröffentlichungen.



Fotos: Privat

„Turbulente“ Forschung zahlt sich aus

Karl-Scheel-Preis für Physiker Markus Abel

Fotos: Fritze



Markus Abel

Dr. Markus Abel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Physik der Universität Potsdam, erhielt am 14. Mai den diesjährigen Karl-Scheel-Preis der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin. Mit der Auszeichnung, die mit 5000 Euro dotiert ist, würdigt die Gesellschaft

Abels Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Nichtlinearen Dynamik. Markus Abel beschäftigt sich vor allem mit Fragestellungen aus der Turbulenzforschung. Er nutzt Methoden der Nichtlinearen Dynamik und der statistischen Physik, um die Ausbreitung turbulenter Strömungen und den Stofftransport darin zu verstehen und zu analysieren. Turbulente Systeme finden sich in vielen Bereichen, sei es bei der Sternentstehung oder in den Magnetfeldern von Erde und Sonne, bei der Klimaforschung oder der Ozeanographie, aber auch in der Fahrzeugtechnik oder bei der Bildung von Wellenmustern am Sandstrand. An diesem Beispiel konnte Abel zeigen, wie aus experimentellen Daten eine so genannte Ordnungsparametergleichung zur Beschreibung von Strukturbildungsprozessen bestimmt werden kann. Sandkastenspiele sind das keineswegs. Ähnliche Verfahren sollen nun eingesetzt werden, um Verbrennungsprozesse in Motoren zu optimieren oder Prozesse des Algenwachstums zu verstehen. Letzteres dient nicht nur einer Ertragssteigerung bei Aquakulturen, sondern trägt auch zu einem detaillierten Verständnis der Kohlendioxid-Aufnahme in den Ozeanen bei.

Daneben entwickelte Markus Abel eine neue Methode zur Beschreibung und Charakterisierung von turbulenten Feldern, die so genannte „exit-time“ Statistik. In seinen aktuellen Forschungsprojekten werden die theoretischen Ansätze weiterentwickelt und angewandt. Gemeinsam mit Ingenieuren arbeitet Abel an der Optimierung von Strömungen im Bereich des Fahrzeugbaus. Allein dort könnten mit optimaler Ausrichtung der Tragflächen schätzungsweise bis zu 20% Treibstoff eingespart werden.

Mit Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Plasmaforschung in Garching untersucht er Energie- und Stofftransport in so genannten Fusionsplasmen. Das sind extrem heiße Gase, in denen durch Kernverschmelzung riesige Energiemengen kontrolliert freigesetzt werden können. Sie sollen das Herzstück von Fusionsreaktoren bilden, die als zukünftige Energiequellen dienen könnten. Diese würden ohne Kohlendioxid-Erzeugung und mit geringerer Freisetzung von Radioaktivität als heutige Kernkraftwerke arbeiten.

Markus Abel, 1968 in St. Ingbert geboren, studierte Physik und Mathematik an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken und an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Seine Promotion, die er 1999 beendete, führte er im Rahmen eines Stipendiums der Max-Planck-Gesellschaft an der Universität Potsdam durch. Nach einem zweijährigen Aufenthalt an der Universität „La Sapienza“ in Rom/Italien kehrte Abel nach Potsdam zurück, er nun als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Physik tätig ist, unter anderem als Projektleiter im Rahmen der Turbulenzinitiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Ursula Resch-Esser

Merle erhielt Europaurkunde



Die brandenburgische Europaministerin Barbara Richstein ehrte den Juristen Prof. Dr. Werner Merle für seine Verdienste beim Aufbau von Kooperationsbeziehungen zu europäischen Hochschulen mit der Europaurkunde

2004. Der Ausgezeichnete initiierte und entwickelte den integrierten deutsch-französischen Studiengang Rechtswissenschaften mit der Universität Paris X-Nanterre sowie einen Studiengang für deutsches und europäisches Wirtschaftsrecht an der Universität Szeged/Ungarn. Werner Merle ist seit 1993 als Hochschullehrer an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam tätig.

be

Ette berufen ins Wissenschaftskolleg

Als erster Wissenschaftler der Uni Potsdam wurde Prof. Dr. Ottmar Ette vom Institut für Romanistik an das internationale Berliner Wissenschaftskolleg berufen. Ziel des Wissenschaftskollegs ist es,



herausragenden Wissenschaftlern die Chance zu bieten, sich auf ihre selbst gewählten Forschungsarbeiten zu konzentrieren und Anregungen aus anderen Disziplinen und unterschiedlichen nationalen Wissenschaftstraditionen aufzunehmen. Die Forschung Ettens soll auf seinem kürzlich erschienenen Buch „Überlebenswissen“ aufbauen. Darin untersucht er unter anderem, wie Literatur in Zeiten der Not helfen kann.

Red.

Grözinger Fellow

Prof. Dr. Karl E. Grözinger, Geschäftsführender Direktor des Kollegiums Jüdische Studien und des Instituts für Religionswissenschaft der Universität Potsdam, ist von



September 2004 bis Anfang März 2005 Fellow am Jerusalemer „Institute for Advanced Studies“. Das weltweit angesehene Institut ist das nationale „Wissenschaftskolleg“ Israels und der Jerusalemer Hebräischen Universität angegliedert. Die Forschergruppe, in der Karl E. Grözinger arbeiten wird, widmet sich dem Thema „Literary Dimensions of Medieval Jewish Religious Discourse“. Die Mitglieder der Forschergruppe, die außerdem aus Israel, den USA, Großbritannien und Frankreich kommen, sind Spezialisten der Kabbala-Forschung, der jüdischen Folklore und der Literaturwissenschaft. Im Einzelnen werden Orte, Weisen, Hermeneutik, Deutungen und Ursachen der Verflechtung von Religion und Literatur untersucht.

Red.

Graduierungen online

Informationen über Promotionen und Habilitationen finden sich nur in der Online-Version von „Portal“ unter: www.uni-potsdam.de/portal/julio4/personalia.htm

Red.

Neu ernannt

Oliver Castendyk bekleidet eine Professur für Öffentliches und Privates Medienrecht in der Juristischen Fakultät. Es handelt sich dabei um eine Stiftungsprofessur. Stifter ist die AGICOA Urheberrechtsschutz GmbH.



Foto: Privat

Der Jurist wurde 1960 in Bremen geboren und studierte von 1980 bis 1984 Jura, Philosophie und Soziologie in Bonn, Frankfurt am Main und London/Großbritannien. Im Jahre 1991 promovierte er an der Ruhruniversität Bochum zum Thema „Rechtliche Begründungen in der Öffentlichkeit – Ein Beitrag zur Rechtskommunikation in Massenmedien“. Anschließend arbeitete er in der Rechtsabteilung der Kirch-Gruppe, wechselte 1992 in die Rechtsabteilung des Fernsehsenders ProSieben. Außerdem bekleidete er ab 1998 Geschäftsführerpositionen bei Tochterfirmen der ProSieben-Gruppe, unter anderem bei der Filmproduktionsfirma Seven Pictures und der Verwertungsgesellschaft VG Satellit. Seit dem Jahre 2001 ist Oliver Castendyk Direktor des Erich Pommer Instituts in Potsdam. Daneben arbeitet er für die Kanzlei Nörr, Stiefenhofer & Lutz in Berlin. Er ist Mitglied des Präsidiums der Filmförderungsanstalt, des Aufsichtsrates des FilmFernsehFonds Bayern, des Aufsichtsrates der X-Verleih AG, Mitherausgeber der Zeitschrift Multimedia und Recht und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht.



Foto: Fritze

Ralf Engbert erhielt eine Juniorprofessur für Mathematische Modellierung in den kognitiven Neurowissenschaften im Institut für Psychologie der Humanwissenschaftlichen Fakultät. Er wurde

1967 in Oelde geboren und studierte von 1987 bis 1994 Physik an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Anschließend absolvierte er ein Promotionsstudium im Institut für Physik der Universität Potsdam. Seine Dissertation zum Thema „Nichtline-

are Dynamik kognitiv-motorischer Prozesse“ wurde 1998 mit dem Michelson-Preis der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam ausgezeichnet. Der Physiker war anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter beziehungsweise wissenschaftlicher Assistent im Institut für Psychologie der Universität Potsdam tätig. Er arbeitete unter anderem an einem Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft über die Kontrolle von Augenbewegungen mit. Ein Forschungsaufenthalt führte ihn nach Ottawa/Kanada. Zu den derzeitigen Forschungsschwerpunkten von Ralf Engbert gehören mathematische und computationale Modellierung bei der Untersuchung kognitiver Prozesse mit dem Schwerpunkt bei der Aufmerksamkeits-, Blick- und Handsteuerung.



Foto: Fritze

Norbert Gronau hat eine Professur für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät inne. Er wurde

1964 in Oberhausen geboren und studierte Maschinenbau und Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin. Er promovierte 1994 über die Konzeption eines strategierorientierten Führungsinformationssystems zur Entscheidungsunterstützung des Produktionsmanagements am Fachbereich Informatik der TU Berlin. Bis März 2000 leitete er an dieser Universität die Lehr- und Forschungsgruppe Produktionsorientierte Wirtschaftsinformatik am Institut für Wirtschaftsinformatik. In Berlin habilitierte er sich im Jahre 2000 mit dem Thema „Nachhaltige Architekturen industrieller Informationssysteme bei organisatorischem Wandel“ für das Lehrgebiet Wirtschaftsinformatik. Anschließend verwaltete er die Professur für Wirtschaftsinformatik an der Universität Oldenburg, auf die er berufen wurde und die er bis 2004 innehatte. Der Wissenschaftler ist Mit-Herausgeber der Zeitschrift „Industrie Management – Zeitschrift für industrielle Geschäftsprozesse“ und gründete 1998 die Fachzeitschrift „PPS Management – Zeitschrift für Produktionsplanung und -steuerung“ mit. Norbert Gronau ist Autor und Herausgeber zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen

und mehrerer Bücher. Er ist Lehrbeauftragter der Ecole Supérieure des Mines de Nancy in Lothringen/Frankreich für Electronic Business. Im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V. ist er Mitglied der Kommissionen Wirtschaftsinformatik und Produktionswirtschaft und Mitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Arbeits- und Betriebsorganisation (HAB) e.V. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Betriebliches Wissensmanagement und Wandlungsfähige ERP Systeme für das Enterprise Resource Management.

Tobias Lettl wurde auf eine Professur für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht in der Juristischen Fakultät berufen. Er wurde



Foto: Fritze

1968 in Amberg geboren und studierte von 1988 bis 1993 Rechtswissenschaften an den Universitäten Augsburg und München. Nach seinem Referendardienst arbeitete er bis 2001 unter anderem in einer überwiegend wirtschaftsrechtlich ausgerichteten und international tätigen Rechtsanwaltssozietät sowie in der Geschäftsleitung eines mittelständischen Unternehmens. Anschließend war er bis 2003 als wissenschaftlicher Assistent und Habilitand an der Ludwig-Maximilians-Universität München tätig. Im Jahre 1999 promovierte der Jurist an der Universität Augsburg mit der Arbeit „Das Wertrecht der Mitgliedschaft beim Idealverein“. Zum Thema „Der lauterkeitsrechtliche Schutz vor irreführender Werbung in Europa“ habilitierte sich Tobias Lettl 2003 in München. Zu seinen derzeitigen Forschungsschwerpunkten gehören insbesondere europäisches und deutsches Wettbewerbsrecht.



Foto: Fritze

Joachim Ludwig bekleidet eine Professur für Erwachsenenbildung/Weiterbildung und Medienpädagogik im Institut für Pädagogik der Humanwissenschaftlichen Fakultät. Er wurde 1954 in Sulzbach-Rosenberg geboren und studierte von 1976 bis 1981 Erziehungswissenschaft in München.

Anschließend übte er bis zum Jahre 2000 verschiedene Lehr- und Leitungstätigkeiten in der betrieblichen und außerbetrieblichen Bildungs- und Beratungspraxis aus. Parallel zur Berufstätigkeit promovierte er 1990 an der Universität Regensburg zu selbstorganisierten Bildungsprozessen in sozialen Bewegungen. Der Wissenschaftler habilitierte sich 2000 an der Universität der Bundeswehr München zum Thema „Pädagogische Lernendenforschung“. Von 2000 bis 2004 war er Privatdozent an dieser Universität und leitete die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragenen Forschungsprojekte „be-online“ und „Lernender Forschungszusammenhang“. Zu den Forschungsschwerpunkten von Joachim Ludwig gehören die pädagogische Lernendenforschung und didaktische Konzepte zur Lernbegleitung.



Dieter Mersch hat eine Professur für Medienwissenschaft im Institut für Künste und Medien der Philosophischen Fakultät inne. Er wurde 1951 in Köln geboren und studierte von 1970 bis 1976 Mathematik und Philosophie an den Universitäten in Köln und Bochum. Von 1983 bis 1994 arbeitete er als Dozent für Wirtschaftsmathematik an der Universität Köln sowie als freier Autor für verschiedene Rundfunkanstalten der ARD. Der Wissenschaftler promovierte 1993 an der Technischen Universität Darmstadt mit einer Arbeit zum Thema „Ariadne im Labyrinth der Zeichen. Semiotik, Rationalität und Rationalitätskritik bei Umberto Eco“ im Fach Philosophie. Er habilitierte sich ebenfalls an dieser Universität 2000 mit der philosophischen Arbeit „Materialität, Präsenz, Ereignis. Untersuchungen zu den Grenzen des Symbolischen“. Seither war Dieter Mersch an dieser Universität als Privatdozent beschäftigt. Der Wissenschaftler hatte von 2001 bis 2004 eine Gastprofessur für Kunstphilosophie und Ästhetik an der Muthesius-Hochschule für Kunst und Gestaltung, Kiel inne, zuletzt arbeitete er dort als Intendant des Forums für Interdisziplinäre Studien. Zu seinen derzeitigen Arbeitsschwerpunkten gehören Medienphilosophie, Medienästhetik, Semiotik, Sprachphilosophie, Kunstphilosophie, Hermeneutik und

Strukturalismus.

Fotos: Fritze



Heidemarie Sarter wurde auf eine Professur für Übergreifende Fremdsprachendidaktik der Philosophischen Fakultät berufen. Die Professur ist organisatorisch am Institut für Anglistik und Amerikanistik angehängt. Die Wissenschaftlerin wurde 1947 in Göttingen geboren und studierte von 1966 bis 1973 Romanistik, Geschichte und Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin. Heidemarie Sarter arbeitete nach dem Studium unter anderem als wissenschaftliche Assistentin beziehungsweise Hochschulassistentin am Romanischen Seminar der Universität Hannover und erhielt Lehraufträge an der Universität Bremen. Von 1991 bis 2004 war sie als Professorin an der Universität Koblenz-Landau tätig. Von 1997 bis 2000 leitete Heidemarie Sarter das berufs begleitende Weiterbildungsmodellprojekt der Bund-Länder-Kommission „Fremdsprachen in Grund- und Hauptschule: Erweiterungsstudiengänge ‚Englisch‘ und ‚Französisch‘ im Fernstudium“. Im vergangenen Jahr hatte sie eine dreimonatige Gastprofessur an der University of the Witwatersrand in Johannesburg/Südafrika. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Mehrsprachigkeitserwerb und -vermittlung in institutioneller Umgebung.

Wilfried Schubarth erhielt eine Professur für Allgemeine Pädagogik, Erziehungs- und Sozialisationstheorie im Institut für Pädagogik der Humanwissenschaftlichen Fakultät. Er wurde 1955 in Hildburghausen/Thüringen geboren. Von 1975 bis 1979 absolvierte er ein Lehramtsstudium und ein Forschungsstudium an den Universitäten Leipzig, Woronesh und Moskau/Russland. Im Jahre 1982 promovierte er in Leipzig zur Rolle von Fremdsprachen in der Gesellschaft. Von 1986 bis 1993 war der Wissenschaftler als Mitarbeiter im Institut für Jugendforschung Leipzig und im Deutschen Jugendinstitut München tätig. Anschließend arbeitete er



bis 1998 als wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Dresden im Bereich Erziehungswissenschaften. Zum Thema „Analyse und Prävention von Gewalt. Der Beitrag interdisziplinärer Forschung zur Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe“ habilitierte sich Wilfried Schubarth 1998 an der Universität Dresden. Dem schloss sich bis 2003 seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald im Institut für Erziehungswissenschaft an. Der Wissenschaftler arbeitete unter anderem an Forschungsprojekten zu Gewalt an Schulen und zur Schulentwicklung sowie zur Evaluation von Streitschlichterprogrammen (Schulmediation). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören weiter Jugend- und Schulforschung, insbesondere Gewalt und Rechtsextremismus unter Jugendlichen, Jugendentwicklung in den neuen Bundesländern, Präventions- und Evaluationsforschung und Mediation.

Petra Warschburger übernahm eine Professur für Beratungspsychologie im Institut für Psychologie der Humanwissenschaftlichen Fakultät. Sie studierte von 1985 bis 1991 Psychologie an der Universität Trier. Sie promovierte 1995 an der Universität Bremen zum Thema „Psychologie der atopischen Dermatitis im Kindes- und Jugendalter“ und erhielt dafür den Preis für die beste Dissertation. Im Jahre 1998 habilitierte sich die Wissenschaftlerin mit dem Thema „Chronisch kranke Kinder und Jugendliche – Psychosoziale Belastung und Bewältigung“ ebenfalls in Bremen. Die Wissenschaftlerin war unter anderem als wissenschaftliche Mitarbeiterin beziehungsweise als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Klinische Psychologie der Universität Bremen sowie als Hochschuldozentin für Angewandte und Rehabilitationspsychologie an dieser Universität tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Psychologie chronischer Erkrankungen, die Entwicklung und Evaluation von Patientenschulungsprogrammen, Adipositas und Essstörungen.



Rufe

Einen Ruf nach Potsdam haben erhalten:

Prof. Dr. Hartmut Bauer, Technische Universität Dresden, auf die C₄-Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, Sozialrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht in der Juristischen Fakultät.

Prof. Dr. Malcolm H. Dunn, Johann Wolfgang von Goethe Universität Frankfurt a.M., auf die C₄-Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Internationale Wirtschaftsbeziehungen in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

PD Dr. Johann Ev. Hafner, Universität Augsburg, auf die C₄-Stiftungsprofessur für Religionswissenschaft mit dem Schwerpunkt Christentum in der Philosophischen Fakultät.

Prof. Dr. Barbara Höhle, Universität Marburg, auf die C₃-Professur für Psycholinguistik/Spracherwerb im Institut für Linguistik/Allgemeine Sprachwissenschaft in der Humanwissenschaftlichen Fakultät.

Neu im Dezernat 3



Michael Gassert

Dr. Michael Gassert ist neuer stellvertretender Dezernent für Personalangelegenheiten, Referatsleiter Personalhaushalt und -bewirtschaftung, Stellenausschreibungen, DV-Koordination. Er löst Eveline Nünchert im Amt ab.

Die langjährige Mitarbeiterin nimmt die Freistellungsphase der Altersteilzeit in Anspruch. Michael Gassert hat ein Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Lüneburg absolviert. Anschließend war er bei der KPMG-DTG Hamburg in der Sanierungsberatung tätig und hat als Berater für die arf-Gesellschaft für Organisationsentwicklung im Land Niedersachsen an der Entwicklung des Landesreferenzmodells für die Einführung einer Kosten und Leistungsrechnung im Auftrag des Finanzministeriums mitgearbeitet. Außerdem war er Dozent für Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik an der Fern-Fachhochschule Riedlingen. *Red.*

Dr. Christina Kauschke, Freie Universität Berlin, auf die Junior-Professur für Spracherwerbsstörungen in der Humanwissenschaftlichen Fakultät.

PD Dr. Hansruedi Maurer, Eidgenössische Technische Hochschule Hoenggerberg, Zürich/Schweiz auf die C₃-Professur für Angewandte Geophysik im Institut für Geowissenschaften in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Einen Ruf hat abgelehnt:

Prof. Dr. Florian J. Schweigert, Universität Potsdam, auf die C₄-Professur für Tierernährung, Ernährungsschäden und Diätetik an die Universität Leipzig.

Einen Ruf hat erhalten:

Dr. Katja Tielbörger, Universität Potsdam, auf eine C₃-Professur für Vegetationsökologie an der Universität Tübingen.

Promotionspreis 2004

Der mit 2.500 Euro dotierte Promotionspreis 2004 der Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft (BWG) geht in diesem Jahr zu gleichen Teilen an Dr. Andrea Scheepers und Dr. Slobodan Ruzicic, die ihre Doktorarbeiten an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam angefertigt haben. Mit der Auszeichnung würdigt die Gesellschaft exzellente Arbeiten junger Wissenschaftler auf dem Gebiet der Biotechnologie und Gendianagnostik.

Slobodan Ruzicic wird für seine herausragenden Untersuchungen zu pflanzenspezifischen Regulatorproteinen geehrt. Das Projekt wurde in der Arbeitsgruppe Molekularbiologie von Prof. Dr. Bernd Müller-Röber an der Universität Potsdam durchgeführt.

Andrea Scheepers erhält den Promotionspreis für ihre Arbeit zur Funktion von Proteinen, die am Transport von Glukose in die Zellen von Säugetieren beteiligt sind. Die Geehrte fertigte ihre Arbeit in der Abteilung Pharmakologie von Prof. Dr. Hans-Georg Joost am Deutschen Institut für Ernährungsforschung in Bergholz-Rehbrücke an. *be*

Jann im Beirat der Bundesakademie

Prof. Dr. Werner Jann von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist in den Beirat der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern berufen worden. Diese Bundesakademie ist Träger der zentralen Fortbildungsmaßnahmen der Bundesregierung. *Red.*



Foto: Fritze

Preis für Wolfgang Wagner

Für seinen Vortrag über die „Simulation von Segregationsprozessen in Städten“ wurde Dr. Wolfgang Wagner aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam der Edwin-von-Böventer-Preis der Gesellschaft für Regionalforschung zuerkannt. Er erhält damit eine finanzielle Unterstützung für eine internationale Konferenzteilnahme.

Wolfgang Wagner studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Anschließend arbeitete er im Bereich Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie an der Universität Potsdam. Im Rahmen eines Drittmittelprojektes untersuchte er die Siedlungsstrukturen der privaten Haushalte in Potsdam. In diesem Jahr promovierte er zum Thema „Stadtstruktur und Segregation“.

Die Gesellschaft für Regionalforschung (GfR) ist die deutschsprachige Sektion der 1954 gegründeten Regional Science Association. Sie hat inzwischen 3.000 Mitglieder in fast 50 nationalen und internationalen Sektionen. Die deutschsprachige Sektion wurde 1963 in Heidelberg mit dem Ziel gebildet, über Landes- wie Disziplinergrenzen hinweg und ohne politische oder Erwerbsinteressen die Forschung zu regionalen Problemen zu fördern. Der Preis ist Edwin von Böventer gewidmet, dem bedeutendsten deutschen



Foto: Privat

Verhandeln ist ihr Job

Christina Schäfer ist die Referatsleiterin für Zentrale Beschaffung

Ihr Traumberuf war Innenarchitektin. Später wollte sie wegen ihrer Affinität zur Psychologie Lehrausbilderin werden. Stattdessen lernte sie in Babelsberg Bürokauffrau und wurde später in Potsdam Ingenieurökonomin für Finanzwirtschaft. Sie hat zu DDR-Zeiten in der Potsdamer Staatsbank gearbeitet und war unter anderem in der Wirtschaftskontrolle des Autowerks Ludwigsfelde tätig. Sie war Sekretärin im Rektorat der Pädagogischen Hochschule, dann der neugegründeten Universität Potsdam, wurde über kleine Umwege Sachgebietsleiterin für wissenschaftliche Geräte, Information- und Kommunikationstechnik sowie Laborbedarf und war so am Aufbau des Referats Beschaffung beteiligt. Mittlerweile geht sämtliche Post des Referates über ihren Tisch, die sie für ihre elf Kollegen und deren Sachgebiete vorsortiert. Die Gesamtausstattung der Universität Potsdam, ob Büromöbel und -materialien, wissenschaftliche Geräte, Video- oder Computertechnik, Papier, Arbeitsschutzmaterialien oder Chemikalien, wird von ihrem Bereich angeschafft.



Foto: Fritze

Christina Schäfer: „Wenn ich es verstehe, versteht es der Rechnungsprüfer auch.“

Die 1959 in Beelitz geborene und heute in Golm lebende Mutter zweier Söhne liebt ihre Arbeit. Sie versteht sie als Dienstleistung. Freundlichkeit ist dabei ein Prinzip, Genauigkeit ein anderes. Kritik an der Arbeit ihres Bereichs, sagt sie, soll bei ihr ankommen. Sie weiß, dass sie ein gutes Team hat, vor das sie sich schützend stellt, die Auszubildenden inbegriffen. Blitzableiter sei sie manchmal, doch das gehöre dazu. Aber „in den letzten zwei Jahren haben wir das Klischee der sturen Verwaltung, mehr und mehr abgebaut. Das Verständnis für unsere Arbeit ist gewachsen, das Verhältnis zwischen Bedarfs- und Beschaffungsstelle besser geworden.“

Die Beschaffungsrichtlinien sind streng, die Verwendung öffentlicher Gelder, auch von Drittmitteln, unterliegt straffer Kontrolle. Für den Anwender ist nicht immer alles nachvollziehbar; manchmal ist genauestens definiert, was er kaufen kann und was nicht. Wertgrenzen legen fest, welche Vergabeverfahren seitens der Beschaffungsstelle einzuleiten sind. Die Wertgrenze für freihändige Verfahren, die also nicht über das Referat Beschaffung laufen müssen, liegt bei 250 Euro. Um Bürokratie

abzubauen, würde Schäfer sie gerne anheben.

Ab einem Wert von 2.500 Euro muss ausgeschrieben werden. „Wenn wir Pech haben, geht aber jemand zu Vobis und kauft selbst für 5.000 Euro Rechner-technik ein.“ Damit sich die Professoren intensiver mit Beschaffungsrichtlinien und Vergabepraktiken befassen, bietet sie seit einiger Zeit Schulungen an und sorgt damit für mehr Aufklärung und Transparenz.

Erklärungen vor Ort

Vorlagen über Verstöße gegen die Einhaltung der Richtlinien muss sie trotzdem immer wieder schreiben. „Die Professoren begründen ihren Antrag ja rein wissenschaftlich. Da ich keine Wissenschaftlerin bin, fallen mir natürlich viele Fragen ein. Deshalb lasse ich mir die Zusammenhänge oft vor Ort erklären.“ Sie legt Wert auf einen engen Kontakt zu den Professoren. Und sie verhandelt viel. „Das Preiswerteste ist nicht immer das Wirtschaftlichste. Eine wissenschaftlich-technische Begründung kann durchaus eine teurere Anschaffung nach sich ziehen. Nur muss ich es verstehen. Und

wenn ich es verstehe, versteht es der Rechnungsprüfer auch.“

Die begeisterte Leserin historischer Romane und Hobby-Seidenmalerin überprüft Wirtschaftlichkeit und Kompatibilität der Neuschaffungen, aktualisiert Beschaffungsrichtlinien, liest Gesetzestexte, schreibt Begründungen, Verfügungen und Stellungnahmen für diverse Vergabeverfahren und achtet auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Das Ausschreibungsprozedere selbst unterliegt einem strengen Reglement und ist manchmal kompliziert. Bei Alleinbietern bestimmter Produkte beispielsweise sei es wichtig zu wissen, ob Patente vorliegen, weil dann andere Vergabeparagraphen zur Geltung kämen. „Wenn ich sehe, was die Wissenschaftler so alles beantragen, womit sie sich ausrüsten, scheint es um das Forschungsprofil der Uni Potsdam nicht schlecht bestellt zu sein“, so Schäfer. Ihre Freude und ihren Stolz, einen gewissen Anteil daran zu haben, verbirgt sie keineswegs.

tp

Die Freiheit zu denken

Potsdam hat seine Bewerbung als Kulturhauptstadt 2010 eingereicht

Foto: Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH



Unterstützung gefragt: „Schirmherren“ für Potsdams Bewerbung.

„Stell Dir vor...Potsdam weckt Visionen“ – mit diesem Slogan geht die brandenburgische Landeshauptstadt ins Rennen um den Titel als Kulturhauptstadt Europas 2010. Am 30. Juni 2004 wurde die Bewerberschrift ans Auswärtige Amt übergeben.

Potsdam, eingebettet in die herrliche Seen- und Waldlandschaft gehört zweifelsohne zu den schönsten Städten Deutschlands. Hier verwirklichten brandenburgische Kurfürsten und preußische Könige mit Hilfe ihrer Architekten und Landschaftsgestaltern ihre Träume. Visionen von europäischem Ausmaß wurden in dieser Landschaft realisiert. Die Stadt wurde zu einem Schmelztiegel europäischer Gedanken und Projekte. Die drei bedeutendsten sind Landschaftsgestaltung, Baukultur und später die Filmwelt. Diese drei Faktoren, die Potsdam weltweit einzigartig machen, stehen im Mittelpunkt der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010. Die Schirmherrschaft haben die Potsdamer übernommen, die eng verbunden sind mit dem Kulturerbe, das Grundlage für neue Ideen und Visionen ist: Potsdam, ein Ort, an dem nicht nur in der Vergangenheit Visionen entstanden, sondern aus der Vergangenheit heraus auch heute noch entstehen. So baut sich Potsdam auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2010 ein neues Theater und gleichzeitig entsteht in der Schiffbauergasse ein ganz neuer Kulturstandort, der als

besondere Symbiose von Kunst und Wirtschaft gilt.

Auch mit der einzigartigen Wissenschaftszene kann Potsdam punkten: Wissenschaftswunder in einmaliger Kulisse auf dem Telegrafenberg sowie Einrichtungen am Neuen Markt wie das Deutsche Kulturforum östliches Europa oder das Forschungszentrum Europäische Aufklärung spielen bei der Bewerbung eine Rolle. Forschung hat in Potsdam seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Tradition. Über 4000 Wissenschaftler an rund 50 Forschungsinstituten arbeiten und forschen heute in Potsdam. Unter anderem wird auf einem der drei Max-Planck-Institute auf dem Forschungscampus Golm in einer weltweit einzigartigen Vereinigung verschiedener Forschungszweige im Geiste Albert Einsteins nach der „Weltformel“ gesucht, die Mikro- und Makrokosmos vereint. Und Projekte von und mit Studierenden werden auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2010 eine besondere Rolle spielen.

Künstlerische Projekte von internationalem Renommee überzeugen ebenfalls in der brandenburgischen Landeshauptstadt: Ob die preisgekrönten Potsdamer Tanztage oder die seit Jahrzehnten etablierten Musikfestspiele Potsdam Sanssouci, das viel beachtete Off-Theater-Festival „Unidram“ oder das anerkannte Studierenden-Filmfestival „Sehsüchte“.

Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2010 steht jedes einzelne Jahr unter einem bestimm-

ten Thema: 2004 Parks und Gärten, 2005 Lebendige Stadt, 2006 Architektur, 2007 Film und Neue Medien, 2008 Bildende Kunst, 2009 Jugend in Aktion und 2010 Europäische Visionen. Eines der geplanten Projekte im Kulturhauptstadtjahr ist die Ausrichtung des europäischen Filmfestivals, die eine ideale und einzigartige Symbiose zwischen der Filmkunst von Babelsberg und der Musiktradition Potsdams darstellt.

„Potsdam war stets und ist auch heute eine Stadt, die agiert. Die Fähigkeit, nach vorn zu blicken, ohne die Vergangenheit zu ignorieren, das Fremde aufzunehmen, ohne das Eigene zu verlieren, Neues zuzulassen, und Bewährtes beibehalten, die Freiheit zu denken – das zeichnet die Bürgerinnen und Bürger von Potsdam aus“, heißt es in der Potsdamer Bewerberschrift.

Natalie Gommert,
Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH

Weitere Informationen sind unter
www.potsdam2010.com erhältlich.

Drachenboot zu mieten

Das Drachenboot des Zentrums für Hochschulsport ist endlich angekommen und wurde auf den stolzen Namen „Campus Dragon“ getauft. Im Boot können 14 bis maximal 20 Personen paddeln. Ein Trommler gibt den Takt vor. Der Steuermann wird vom Zentrum für Hochschulsport organisiert.

Buchungen sind unter <http://141.89.83.11/hssport/webpage/bootsausleihe.html> möglich.

Red.



Foto: Zentrum für Hochschulsport

Wartet auf Abenteuer: Das Drachenboot des Hochschulsports.

Vom Garten zum Gartendenkmal

Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh hielt seine Sonntagsvorlesung zum Thema „Schlösser und Gärten oder Gärten und Schlösser?“

Die Natur gab den Impuls für die Schlösser in und um Potsdam, ihr verdankt die Landeshauptstadt, was sie heute ist. Viel mehr Gartenhistorisches wollte der Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg nicht berichten. Stattdessen rückte seine Vorlesung die Anfänge der Gartendenkmalpflege in den Mittelpunkt, natürlich mit besonderem Blick auf Sanssouci, der Wiege der Gartendenkmalpflege.

Dorgerloh skizzierte, ausgehend von der Zäsur des Jahres 1918 und der nachfolgenden Debatte um die Zukunft der Hofgärten zwischen den Jahren 1920 bis 1927, die Herausbildung eines wachsenden gesellschaftlichen Bewusstseins für die Gärten als Denkmale. Dieses implizierte auch die Frage, inwieweit Schlösser und Gärten mehr und mehr im Zusammenhang zu sehen seien. Die „Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst“ schließlich war es, die sich für eine enge Beziehung engagierte. Sie begriff die fürstlichen Gärten nicht nur als exemplarische Gartenkunst. Eine von ihr im Jahre 1921 herausgegebene Denkschrift regelte auch den Umgang mit den kunsthistorischen Gartenanlagen.

Darin festgelegt wurde unter anderem, dass diese als wertvolles Kulturgut zu betrachten seien. Da sie als lebendige Materialien geschichtlich gewachsen wären, sollten auch keine einseitigen Wiederherstellungsabsichten gehegt werden; Symbiose aller Gartenteile lautete die Aufgabe. Außerdem seien sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen, um der Bildung und Erholung zu dienen und den Kunst- und Natursinn des Volkes zu stärken. Auch die so genannte nebenrangige Nutzung, etwa sportliche Aktivitäten oder Feierlichkeiten innerhalb der Anlagen, war ein zentrales Thema der Denkschrift – ein bis in die Gegenwart reichendes Problem.

In Folge dieser Denkschrift wurde der Garten erstmals als eigenständige Denkmalkategorie anerkannt, die Gärten wie Werke der Bau-



Foto: Fritz

Potsdams lebendiges Erbe: Historische Gärten.

kunst behandelt. Und hier lägen auch die Wurzeln des heutigen Gesamtauftrages, nämlich die Trias „Schlösser, Sammlung und Gärten“ zu bewahren. Die praktische Konsequenz aber, die aus dieser Bewusstseinsveränderung folgte, hieß: Wie konnte und sollte die kontinuierliche Pflege, Nutzung und Erhaltung der historisch bedeutsamen Gartenanlagen aussehen? Die preußischen Könige hatten bis 1918 immer Einfluss darauf genommen. Dorgerloh kolportierte eine Anekdote, wonach schon mal eine Pflanzung zu rot geraten war und neu arrangiert werden musste, weil sie zu sehr an die SPD erinnerte.

Für Dorgerloh, von Hause aus selbst Denkmalfleger, ist Potsdam ein mustergültiger Ort, wo die Geschichte des Umgangs mit historischen Gartenanlagen die Grundlage für das Zusammendenken von denkmalpflegerischen Aspekten bei Gärten und Schlössern bildet. Und dies vor allem auch mit Blick auf das dort arbeitende Personal. Die Geschichte der Gartendenkmalpflege sei ein Aspekt, die Entwicklung des Personals ein anderer. Dass es ohne Gärtner, Gartenarchitekten und Gartenintendanten keine Gärten gäbe, die Gärten nur im Zusammenhang mit den Menschen existierten,

die sie pflegen, sei zwar bekannt. Doch eine umfassende Würdigung ihrer Arbeit stehe bisher aus. Die Ausstellung „Preußisch Grün“, die von Juli bis Oktober dieses Jahres im Schloss Glienicke zu sehen sein wird, wolle diese Lücke schließen und die lange Tradition der Gartenkultur dokumentieren.

Immerhin, so Dorgerloh, sei hier in Potsdam einst die Creme de la creme der europäischen Gärtner gewesen. Dorgerloh umriss daher im zweiten Teil seiner Vorlesung kurz die Ausstellungskonzeption. Ihr historischer Teil präsentiere personalisierte Gartenkultur und widme sich der Bedeutung der Hofgärtnerfamilien, ihren Stammbäumen, ihren Reisen und ihrer publizistischen Tätigkeit, ihren Nachlässen und der Ausbildungstradition. Der zweite, aktuellere Teil, der nach 1918 einsetze, zeige dann vor allem die Entwicklung des Hofgärtners zum Denkmalfleger. Mit der Ausstellung warb Dorgerloh in eigener Sache. Nicht zuletzt deshalb, weil sie zeige, in welcher Tradition die Schlösserstiftung heute eigentlich arbeite. Dieses Traditionsverständnis war es auch, worauf Dorgerloh in seinen Ausführungen immer wieder rekurrierte.

tp

Multimedia im kleinen Physikhörsaal

Foto: Hölzel



Lässt keine Wünsche mehr offen: Hightech im Hörsaal.

Die moderne, multimediegerechte Ausstattung des kleinen Physikhörsaales ist abgeschlossen und steht ab sofort allen Nutzern des Hörsaales zur Verfügung. Die Ausstattung umfasst Doppelprojektion durch zwei fest installierte Beamer, Visualizer, DVD-CD-ROM-Player, Videorecorder (VHS, S-VHS), Präsentationscomputer, interaktives PC-Display mit drucksensitivem Stift, zwei Overheadprojektoren sowie drahtlose Beschallungstechnik. Damit wurde ein wichtiges EFRE-Projekt (Europäischer Fond für regionale Entwicklung) aus dem Förderprogramm „Multimedia im Hochschulbereich“ an der Universität realisiert und ergänzt die bereits fertig gestellten Projekte, wie den Aufbau einer Multimediaproduktion und die

Bereitstellung einer Videokonferenzanlage, in optimaler Weise.

Das nächste, bereits in Angriff genommene Projekt zur umfassenden Nutzung von Multimedia in der Lehre und der Unterstützung der Lehre bei der Anwendung von e-Learning-Prozessen, wird ein Multimedialabor sein. Anmeldungen zur Nutzung des kleinen Physikhörsaaales erfolgen für Lehrveranstaltungen bei den Verantwortlichen der Fakultäten, für Sonderveranstaltungen bei Birgit Maury, Dezernat 5, Tel.: -2499. Spezielle Schulungen zur Nutzung der vorhandenen Technik sind durch die einfache Handhabung und Menüführung nicht erforderlich. Eine kurze Einweisung gibt auf Anfrage, Michael Hölzel vom AVZ, Tel.: -1408.

Jürgen



Olympischer Gedanke auch in Potsdam: Am 30. Juni konnten Mitarbeiter in sportlichem Wettkampf ihre Kräfte mes-

Richtfest für Mensa in Golm

In Anwesenheit von Brandenburgs Finanzministerin Dagmar Ziegler und Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka wurde am 3. Juni Richtfest für den Umbau und die Sanierung der Mensa im Wissenschaftspark in Golm gefeiert. Das bestehende Gebäude wird durch einen zweigeschossigen Vorbau mit umlaufenden Arkaden ergänzt. In den Sommermonaten können dadurch die Mahlzeiten auch im Freien eingenommen werden.



Foto: Fritze

Ein Platz an der Sonne: Im Sommer kann man künftig auch draußen speisen.

Mit rund 5,1 Millionen Euro soll gleichzeitig die Küchenausstattung komplett erneuert werden. Nach Fertigstellung wird die Mensa mit einer Nutzfläche von rund 1.600 Quadratmetern die Ausgabe von täglich 1.200 Essen ermöglichen. Im Dachgeschoss werden Übungsräume für Grundschulpädagogik und Musik untergebracht. Die neue Mensa ist eine wichtige Ergänzung zu den in Golm ebenfalls entstehenden großen Neubauten für die naturwissenschaftliche Fakultät.

Red.

Leserbrief

Portal 1-3/04, „Durchs wilde Kurdistan“ von Prof. Dr. Roland Oberhänsli

Prof. Dr. Roland Oberhänsli hat in der Portal-Ausgabe 1-3/04 einen Bericht über eine Forschungsreise nach Kurdistan veröffentlicht. Diesen Bericht hat Christian Lehr, Student, zum Anlass genommen, zusätzliche Informationen über die angesprochenen Vorfälle um die Stadt Van im Jahre 1915 zusammenzutragen, damit sich der mit den damaligen Ereignissen nicht vertraute Leser ein genaueres Bild machen kann.

Red.

Den Text finden Sie im Internet unter

www.uni-potsdam.de/portal/julio4/vermischtes

Engagement für Oberlympics

Fotos: Fritze



Gemeinsam für die Oberlympics: Institut für Sportwissenschaft und Bildungswerk im Oberlinhaus.

Seit fünf Jahren führen das Institut für Sportwissenschaft der Universität Potsdam und das Berufsbildungswerk im Oberlinhaus gGmbH jeweils im Frühsommer die Oberlympics durch. Es handelt sich dabei um das größte Sportfest für Menschen mit Behinderung im Land Brandenburg. Am 27. Mai dieses Jahres beteiligten sich daran etwa 700 junge Auszubildende sowie 250 Lehrer und Ausbilder. Über 100 Sportaktivitäten, die auch für Rollis modifiziert wurden, standen zur Auswahl. Höhepunkt war ein Goalballspiel zwischen den Fußballfrauen von Turbine Potsdam und den Goalis des SC Potsdam mit ihren für die Paralympics in Athen nominierten Spielern.

Auszubildende, Ausbilder und Lehrer sagten kürzlich insbesondere den engagierten Studie-

renden und ihrem Seminarleiter, Dr. Henning Ohlert, Dank für die Unterstützung. Sie übergaben dem Institut für Sportwissenschaft am 16. Juni in Anwesenheit unter anderem des Prorektors der Universität Prof. Dr. Jürgen Rode das Logo der Oberlympics, auf dem die bisher stattgefundenen Sportfeste dokumentiert sind.

Seit dem Jahre 1998 gibt es zwischen dem Institut für Sportwissenschaft und dem Berufsbildungswerk einen Kooperationsvertrag. Anliegen ist es, innovative Entwicklungen im Behindertensport zu fördern. An der Universität wurde 1997 das deutschlandweit einmalige Studienangebot „Integrativer Behindertensport“ sowohl für Lehramts- als auch für Diplomsporthwissenschaftsstudierende geschaffen. be

Uni-Chor führte „Alexander-Fest“ auf

Der Chor der Universität Potsdam trat Ende Juni wieder mit zwei Konzerten an die Öffentlichkeit. Campus Cantabile, geleitet von Prof. Kristian Commichau, führte diesmal „Das Alexander-Fest“ von Georg Friedrich Händel auf.

Der Text von John Dryden ist eine Huldigung an die heilige Cäcilie, die Schutzpatronin der Musik. Die Dichtung entwickelt keine Handlung, sondern schildert das Festmahl des siegreichen Alexander. Der Sänger Timotheus löst mit Hilfe der Musik intensivste und gegensätzlichste Gefühle aus. Die Spanne reicht von Ausgelassenheit über zärtliche Verliebtheit und tiefes Mitleid bis hin zu heftigster Raserei. Das Werk endet mit dem Erscheinen der heiligen Cäcilie, die als christliche Erfinderin einer himmlischen Sangeskunst dem antiken Sänger gleichgestellt wird. Das Alexanderfest zählt seit der Uraufführung zu Händels beliebtesten Wer-



Auf Händels Spuren: Campus Cantabile.

ken. Mozart gab eine eigene Fassung der Händel-Ode heraus. Wie in der barocken Epoche üblich, hat Händel die Musik des Orients nicht in seine Komposition mit einfließen lassen. Darum gab es in der Version von Campus Cantabile orientalische Zwischenmusiken, die von einem türkischen Ensemble auf traditionellen Instrumenten gespielt wurden. be

Anzeige

Leben ist ein Menschenrecht

Foto: Ursula Meissner

Aktionsbündnis gegen AIDS

Fast 70 Millionen Menschen, so UNO-Schätzungen, werden in den nächsten 20 Jahren an Aids sterben. Damit finden wir uns nicht ab. Deshalb haben wir das **Aktionsbündnis gegen AIDS** mit auf den Weg gebracht. Viele Hilfswerke, humanitäre Organisationen und Kirchengemeinden haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam für die Bedürfnisse und Rechte der Menschen einzutreten, die weltweit mit HIV/Aids leben. Wir setzen uns ein für umfassende Behandlung und wirksame Prävention. Dazu fordern wir von der Pharmaindustrie preiswerte Medikamente und von der Bundesregierung mehr Mittel zur Finanzierung von weltweiten Aids-Programmen. Helfen Sie HIV/Aids einzudämmen: Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie uns praktische Hilfe und tragen dazu bei, Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen Betroffenen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Brot für die Welt
 Stichwort Aids
 Postbank Köln
 500 500-50
 BLZ 370 100 50
 Postfach 10 11 42
 70010 Stuttgart

Ein Stück Gerechtigkeit

Wissen was läuft!

Nachrichten. Hintergründe,
Serien. Termine.
Alles aus erster Hand.

**Der Klügere
abonniert hier.**

kostenloses
Probeabo:
per Telefon
(0331) 23 76 100
per Fax
(0331) 23 76 200
oder unter
www.pnn.de

